

# Kapitalismus verstehen

## - Vierteilige Seminarreihe zu Kapitalismus und Nationalismus -

Eine Seminarreihe veranstaltet von: Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg  
(26. April und 03., 10., 17. Mai 2017, jew. 19 – 21 Uhr, freiLand (Café Haus 2), Potsdam)

## Reader

-----

Dieser Reader ist das Manuskript der Inhalte der vier Seminare.  
Nicht alle im Reader angeführten Inhalte werden in den Seminaren besprochen werden.  
Im Verlauf der Diskussionen kann es zu Seminar-Inhalten kommen, die über die Argumente dieses  
Readers hinausgehen.  
Bitte behandelt den vorliegenden Reader als Manuskript und nicht als abgeschlossene  
Veröffentlichung.

-----

### Inhaltsangabe:

Einführung in die kapitalistische Produktionsweise: Tausch, Wert, Kapital, Mehrwert  
- Seite 2 -

Die bürgerliche Gesellschaft: Staat, Klassen, internationale Konkurrenz  
- Seite 16 -

Nationalismus und Rassismus  
- Seite 32 -

Analyse und Kritik nationalistischer Argumente  
- Seite 50 -

## **Veranstaltung 1: Einführung in die kapitalistische Produktionsweise Tausch, Wert, Kapital, Mehrwert**

In unserer neuen Veranstaltungsreihe soll es um Kapitalismus und Nationalismus gehen. Gegenwärtig gibt es einen politischen Rechtsruck in vielen Gegenden der Welt, weshalb wir es wichtig finden, einen Beitrag zur Kritik des Nationalismus zu leisten. Unsere Reihe heißt aber: Kapitalismus und Nationalismus. Das hat folgenden Grund: Nationalistische Ideen entstehen in bürgerlichen Gesellschaften und sind bestimmte, ideologische Urteile über diese Gesellschaften. Um nationalistische Ideen zu kritisieren benötigt es deshalb auch eines Wissens um die Funktionsweise bürgerlicher Gesellschaften. Daher wollen wir heute und an jedem Mittwoch der nächsten drei Wochen folgende Themen abhandeln: Einführung in die kapitalistische Produktionsweise – Tausch, Wert, Kapital, Mehrwert; dann Einführung in die bürgerliche Gesellschaft – Staat, Klassen, internationale Konkurrenz; dann geht es um Nationalismus und Rassismus – wie geht Nationalismus, die Geschichte des Nationalismus, und auch Kritik des Rassismus; schließlich gemeinsame Analyse und Kritik konkreter nationalistischer Argumente. Die Reihenfolge der Themen ergibt sich daher, dass – wie sich zeigen wird – der Nationalismus aus dem Willen zum Staat resultiert und der Wille zum Staat aus den Konkurrenzverhältnissen der Warenproduktion entspringt. Deshalb haben wir zuerst über die kapitalistische Produktionsweise zu reden, um mit diesem Wissen den bürgerlichen Staat und den Willen zu ihm erklären zu können und so schließlich bei der Logik des Nationalismus zu landen, die aus dem Willen zum Staat erwächst. Also los geht's: Einführung in die kapitalistische Produktionsweise.

### **Abschnitt 1: Die Bedeutung gesellschaftlicher Arbeit**

Ich beginne die Einführung in die kapitalistische Produktionsweise mit einer zentralen Bemerkung zu einem materiellen Prinzip der heutigen Produktion der allermeisten Lebens-, Gebrauchs- und Genussmittel und damit der Produktion des menschlichen Lebens selbst: sie verläuft als ein Verhältnis gesellschaftlicher Arbeit.

Gesellschaftliche Arbeit, das soll erst mal soviel heißen wie Arbeit für andere. Menschen leben seit Jahrtausenden in irgendeinem Ausmaß von gesellschaftlicher Arbeit und heutzutage ist gar der weiteste Teil der Lebensbedingungen eines Menschen ein Produkt gesellschaftlicher Arbeit. Alles, was Ihr gerade an Kleidung am Körper tragt, was Ihr an Wissensbeständen im Kopf habt, die gesamte Einrichtung dieses Raumes und der Raum selber ist direkt oder indirekt das Produkt gesellschaftlicher Arbeit.

Hat gesellschaftliche Arbeit einen solchen Stellenwert in einer Gesellschaft – ist sie also die Grundlage der Produktion der existentiellen wie der luxuriösen Lebensmittel und damit des materiellen und kulturellen Lebens schlechthin –, dann kommt eine Analyse einer Gesellschaft nicht um die Frage herum, welchem Zweck gesellschaftliche Arbeit dient. Verschiedene Arten von Gesellschaften unterscheiden sich dann danach, wie die gesellschaftliche Arbeit zu welchen Zwecken organisiert wird. Gibt es eine auf Konsens zielende Absprache aller Gesellschaftsmitglieder darüber, wie die gesellschaftliche Arbeit geplant wird (das wäre eine mehr oder weniger herrschaftsfreie Planwirtschaft, wie es sie noch nicht gegeben hat, wie sie aber möglich wäre)? Oder gibt es herrschaftliche Anweisungen von einigen Menschen, wer was für wen zu produzieren hat (Sklaverei, herrschaftliche Zwangsabgaben, Kommandowirtschaft)? Der Zweck gesellschaftlicher Arbeit und die daraus resultierenden Verlaufsformen von Produktion und Verteilung sind also zu untersuchen. Wo die Lebensmittel durch gesellschaftliche Arbeit produziert werden, ist die Zwecksetzung und Verlaufsform dieser Arbeit zentral, um zu verstehen, weshalb eine Gesellschaft wie funktioniert.

Also das sind die ersten beiden Dinge, die ich klar gestellt haben will: Menschen leben besonders heutzutage weitestgehend von gesellschaftlicher Arbeit = Arbeit für andere. In dieser Situation

unterscheiden sich Gesellschaften im Prinzipiellen danach, zu welchem Zweck gesellschaftliche Arbeit verrichtet wird.

## **Abschnitt 2: Eigentum und Tausch**

Der bürgerliche Verstand urteilt gemeinhin, dass heutzutage, also in der bürgerlichen Gesellschaft um die es uns geht, Marktwirtschaft herrscht. Was dieser Begriff beschränkt fasst, ist, dass heutzutage getauscht wird. Der Begriff suggeriert das Bild von einem Markt, auf dem lauter Leute Dinge tauschen. Der Tausch setzt das Privateigentum voraus, denn der Tausch ist in Form der Logik von „Ich gebe, damit Du gibst.“ eine Anerkennung des Willens anderer als maßgeblicher und ausschließlicher Bestimmungs-Größe über den gesellschaftlichen Umgang mit bestimmten Gütern, die dann eben Privateigentum sind.

„Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen. ...“ (BGB § 903)

Hier ist dem bürgerlichen Gesetzbuch zu entnehmen, dass die Staatsgewalt ihren einzelnen Bürger\*innen mit dem Privateigentum das Recht gegen andere zusichert, mit dem eigenen Hab und Gut frei von den Wünschen und Ansprüchen anderer zu verfahren. Die eigene Freiheit reicht dabei soweit, wie das eigene Hab und Gut reicht und endet dort, wo das fremde Hab und Gut beginnt. Damit ist mit der Freiheit des Privateigentums eine neue Notwendigkeit für die freigesetzten Privatsubjekte in der Welt, denn die Notwendigkeit gesellschaftlicher Arbeit, von der in Abschnitt 1 die Rede war, besteht auch unter dem Privateigentum. Deshalb ziehen sich die Privateigentümer\*innen nicht einfach aus der Gesellschaft zurück und leben von ihrem Eigentum. Statt dessen organisieren Privateigentümer\*innen die gesellschaftliche Arbeit in der Form des Tausches aller Güter – zumeist Arbeitsprodukte – die als Eigentum unter die exklusive Verteilung von lauter individuellen Privatsubjekten verteilt sind.

Also mein Punkt in Abschnitt 2: Privateigentum hebt die gesellschaftliche Arbeit nicht auf. Privateigentum geht damit einher, dass die Organisation gesellschaftlicher Arbeit über den Tausch abgewickelt werden muss.

## **Abschnitt 3: Produktion für den Tausch**

Wie kann sein, dass der Tausch für die Ausgestaltung der Produktion relevant ist? Ganz einfach: Heutzutage sind Privateigentum und Tausch flächendeckend durchgesetzt. Der größte Teil gesellschaftlicher Arbeit und Versorgung verläuft in diesen Formen.

Verläuft der notwendige Zugriff auf Produkte der Arbeit anderer jedoch über den Tausch, dann übersetzt sich die Notwendigkeit, permanent zu konsumieren, um zu überleben, in die Notwendigkeit, permanent tauschen zu können, also etwas zum Eintauschen zu haben. Folglich wird individuelle Privatarbeit dem Zweck verrichtet, dass ihr Produkt einen Tausch ermöglichen soll. Es findet Produktion für den Tausch statt.

Individuelle Privatarbeit soll einerseits direkt gesellschaftliche Arbeit sein, weil ihr Produkt dem Bedürfnis anderer Menschen entsprechen soll. Produktion für den Tausch ist Produktion für andere. Gleichzeitig jedoch ist sie nicht einfach Produktion für andere, weil Ihr Produkt ja nicht verschenkt werden soll, sondern einen Tausch ermöglichen soll. Sie ist also eine besondere Form gesellschaftlicher Arbeit: Arbeit zum dem Zweck, dass andere für das Arbeitsprodukt etwas von ihrem Eigentum hergeben. Begrifflich exakt gesprochen, werden dann keine bloßen Güter also keine bloßen Gebrauchsgegenstände mehr produziert, sondern Waren. Der Zweck von Gütern ist die Konsumtion, der Zweck von Waren ist der Tausch.

Mein dritter Punkt ist also: Wenn die gesellschaftliche Arbeit und Versorgung hauptsächlich über den Tausch organisiert wird, dann heißt das, dass im Unterschied zur einfachen Produktion von Gebrauchsgegenständen eine Warenproduktion statt findet.

## **Abschnitt 4: Die Bedeutung der Tauschrelationen**

Wenn die Organisation gesellschaftlicher Arbeit über den Tausch statt findet, dann wird für den Tausch produziert: Warenproduktion. Im Tausch werden Waren unterschiedlicher Qualität, also mit unterschiedlichen Eigenschaften, in bestimmten Zahlenverhältnissen ausgetauscht: 5 Äpfel gegen 1 Tüte Chips gegen 2 Paar Socken usw. Wenn solcher Tausch die gesellschaftliche Arbeit organisiert, dann kommt es daher schwer auf die Tauschrelationen an. Denn wenn der Tausch der Zweck der Arbeit ist, dann bestimmt das Verhältnis, in dem sich eine bestimmte Ware gegen Waren anderer Art austauschen lässt darüber, welche Ware produziert wird. Will ich fünf Paar Socken ertauschen, dann muss ich eine Ware oder ein Warenbündel jener Art produzieren, das gegen fünf Paar Socken getauscht wird.

Mein vierter Punkt ist also: Wollen wir wissen, wie heutzutage, in der Wirtschaft von Eigentum und allgemeinem Tausch die gesellschaftliche Arbeit – also das Verhältnis von Arbeit und Reichtum – organisiert wird, dann müssen wir deshalb auf die Tauschrelationen schauen.

### **Abschnitt 5: Wert – der Kern der Tauschrelationen**

Die Tauschrelationen bestimmen in der heutigen Gesellschaft das Verhältnis von Arbeit und Reichtum. Sie können als Tauschwerte einer Ware ausgedrückt werden. Die Tauschwerte einer Ware bestehen in all den Warenbündeln, die gegen diese Ware eingetauscht werden. Die Tauschwerte von einem Lehrbuch mögen in drei Packungen Zigaretten bestehen und in einem Paar Schuhe usw.

Wenn eine Ware nun die vielen konkreten Eigenschaften hat, sich gegen diese Ware und gegen jene Ware und gegen noch eine andere Ware zu tauschen, dann hat sie folglich die eine allgemeine Eigenschaft, dass sie einen Tausch ermöglicht. Sie hat die gesellschaftliche Eigenschaft, auf fremdes Eigentum zuzugreifen. All die konkreten, einzelnen Tauschwerte einer Ware sind also Ausdruck dessen, dass eine Ware einen allgemeinen Wert hat.

Daraus lässt sich schließen, dass der Wert ein gesellschaftliches Verhältnis ist: Er existiert nicht in den physischen Eigenschaften einer Ware, sondern in den Tauschakten, die von einer Mehrzahl von Warenproduzent\*innen praktiziert werden. Hat eine Ware also Wert, dann klebt sozusagen das gesellschaftliche Verhältnis an dem Gebrauchsgegenstand, dass er Privateigentum ist und einen Austausch mit fremdem Eigentum ermöglicht.

Das ist mein fünfter Punkt: In jeder Gesellschaft haben Güter Gebrauchswert; also individuelle Gebrauchseigenschaften, die in ihrer physischen Beschaffenheit bestehen. In der Gesellschaft von Eigentum und allgemeinem Tausch sind Güter nicht einfach nur Güter, sondern Waren und als Waren haben sie zusätzlich zu ihrem Gebrauchswert noch einen davon unterschiedenen Wert. Und dieser Wert einer Ware bestimmt ihre Tauschverhältnisse. Er bestimmt, wie viel fremdes Eigentum dafür zu haben ist. Wird also für den Tausch produziert, dann wird Wert produziert. Und dann ist der Wert eine entscheidende Größe dafür, was wie produziert wird. Er ist zentral für das Verhältnis von Arbeit und Reichtum in Waren produzierenden Gesellschaften.

### **Abschnitt 6: Bestimmung der Wertgröße**

Der Wert bestimmt also die Tauschverhältnisse. Aber was bestimmt seine Größe? Was ist seine Substanz und was ist sein Maßstab? Die Antworten auf diese Fragen, können aus einer logischen Analyse des Tausches geschlossen werden. Was passiert also im Tausch von Waren?

Der Zweck der Waren produzierenden Arbeit – und nur um die geht es hier – besteht in keinem konkreten Gebrauchswert und keiner irgendwie gearteten ethischen Werthandlung, sondern darin, dass ihr Produkt Zugriff auf die Waren anderer Leute gewährt. Warenproduzent\*innen produzieren also Gebrauchswerte, um Wert zu produzieren. Wurde bereits festgestellt, dass eine Ware Gebrauchswert und Wert hat, ist jetzt festzustellen, dass auch die Arbeit, die Waren für den Tausch produziert, zwei Seiten hat. Zum Einen produziert sie Gebrauchswerte. Zum Anderen soll sie Wert

produzieren; also den Zugriff auf fremdes Eigentum gewähren.

In der fertigen Ware stellen sich diese zwei Seiten der Arbeit wie folgt da: Zum Einen hat die Ware Gebrauchseigenschaften, deren physische Erscheinung ein Produkt der geleisteten, physischen Arbeit mit ihren qualitativ besonderen Inhalten ist (Meißeln, Schneiden, Bohren, Malen, Reden, Rechnen, usw.). So wie sich die Gebrauchswerte verschiedener Waren qualitativ unterscheiden, so unterscheiden sich auch die konkreten, physischen Arbeiten qualitativ.

Zum Anderen hat die Ware den Wert, auf dem der im Tausch praktizierte Vergleich beruht und der bekanntlich keine qualitativen, sondern nur mengenmäßige Differenzen kennt: Ware A hat im Tausch keinen andersartigen Wert als Ware B sondern lediglich mengenmäßig weniger oder mehr von dem gleichen Wert, wie ihn auch Ware B hat. Also wirkt die privat geleistete, konkrete Arbeit im Wert ihres Produkts nur mengenmäßig als mehr oder weniger von einer Arbeit, die allen anderen Arbeiten qualitativ gleich gilt.

Gesellschaftlich gleich gültige Arbeit bedeutet, dass im Vergleich der Warenwerte alle tatsächlich geleisteten Arbeiten nur noch als bloßer Aufwand zum Zweck der Aneignung fremden Eigentums wirken. In diesem Vergleich bewirken die Waren produzierenden Arbeiten ihren Zweck nur noch als unterschiedliche Mengen abstrakter Verausgabung von Arbeitskraft. Abstrakt, weil ohne jeden besonderen Bezug zu ihrem individuell besonderen Arbeitsinhalt.

Genau gesagt, bedeutet das: Weil eine einzelne Ware im Tausch nur als Durchschnittsexemplar ihrer Art zählt, wirkt auch die individuelle, Waren produzierende Privatarbeit nur als gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeit zur Produktion einer Ware dieser Art. Und weil Waren unterschiedlicher Art, also Waren mit qualitativ verschiedenen Gebrauchseigenschaften in bloß mengenmäßigen Verhältnissen, also im Maße nur eindimensional unterschiedener Wertigkeiten ausgetauscht werden, werden auch inhaltlich unterschiedliche, z.Bsp. unterschiedlich komplizierte Arbeiten, auf eine Dimension reduziert, bewirken ihren Zweck privater Aneignung nur als Äquivalente größerer, kleinerer oder gleicher Mengen einfacher Durchschnittsarbeit.

Die Seite der Arbeit, die den Gebrauchswert bildet, wirkt also als konkrete, physische Arbeit mit einem je nach individuellem Geschick auch je individuellen Arbeitsergebnis. Dagegen bewirkt die Seite der Arbeit, die private Aneignung ermöglichen also Wert bilden soll, ihren Zweck nur als Gegenstand eines gesellschaftlichen Vergleichs, in dem ihr Arbeitsinhalt in eine bestimmte Menge gesellschaftlich durchschnittlich notwendiger, abstrakter Arbeit übersetzt wird und nur als solche ihren Zweck der privaten Aneignung bewirkt. Die Substanz des Werts ist also gesellschaftlich notwendige, abstrakte Arbeitsleistung.

Was ist dann das Maß des Werts? Mengenunterschiede qualitativ identischer Arbeit können nur in unterschiedlicher Arbeitsdauer bzw. Arbeitszeit bestehen. Die Wertgröße einer Ware muss also der Logik des Tausches entsprechend auf gesellschaftlich durchschnittlich notwendiger Verausgabungszeit abstrakter Arbeit beruhen.

Der Wert einer Ware besteht also in der zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Gesellschaftlich notwendig heißt, dass sich private Arbeit nach ihrer Ableistung im Tausch als notwendiger Bestandteil einer Arbeitsteilung zu erweisen hat. Der Wert einer Ware ist daher keine individuelle Größe und wird nicht automatisch mit der Arbeitsleistung produziert. Nach getaner Arbeit, im Tausch, zeigt sich, ob und in welchem Ausmaß hier gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wurde.

Mein Punkt ist jetzt also, dass der Wert das Produkt einer Konkurrenz von Warenproduzent\*innen um privaten Zugriff auf Produkte gesellschaftlicher Arbeit ist. Genauer: Dass die Zwecksetzung, dass Arbeit Zugriff auf fremdes Eigentum gewähren soll, darin resultiert, dass ihre Arbeit einem gesamtgesellschaftlichen Leistungsvergleich unterworfen wird bzw. dass sich ihre Produkte in dem Maße tauschen, in dem ihre jeweilige Produktion im gesellschaftlichen Durchschnitt mehr oder weniger Verausgabungszeit einfacher Durchschnittsarbeit benötigt.

Und schließlich: Weil durchschnittlich notwendige Verausgabungszeit einfacher Durchschnittsarbeit das Ergebnis eines gesellschaftlichen Leistungsvergleichs ist, ist der Wert einer Ware nicht an ihr

selbst abzulesen. Er ist auch im einfachen Tauschwert nur unvollständig fassbar, weil ein konkreter Tauschwert einer Ware nur ihre Austauschbarkeit mit einer anderen Ware und daher nur relativ zu deren Wert ausdrückt. Der absolute Wert einer Ware benötigt daher einen absoluten Wertausdruck und dieser existiert im Geld. Alle Waren drücken ihren Wert als ihren jeweiligen Tauschwert zum Geld aus. Geld ist daher Maß des Werts.

### **Abschnitt 7.a.: ein politischer Exkurs**

Zu Beginn der heutigen Veranstaltung habe ich gesagt, dass sich Gesellschaften in ihrem wirtschaftlichen Prinzip danach unterscheiden, zu welchem Zweck gesellschaftliche Arbeit verrichtet wird. Jetzt ist klar, dass der Zweck der gesellschaftlichen Arbeit in einer Gesellschaft, in der Eigentum und Tausch vorherrschen in der privaten Aneignung fremden Eigentums besteht. Gesellschaftliche Arbeit ist heutzutage also Waren produzierende Arbeit und als solche produziert sie Gebrauchswerte für andere, die im Tausch einen Wert besitzen sollen. Waren produzierende Arbeit ist also Wertproduktion. Das hat eine Menge gemeiner Konsequenzen. Auf einige davon will ich jetzt kurz, aufzählend und ohne besondere Reihenfolge eingehen.

#### Nachfrage statt Bedürfnis

Für die Wertproduktion ist der Gebrauchswert nur ein Mittel zum Zweck. Waren produzierende Arbeit geht nicht im Gebrauchswert also nicht in irgendeiner Bedürfnisorientierung auf. Soll eine Arbeit Wert produzieren, dann gilt ihr Produkt überhaupt nicht dem bloßen eigenen oder einem fremden Bedürfnis, sondern einer Nachfrage. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass Armut und Reichtum so heftig nebeneinander bestehen können, wie heutzutage. Die Verringerung von Armut ist nicht der Zweck einer Wirtschaft, die nicht auf die Befriedigung von Bedarf sondern auf die Ausnutzung von Zahlungsfähigkeit ausgerichtet ist.

#### Spekulative Produktion

Ist das letztgültige Motiv eines Menschen eine konkrete Bedürfnisbefriedigung, zu deren Gunsten er\*sie sich in einer Waren produzierenden Gesellschaft ebenfalls an die Arbeit macht, Wert zu produzieren, so hat so ein\*e Warenproduzent\*in sein\*ihren Erfolg gar nicht selbst in der Hand. Die Qualität des Gebrauchswerts seiner\*ihrer Ware mag noch vom eigenen Geschick abhängen, aber ob und wie viel Wert ihre Ware hat, ist Ergebnis eines gesellschaftlichen Vergleichs mit der Produktivität und dem Produktionsumfang aller anderen Warenproduzent\*innen. In der Warenproduktion gibt es keinen berechenbaren Zusammenhang von Aufwand und Ertrag. Jede Produktion für den Tausch ist eine Spekulation auf einen stets ungewissen Absatz.

#### Konkurrenz statt ethischer Abwägung

Weil die Waren produzierende Arbeit im Ausmaß des Warenwerts ein Einkommen erbringt, ist Bedürfnisbefriedigung in der Waren produzierenden Gesellschaft keine Frage von individuellen Bedürfnissen und technischen Möglichkeiten, sondern das Ergebnis eines Leistungsvergleichs, der gleichgültig gegen jede ethische Abwägung verläuft.

#### Planlosigkeit

Wenn wir von gesellschaftlicher Arbeit sprechen, dann sprechen wir von der gesellschaftlichen Grundbedingung allen menschlichen Lebens schlechthin. Wenn wir also für das Gebiet, auf dem alle Lebensmittel und damit das menschliche Leben selbst produziert wird, feststellen, dass hier lauter private Arbeit für den Tausch statt findet, um sich dann am Markt aneinander zu relativieren, zu be- und entwerten, dann ist damit nicht weniger festgestellt, als dass die Grundbedingung jeder Versorgung von Menschen mit Lebens- und Luxusmitteln ohne jeden vernunftmäßig bewussten Gesamtplan statt findet. Private Konkurrenz und gesellschaftliche Planlosigkeit herrschen

heutzutage ausgerechnet in der Produktion der Lebensmittel vor.

..... nur hinterm Geld her“

Weiterhin ist festzuhalten, dass wenn die Aneignung von Produkten gesellschaftlicher Arbeit von der erfolgreichen Arbeit für den Tausch zwischen Privateigentümer\*innen abhängt, nicht der Gebrauchswert, sondern der Wert zur absoluten Handlungsmaxime wird. Einfach gesagt ist es kein Wunder, wenn alle Menschen – wie häufig beklagt – „nur hinterm Geld her sind“ in einer Gesellschaft, in der alles vom Geld abhängig gemacht ist.

Steigerung der Produktivität und Wert

Und schließlich ist die Kritik zu äußern, dass der Wert als die besondere Art von Reichtum, die in dieser Gesellschaft beherrschend neben und über den Reichtum an Gebrauchswerten tritt, die Früchte technischen Fortschritts auf den Kopf stellt. Produktivitätsfortschritte eines Teils der Warenproduzent\*innen führen zum Ruin der anderen Produzent\*innen dieser Ware. Höhere Produktivität der einen führt in einer Waren produzierenden Gesellschaft nicht zur besseren Versorgung aller, sondern per fortgesetztem Leistungsvergleich zur Verschlechterung der Erwerbsmöglichkeiten anderer. Die produktivere Herstellung von Lebensmitteln kann in einer Waren produzierenden Gesellschaft zu Hunger führen, weil die anderen bisherigen Lebensmittelproduzent\*innen jetzt im Leistungsvergleich scheitern und erwerbslos werden. Höhere Produktivität der gesamten Gesellschaft bedeutet wiederum keine Arbeitersparnis. Die produktivere Arbeit führt als gesellschaftliche Durchschnittsproduktivität nur dazu, dass die Herstellung einer festen Warenmenge weniger einbringt. Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit bedeutet nicht, dass weniger gearbeitet werden muss. Denn das Wertprodukt von einem Tag bleibt gleich, auch wenn eine bestimmte Menge Brot mit der neuen Technik in einem halben Tag hergestellt werden kann.

Die Quelle des abstrakten Reichtums und seine Herrschaft über die Arbeit

Der Reichtum Waren produzierender Gesellschaften besteht im Wert, weshalb nie ein Reichtumsumfang bestehen kann, der Arbeit tatsächlich überflüssig machen könnte. Der Reichtum, um den es in Waren produzierenden Gesellschaften geht, besteht immer nur so lange und in dem Umfang, in dem Arbeit verrichtet wird, die den gesellschaftlichen Leistungsvergleich besteht. Der Reichtum der heutigen Gesellschaften hat seinen Inhalt nicht in den produzierten Gebrauchswerten, sondern in der Verausgabung von Lebenskraft. Der abstrakte Reichtum des Werts ist nicht Mittel der Arbeit, sondern die Arbeit ist Mittel dieses Werts. Und das ist gleichzeitig schon ein erster Hinweis darauf, dass die Arbeitenden dann auch selber nur Mittel eines fremden Zwecks sind, dass Wertproduktion also zu einer Klassengesellschaft gehört.

Aber bevor wir zum Thema Klassen, also zur Behandlung von Kapital und Lohnarbeit kommen, will ich noch kurz einige exkurs-mäßige Feststellungen machen.

### **Abschnitt 7.b.: Wert und Preis – ein theoretischer Exkurs**

Der Wert bestimmt die Preise, ist aber nicht mit ihnen identisch

Die wie eben zu bestimmenden Werte von Waren sind nicht identisch mit den Marktpreisen. Sie erklären die Marktpreise vielmehr in letzter Instanz. Das heißt Folgendes:

Wir haben bisher die gesellschaftliche Logik der Produktion für den Tausch hergeleitet. Sie ist das Kernstück der heutigen Produktionsweise, aus dem ihre vollständige Gestalt zu entwickeln ist. Die weitere theoretische Entwicklung führt beispielsweise von der Konkurrenz der Warenproduzent\*innen zur Konkurrenz der Kapitale, die in ihrer Konkurrenz solche Verhältnisse von Über- und Unterproduktion zwischen Branchen schaffen, dass der Verlauf des bisher erarbeiteten Leistungsvergleich durch größere und kleinere Marktmacht der kapitalistischen

Anbieter\*innen in seinem Resultat verändert wird. Weiterhin gibt es nicht beliebig reproduzierbare Waren wie Grundeigentum und antike Kunst, die sich wegen ihrer mangelnden Reproduzierbarkeit der Gleichheit des Warentausches so ähnlich entziehen, wie ein Monopol, weshalb sie einen Teil des gesellschaftlich produzierten Werts und einen diesem Wert entsprechenden Teil der produzierten Gebrauchswerte in der Form der Rente auf sich ziehen. Schließlich gibt es staatliche Preisgrenzen und Umverteilung, die ebenfalls die Resultate des Leistungsvergleichs der Warenproduktion abwandeln.

So entfaltet sich die Logik der einfachen Warenproduktion zu ihrer vollendeten Gesamtgestalt der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren fertigen Marktpreisen. Diese Preise sind nicht identisch mit der bisher erarbeiteten Wertbestimmung sondern das Resultat ihrer weiteren, theoretischen Abhandlung.

### **Abschnitt 8: Der Grund für allgemeine Warenproduktion und Wert – Das Kapital**

Der Wert erscheint als eine ganz schön absurde Sache. Wozu das alles?

Für die bloße Aneignung von Konsumgegenständen braucht es den Wert nicht. Zum Zweck des bloßen Konsums eingesetzt, vergeht er sogar andauernd. Eine Ware tauscht sich gegen ihr Wertäquivalent, wird als Gebrauchsgut aufgezehrt und dann ist der Wert, immerhin der Zweck der Produktion für den Tausch, gleich wieder weg. Die Produktion für den Tausch also die Produktion von Wert, würde ihr besonderes Produkt, den Wert, so andauernd selbst aufheben. Soll der Wert statt dessen konserviert werden, dann taugt er auch nichts. Die Schatzbildung entzieht den Wert dem Tausch. So resultiert die geleistete Arbeit in Verzicht, in der Abwesenheit von Konsum. Dann hätte mensch sich die Arbeit auch gleich sparen können.

Seine scheinbare Absurdität verliert der Wert erst in seiner Vermehrung aus sich selbst heraus: im Kapital. Hat der Zugriff auf Produkte gesellschaftlicher Arbeit die gesellschaftliche Form des Werts, dann kann er so eingesetzt werden, dass sich diese gesellschaftliche Macht aktiv selbst vermehrt.

Kapital, das ist jede Wertsumme, die zum Zweck ihrer Vermehrung eingesetzt wird. Und als solches, als Möglichkeit, wirtschaftliche Macht zu vermehren, kam es auch in die Welt. Seit dem 16. Jahrhundert entdeckten die neuzeitlichen Staatsgewalten im Geld und seiner Vermehrung, also im Kapital, eine hervorragende Machtressource. Zu seinen Gunsten setzten sie die allgemeine Warenproduktion durch. Die bürgerlichen Revolutionen beschleunigten diesen Prozess. Heutzutage findet die Mehrheit der Menschen ein Privateigentum an Produktionsmitteln vor, das kapitalistisch eingesetzt wird. Als nicht-Eigentümer\*innen dieser Produktionsmittel müssen sie vom Verkauf ihrer Arbeitskraft und von der einfachen Verwendung des Werts leben, weil die Produktionsmittel zum Zweck der Wertvermehrung verwendet werden.

### **Abschnitt 9: Die Produktion des Mehrwerts**

Der Wert existiert also, weil seine Vermehrung gültiger Zweck ist: Kapital. Wert soll so eingesetzt werden, dass er einen Mehrwert zusetzt. Es stellt sich jetzt die Frage, wie dieser Mehrwert produziert wird.

Will das Kapital Mehrwert produzieren, muss es sich an die Regeln der Wertproduktion halten. Es müssen also Waren für den Tausch produziert werden, die in der Konkurrenz am Markt als Produkte gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit anerkannt werden.

Das Kapital kann aber als bloße Wertsumme nichts produzieren. Es muss sich gegen Arbeitskraft und Produktionsmittel tauschen, um eine Wertproduktion zu unternehmen. Die Arbeitskraft ist nötig, um Waren und damit Wert zu produzieren. Die Produktionsmittel sind nötig, damit die Arbeitskraft Mittel hat, mit deren Verwendung und Verbrauch sie Waren produzieren kann.

Das Kapital setzt also Privateigentum an Produktionsmitteln ebenso voraus, wie die Möglichkeit, Arbeitskraft zu kaufen. Zum Glück für die Kapitalist\*innen, sind die Eigentumsverhältnisse so, dass

zwar alle Menschen über ihre eigene Arbeitskraft verfügen, aber ein großer Teil der Menschen nicht über Produktionsmittel oder das Geld, um Produktionsmittel zu kaufen oder über sonstige sprudelnde Geldquellen. So sind sie auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen. Die Kapitalist\*innen finden also Arbeitskraft und damit die Quelle allen Werts als Ware vor. Jetzt muss die Produktion von Wert nur so statt finden, dass ihr Wertprodukt den ursprünglich investierten Wert übersteigt. Dazu gleich mehr.

### **Abschnitt 10: Der geldwerte Dienst am Kapital**

Wie leistet die eingekaufte Arbeitskraft ihren Dienst am Kapital? Ihr Gebrauch durch das Kapital muss im Durchschnitt Waren von einem Wert produzieren, der größer ist, als der Wert der Ware Arbeitskraft.

Damit sie Wert produziert, muss sie Waren produzieren. Kapitalist\*innen lassen nicht für den eigenen Gebrauch produzieren, sondern für den Verkauf. Damit Kapitalist\*innen die Produkte der Arbeit verkaufen können, müssen sie dem Kapital gehören. Das ist der Fall, weil die Arbeitskraft ja vom Kapital gekauft wird. Die Arbeit ist dann der private Gebrauch, den das Kapital von der Arbeitskraft als seinem erworbenem Hab und Gut macht. Der Gebrauch einer Ware ist eben die Privatangelegenheit der Eigentümer\*innen dieser Ware. Alles was die Arbeiter\*innen im Betrieb produzieren, gehört von Anfang an dem Kapital, weil ihre physische Arbeitsleistung seine private Arbeitsleistung ist. Damit das Warenprodukt mehr Wert ist, als die eingekaufte Ware Arbeitskraft, muss die Anwendung der Arbeitskraft mehr Arbeit leisten, als für ihre eigene Produktion und Reproduktion gesellschaftlich notwendig ist.

Das ist jetzt mein Punkt: Mehrwertproduktion ist also kapitalistische Mehrarbeit. Arbeiter\*innen müssen mehr Arbeit leisten, als für ihre eigene Produktion gesellschaftlich notwendig ist, so dass das Kapital an dem Produktionsprozess mehr verdient, als er gekostet hat<sup>1</sup>. Die Arbeitskraft muss also mehr Arbeit leisten, als zu ihrer eigenen Produktion notwendig ist. Mehrwert beruht auf dem Wertprodukt von Mehrarbeit. Der Mehrwert hängt also davon ab, wie viel die Ware Arbeitskraft wert ist. Dazu gleich mehr.

### **Abschnitt 11: Der Wert der Arbeitskraft**

Der Mehrwert hängt also davon ab, wie viel die Ware Arbeitskraft wert ist. Eine Ware ist aber so viel Wert, wie Arbeit zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendig ist. Die Arbeitskraft existiert nur in der lebendigen Leiblichkeit eines Menschen. Es geht also um die Mittel für Unterhalt, Ausbildung und Nachwuchs der Lohnarbeiter\*innen. Was sind diese Mittel? Hier begegnet uns einer Besonderheit der Warenproduktion, denn hier treten Menschen als Waren auf.

Das heißt erstens, dass die Ware Arbeitskraft nicht für den Tausch produziert wird. Arbeiter\*innen werden wie andere Menschen auch geboren und sind dann erst mal auf der Welt, unabhängig davon, wie viel Arbeitskraft – von deren Verkauf sie immerhin leben müssen – gerade gesellschaftlich notwendig ist. Arbeiter\*innen können nicht die Branche wechseln, wenn sich der Verkauf von Arbeitskraft nicht lohnt. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird daher nicht einfach über die Produktion dieser Ware reguliert, sondern ist Gegenstand einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Streiks und Ausschließungen. Gleiches gilt für die Arbeitsbedingungen. Was den einen die Lebenszeit, ist immerhin den anderen die Mehrarbeitszeit.

Damit ist aber auch die Frage eröffnet, was eigentlich zur Produktion einer Arbeitskraft gesellschaftlich notwendig ist. In den Wert der Ware Arbeitskraft gehen also auch kulturelle

---

<sup>1</sup> Kurze Anmerkung: Zur Produktion gehören ja auch Produktionsmittel und Vorprodukte. Deren Abnutzung schafft aber keinen Wert. Sofern ihr produktiver Verbrauch dem Konkurrenzstandard entspricht, gibt das Kapital ihren Einkaufspreis lediglich als notwendigen Kostenfaktor an den Verkaufspreis der hergestellten Waren weiter, so als hätte es zu Nullgewinn Vorprodukte eingekauft und diese gleich wieder verkauft.

Mindeststandards ein, sofern sie gesellschaftlich durchgesetzt werden können.

Beim Wert der Ware Arbeitskraft ist nur eins klar: Wenn die Löhne zu niedrig sind, um die physische Reproduktion gänzlich aller Arbeiter\*innen zu gewähren, dann endet mit der Lohnarbeit auch die Produktion des Kapitals. Wenn die Löhne zu hoch und/oder die Arbeitszeiten zu kurz sind, als dass das Wertprodukt der Arbeit den Wert der Arbeitskraft übersteigt, dann bieten die Kapitalist\*innen keine Arbeitsplätze an. Deshalb gehört zum Willen zur Lohnarbeit auch der Wille zur Ausbeutung, denn ohne Mehrarbeit bzw. Mehrwert gibt's auch keine Arbeitsplätze.

### **Abschnitt 12: absoluter und relativer Mehrwert**

Das Wertprodukt der Lohnarbeit zerfällt für das Kapital also in zwei Teile. Ein Teil des Wertprodukts ersetzt ihm nur das Geld, das es im Preis der Arbeitskraft – dem Lohn – weg gezahlt hat. Der restliche Teil ist der Mehrwert, der Überschuss, die Vermehrung des Geldes, das als Kapital eingesetzt wurde und deshalb den ganzen Erfolg des kapitalistischen Produktionsprozesses verkörpert.

Wie ist das Verhältnis zwischen Mehrwert und Ersatz der Lohnkosten? In der theoretischen Erklärung des kapitalistischen Produktionsprozesses zerfällt der Arbeitstag in notwendige Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit. Die notwendige Arbeitszeit ist der mindest-Umfang der produktiven Nutzung der Arbeitskraft durch das Kapital, dessen Wertprodukt den Lohnkosten entspricht. Alle weitere Nutzung der Arbeitskraft ist Mehrarbeitszeit. Ihr Wertprodukt ist für das Kapital eine Einnahme, der keine vorherige Ausgabe gegenüber steht.

Die Mehrarbeitszeit bringt den Mehrwert. Sie kann auf zwei Arten produziert werden: Entweder wird die Mehrarbeitszeit einfach ausgedehnt: Das Kapital verwendet die Lohnarbeit Stunde um Stunde länger und eignet sich das Wertprodukt jeder dieser Mehrstunden an. Oder – was aufs gleiche raus kommt – es intensiviert die Benutzung der Arbeitskraft: Unter höherer Anstrengung verrichtet die Lohnarbeiter\*in mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit pro Zeit. Diese Produktion von Mehrwert heißt „Produktion des absoluten Mehrwerts“. Sie hat ihre Grenze in den physikalischen und in den von den gewerkschaftlichen Lohnarbeiter\*innen gesetzten historischen Grenzen der Benutzung der Arbeitskraft. Es gibt eine Schranke des Arbeitstags und damit des absoluten Mehrwerts.

Bei gegebener Länge des Arbeitstags kann das Kapital jedoch auch die notwendige Arbeitszeit verringern und so die „Produktion des relativen Mehrwerts“ betreiben. Wie verringert das Kapital die notwendige Arbeitszeit, also den Mindest-Umfang der Benutzung der Arbeitskraft, dessen Wertprodukt den Wert der gekauften Arbeitskraft ersetzt?

Kurzfristig kann das einzelne Kapital eine technische Steigerung der Produktivkraft bewirken. Es führt beispielsweise eine besondere Maschine ein, mit der die Arbeiter\*innen doppelt so viel Waren pro bezahltem Arbeitstag produzieren können, wie bisher. Weil der Konkurrenzstandard noch immer dem alten gesellschaftlichen Durchschnitt notwendiger Arbeit entspricht, kann das Kapital seine größere Warenmasse leicht verbilligt losschlagen und so durch einen Mehrverkauf pro bezahltem Arbeitstag einen Extra-Mehrwert auf Kosten der anderen Kapitale erzielen.

So ein Konkurrenzvorteil des Einzelkapitals ist jedoch nicht von Dauer: Der Logik der Konkurrenz entsprechend lassen sich das die anderen Kapitale nicht einfach so gefallen: Sie versuchen ihrerseits, die Produktivität ihrer Betriebe zu erhöhen, so dass ihre Arbeiter\*innen ebenfalls doppelt so viel Ware pro Arbeitstag wie bisher produzieren. Diese Logik der Konkurrenz resultiert darin, dass die neue Produktivität zum gesellschaftlichen Durchschnitt wird und die doppelt so zahlreich produzierbaren Waren jetzt nur noch halb so viel Wert sind.

Einen langfristigen Effekt haben solche Verringerungen der notwendigen Arbeitszeit durch Vergrößerung der Arbeitsproduktivität nur, wenn die dadurch verbilligte Ware in den durchschnittlichen Konsum der Arbeiter\*innen eingeht. Dann sinkt mit den (Re-)Produktionskosten der Arbeitskraft der Wert der Arbeitskraft. Das bedeutet, dass der Wertertrag eines vollen

Arbeitstages jetzt weniger Lohnkosten ersetzt und daher mehr Mehrwert beinhaltet. Diese Verbilligung der Arbeitskraft über Produktivitätsfortschritte ist die Produktion des relativen Mehrwerts.

### **Abschnitt 13: Lohnarbeit und Kapital**

Der kapitalistische Produktionsprozess setzt also die Existenz einer Klasse von Lohnabhängigen voraus. Wegen der kapitalistischen Produktion sind alle auf Tausch und Geld angewiesen. Weil ein großer Teil der Menschen aber über keine Produktionsmittel oder sprudelnde Geldquellen verfügt, verkaufen diese Menschen ihre Arbeitskraft. Diese Situation, in der Lebens- und Produktionsmittel auf der einen Seite als Kapital existieren und auf der anderen Seite lauter Menschen von beidem ausgeschlossen sind, so dass sie ihre Arbeitskraft zum Tausch anbieten, also ihre Arbeitskraft verkaufen, wurde historisch geschaffen: Seit Beginn der Neuzeit haben zuerst die aristokratischen Staatsgewalten und später die bürgerlichen Staaten diese Verwandlung von Lebens- und Produktionsmitteln in Kapital und die Verwandlung von ehemals wirtschaftlich und politisch anders aufgestellten Menschen in Lohnabhängige Nicht-Eigentümer\*innen von Produktionsmitteln eingeführt. Das wird im Kapital von Karl Marx am Ende des ersten Bandes unter der Überschrift „ursprüngliche Akkumulation“ behandelt. Ihr findet es auch im Reader zur letzten Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Geschichte des Kapitalismus“.

Die aus dieser historischen Schöpfung resultierende Wirtschaftsweise, eben die kapitalistische Produktionsweise, erhält diesen Zustand dann selbstständig aufrecht. Wie eben ausgeführt, erhält die Lohnabhängige im Durchschnitt einen Lohn, der ihr Weiterleben als Lohnabhängige ermöglicht. Das Kapital erhält im Durchschnitt sein investiertes Geld zurück und noch einen Überschuss dazu. Beide gesellschaftlichen Charaktere, Lohnabhängige und Kapital, kommen also notwendig so aus dem Produktionsprozess heraus, wie sie in ihn eingegangen sind. Die Klassen, heißt: die gesellschaftlichen Rollen im Produktionsprozess, erhalten sich selbst.

### **Abschnitt 14: Das Gewinnmotiv**

Woher kommt das Gewinnmotiv, das im Kapital besteht, wegen dem der Wert existiert und auf Grund dessen Produktion als Ausbeutung, nämlich als abhängige Mehrarbeit für das Kapital statt findet und Arbeiter\*innen und Kapitalist\*innen immerzu um den Grad der Ausbeutung streiten? Dass das Kapital lauter Anstrengungen unternimmt, um mehr und mehr Mehrarbeit aus den Lohnarbeitenden zu pressen, ist wie folgt zu erklären.

Erstens mal ist die Möglichkeit der grenzenlosen Vermehrung in der Kapitalbewegung selbst angelegt. Wenn das Geld der Ausgangs- und Endpunkt der Bewegung ist, dann unterscheidet sich das Ergebnis des Prozesses der Qualität nach nicht von seinem Ausgangspunkt. Der Unterschied kann dann bloß quantitativer Natur sein. Weiterhin ist Geld nicht die handgreifliche Form von Gebrauchswerten. Das Geld befriedigt kein konkretes Bedürfnis nach irgendeinem Gebrauchswert. Der Wert einer Ware ist eben etwas völlig anderes, als ihr Gebrauchswert. Wer über Wert in seiner Reinform verfügt, also über Geld, hat damit die gesellschaftliche Macht in der Hand, über das Produkt gesellschaftlicher Arbeit zu verfügen; aber eben die Macht dazu und nicht schon das Produkt selbst.

Seine Realisierung findet diese Möglichkeit der grenzenlosen Geldvermehrung wie folgt:

Historisch zuerst in der Konkurrenz der frühneuzeitlichen Zentralstaaten, die die Gesellschaft zum Zweck ihrer Gewalt-Konkurrenz früh-kapitalistisch eingerichtet hatten und dann – nach den bürgerlichen Revolutionen, die dem Staat den Zweck einschrrieben, dem unter dem neuzeitlichen Adel entstandenen, auf Geld und Geldvermehrung ausgerichteten Privatgeschäft zu dienen (beispielsweise in den Jahren 1688, 1776, 1789 ff.) – in der Konkurrenz der Kapitalist\*innen.

Die Kapitalist\*innen zählen im Geld ihre Konkurrenzfähigkeit nach. Denn das Kapital, das die

größeren Investitionssummen mobilisieren kann, beugt den kleinen und großen Konjunkturen ebenso vor, wie es die konkurrierenden Kapitale per Werbe- und Technologie-Initiative aus dem Feld schlägt, bevor diese einen selbst aus dem Feld schlagen können.

Und auch die Logik des bürgerlichen Staates als politische Funktion der kapitalistischen Privateigentümer\*innen schlägt wieder in eine neue Qualität um: Damit die bürgerliche Staatsgewalt ihrem Auftrag der politisch-wirtschaftlichen Betreuung der kapitalistischen Produktionsweise nachkommen kann (nicht zuletzt in Konkurrenz mit anderen Staaten), benötigt sie ein zu steuerndes und Staatsschuld-mäßig zu belastendes Kapitalwachstum in ihrem Hoheitsgebiet.

Wenn dann auch noch die lohnabhängigen unter den Bürger\*innen den Fehler machen, in Arbeitsplätzen nicht ihren Schaden sondern ihre angemessene Existenzgrundlage zu sehen und deshalb darauf zu pochen, dass ihre Arbeitgeber\*innen Gewinne machen und sich in der kapitalistischen Konkurrenz bewähren sollen, damit es Arbeitsplätze und staatliche Steuermittel gibt, dann exekutiert eine ganze bürgerliche Gesellschaft den geschlossenen Willen zur Geldvermehrung = zur erfolgreichen Kapitalbewegung; auch wenn – zwar nicht nur aber vor allem – die proletarischen Mitglieder dieser Gesellschaft am Ende des Arbeitstags materiell mehr Schaden als Nutzen haben.

### **Abschnitt 15: Zusammenfassung und politische Bewertung**

Soweit zur Einführung in die kapitalistische Produktionsweise. Ich habe zu Beginn der heutigen Veranstaltung gesagt, dass Gesellschaften auf gesellschaftlicher Arbeit beruhen und dass sie sich nach dem Zweck dieser Arbeit unterscheiden. Jetzt ist geklärt, dass der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise im Kapital besteht. Arbeit findet statt, um Waren zu produzieren, deren Verkauf das Kapital vermehrt.

Das setzt eine Trennung großer Teile der Bevölkerung von den Produktionsmitteln voraus und es geht mit all den Erscheinungen von allgemeinem Tausch, allgemeiner Warenproduktion, Wert und Geld einher.

Die Lohnarbeiter\*innen leben als nützlicher Kostenfaktor von ihrer Arbeit fürs Kapital, die Kapitalist\*innen leben von jenen relativ geringen Teilen des Gewinns, die nicht wieder investiert werden, die kleinen einfachen Warenproduzent\*innen und die Grundeigentümer\*innen und Vermieter\*innen leben von den geschäftlichen Investitionen und der persönlichen Kaufkraft der Kapitalist\*innen und ihrer Lohnarbeiter\*innen, die Staatsleute leben von und arbeiten für die politische Betreuung der kapitalistischen Produktionsweise mit den Mitteln der Besteuerung von und der Verschuldung auf Grundlage der Ausgaben und Einnahmen des Kapitals. Somit ist die kapitalistische Produktionsweise heutzutage die Art und Weise, auf der die Lebens-, Arbeits- und Genussmittel einer ganzen Gesellschaft produziert werden. Von der Produktion des Mehrwerts ist die materielle Grundlage einer ganzen Gesellschaft abhängig gemacht. Deshalb spricht der Begriff der Marktwirtschaft mit seiner Betonung des Tausches nur die oberflächliche Erscheinung der heutigen Wirtschaftsweise an, während der Begriff der kapitalistischen Produktionsweise gleich Zweck und Verlauf der heutigen Wirtschaftsweise benennt.

Aus dem heute gesagten wird klar, dass und warum die Privateigentümer\*innen der kapitalistischen Produktionsweise ihr materielles Vorankommen negativ gegeneinander verfolgen. Der Wert ist ein einziger, konkurrenzmäßiger Leistungsvergleich. Kapitalist\*innen konkurrieren um Marktanteile, Arbeiter\*innen konkurrieren um Arbeitsplätze. Arbeiter\*innen streiten mit Kapitalist\*innen um Lohnhöhe und Länge und Inhalt des Arbeitstags; denn was den einen die Lebensmittel, sind den anderen ein bloßer Abzug vom Mehrwert und was den einen die freie Lebenszeit ist den anderen ein bloßer Abzug von der Arbeitszeit. Mieter\*innen und Vermieter\*innen streiten um die Miethöhe usw. Es gibt ein brutales Nebeneinander von Armut und Reichtum, weil der gesellschaftliche Reichtum an Gebrauchsgegenständen als ungeheure Warensammlung vorliegt und daher beispielsweise eine

Lebensmittelproduktion, die das dreifache der Weltbevölkerung ernähren könnte, neben 800 Millionen unterernährten Menschen statt findet, die von diesem Reichtum ausgeschlossen bleiben, weil sie kein Geld haben. Die Armut kapitalistischer Gesellschaften ist der Ausschluss vom tatsächlich vorhandenen Reichtum, weil der eben dem Kapital und nicht der allgemeinen Versorgung dient.

Die Rufe nach Spenden, Umverteilung und Solidarität nehmen in dieser Gesellschaft kein Ende, weil der Reichtum hier als von den Arbeiter\*innen und Bedürftigen getrennt existierendes Kapital in Warenform in die Welt kommt. Weil die heutige Produktion von Anfang an mit einer Klassen- und Konkurrenzmäßigen Verteilung einhergeht, gibt es immerzu den Wunsch nach Umverteilung. Deshalb wird die Umverteilung aber auch nichts lösen, weil der Klassengegensatz nicht in Arm und Reich sondern in Lohnarbeit und Kapital besteht und weil die Produkte nicht nach Plan verteilt, sondern in Konkurrenz bewertet werden.

Weiterhin möchte ich betonen, dass ich heute eine Einführung gegeben habe. Es gibt in der kapitalistischen Produktionsweise vieles, das mit dem heute gesagten noch nicht erklärt ist, vielleicht scheinbar dazu im Widerspruch stehen mag und dessen Erklärung die heutige Einführung vertiefen und fortsetzen müsste. Auch Bodenrente, Monopolpreise, Profite des Kapitalistischen Handels, Durchschnittsprofite bei unterschiedlichen Investitionsformen, Zins, Unternehmer\*innen-Gewinn usw. und Marktpreise, die nicht identisch mit den heute erklärten Werten sind, sondern aus der Logik dieser Wertproduktion resultieren, sind allesamt weitere Entwicklungsschritte der heute eingeführten Erklärung.

### **Abschnitt 16: Vorschau aufs nächste Mal**

Und weil die Produktion in Form von lauter Klassen- und Konkurrenzverhältnissen oder kurz: in lauter Interessengegensätzen verläuft und weil damit nichts weniger wichtiges angesprochen ist, als die Organisation von Arbeit und die Verteilung noch der wichtigsten Lebensmittel, ist die bürgerliche Gesellschaft ein einziger Konkurrenzverein, der seinen politischen Ausdruck in einem Gewaltmonopol hat, das per gleichberechtigter Garantie von Person und Eigentum all die materiellen Konflikte befriedet und damit ihre Voraussetzung – das allgemeine Privateigentum – erhält. Das wird Thema der nächsten Veranstaltung sein:

- Die kapitalistische Produktionsweise ist keine Verschwörung gegen die Arbeiter\*innen. Arbeiter\*innen wie Kapitalist\*innen entwickeln als Warenproduzent\*innen einen abstrakten Willen zu einer Gewalt, die die Voraussetzungen ihres auf Geld und Geldvermehrung abzielenden Privatgeschäfts sichert: der grunddemokratische, bürgerliche Staat. Das werden wir besprechen.
- Mit diesem Willen der Privateigentümer\*innen zur staatlichen Garantie von Person und Eigentum unter Rechtsgleichheit ist eine kapitalistische Klassengesellschaft eingerichtet. Wir werden besprechen, was Klassen genau sind, ich werde euch anhand statistischer Daten vor allem des Sozio-Ökonomischen Panels ein Bisschen zahlenmäßig in die Klassenstruktur der BRD einführen und ich werde argumentieren, weshalb die Klassengesellschaft kein Bruch mit der Gleichheit ist, sondern eine logische Konsequenz der Gleichheit.
- Schließlich ist die Welt unter verschiedene Staaten aufgeteilt, weshalb wir auch über internationale Konkurrenz und über sozusagen die kapitalistische Geographie von Wachstums- und Stagnationsräumen sprechen werden.

Für die Marx-Affinen unter Euch kann ich also ankündigen, dass Marx ja nicht vom „Kapitalismus“ sondern von „Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht“ schrieb. Heute ging es um eine Einführung in die kapitalistische Produktionsweise, beim nächsten Mal wird es um eine Einführung in die Gesellschaften gehen, die mit der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen. Dann werden wir ausreichende Grundkenntnisse erarbeitet haben, um in den beiden

darauf folgenden Veranstaltungen die Analyse und Kritik des Nationalismus zu unternehmen.

### **Abschnitt 17: Extra – Kritik der VWL**

#### Die Tragödie einer parteilichen Wissenschaft

Das was hier soweit zu Wert und Preis gesagt wurde, steht in absolutem Gegensatz zu dem, was Ihr im VWL-Unterricht hören werdet. Dort gilt die Ideologie der subjektivistischen Wertlehre. Die hier vorgetragene Werttheorie erklärt den Wert als gesellschaftliche Objektivität, die der einzelnen Person gegenübertritt. Wert und Preis sind unabhängig von der individuellen Willkür und das erfahren alle hier im Raum täglich im Supermarkt, wo sie Preise und ein endliches Portemonnaie zur Zahlung dieser Preise vorfinden. Das erfahren sogar große Unternehmen sowohl beim unerwarteten Aufschwung ihres Geschäfts als auch beim plötzlichen Bankrott. Die subjektivistische Wertlehre will im Gegensatz dazu behaupten, dass Wert und Preis auf persönlichen Bewertungen der Nützlichkeit verschiedener Güter, also auf subjektiver Willkür beruhen würde.

Ich spreche in Bezug auf diese VWL von der Tragödie einer parteilichen Wissenschaft, weil ihr wissenschaftlich untragbarer Verlauf von Anfang fest stand. Ihr werdet in keinem noch so alten VWL-Text auch nur eine wissenschaftlich haltbare Kritik an den ideengeschichtlich älteren, objektivistischen Werttheorien finden. Es hat den bürgerlichen Köpfen schlicht nicht gepasst, dass die Produktionsweise ihrer bürgerlichen Gesellschaft nicht im materiellen Nutzen der daran beteiligten Individuen ihren Maßstab hat; also durfte ihre Produktionsweise diesen Mangel auch nicht haben. Dieser unwissenschaftlichen Voreingenommenheit entsprechen die schlechten theoretischen Ergebnisse ihrer Disziplin.

Einerseits behaupten sie, dass Menschen Waren im Maß ihres Nutzens tauschen würden. Damit können sie schon keine Produktion mehr erklären, die für den Tausch produziert. Stellt Euch mal ein Unternehmen vor, das pro Jahr 100 Tonnen Mullbinden produziert und bei jedem Verkauf die Abwägung trifft, ob „das Unternehmen“ nicht lieber selber die 100 Tonnen Mullbinden jährlich benutzen möchte, anstatt sie zu verkaufen. Absurd!

Weiterhin werden am Markt die verschiedensten Gebrauchswerte ausgetauscht. Deshalb sah sich die VWL gezwungen, den abstrakten Nutzen zu erfinden, der mengenmäßig exakt angebar sein soll und in größerem oder geringerem Umfang in jedem Produkt stecke. Mensch merkt hier den verzweifelten Willen, dem Wert seine Existenz streitig zu machen, sich aber gezwungener Maßen doch zur Erklärung des Warentausches etwas allgemeines neben den konkreten Gebrauchswerten zu erfinden. Doch eine Playstation mag als Ware 10 Mal so viel Geld wert sein, wie ein Herzmedikament. Trotzdem ist sie nicht 10 Mal so nützlich, weil der Nutzen immer konkret und nicht verrechenbar ist. Auch 100 Playstations können den konkreten Nutzen eines Herzmedikaments nicht ersetzen, während ich andersrum auch mit 10 Herzmedikamenten nichts anfangen kann, wenn ich mir einen schönen Sonntag mit GTA oder Need for Speed machen will. Wieder: Absurd!

Der abstrakte Nutzen der subjektivistischen Werttheorie funktioniert so schlecht, dass die VWL ihn in der weiteren Entwicklung ihrer Theorien stillschweigend unter den Tisch fallen lässt. Im Grenznutzen geht es schon nicht mehr um den eigentlichen Nutzen einer Ware, sondern um den Nutzen eines Exemplars einer Warenart, von der ich schon eine gegebene Menge besitze. Aber wenn ich schon genug Tickets habe, um mit meinen Freund\*innen an die Ostsee zu fahren, dann nützt mir ein weiteres Ticket absolut nichts. Und wenn ich wiederum zum Bauen einer Schrankwand genau 10 Schrauben brauche, dann ist eine zweite Schraube nicht mehr oder weniger nützlich im Vergleich zur ersten Schraube, sondern auch die zweite Schraube nutzt mir so lange überhaupt nichts, bis ich nicht genug Schrauben für mein konkretes Vorhaben besitze. Nochmal: Absurd!

Schließlich gehen sie von der Grenznutzenanalyse zur Indifferenzkurven-Analyse über. Sie geben damit schon fast vollständig zu, dass einzelne Waren nicht nutzemäßig vergleichbar sind und behaupten deshalb, dass Warenbündel statt dessen durchaus vergleichbar seien. Aber was für einzelne Waren nicht funktioniert, wird auch für Warenbündel nicht funktionieren. Das Besondere an der Indifferenzkurven-Analyse ist allerdings, dass hier die subjektivistische Werttheorie bereits vollständig verworfen ist. Denn in den Lehrbüchern und Uni-Vorlesungen werdet ihr merken, dass die Indifferenzkurven-Analyse nur Ergebnisse bringt, indem die Kurven gleich nützlicher Warenbündel (die Indifferenzkurven eben) mit einer sogenannten „Budgetgeraden“ verrechnet werden müssen. Die Budgetgerade ergibt sich aus der Kaufkraft einer Marktakteur\*in relativ zu den gegebenen Preisen. Damit sind die Preise aber gegeben. Sie werden hinterrücks vom Gegenstand der Erklärung zur notwendigen Vorbedingung der Erklärung. Das ist eine einzige, theoretische Kapitulation!

Bei den nächst höheren Theorien vom Verhalten der Anbieter\*innen (bzw. Unternehmen) und vom Verhalten der Nachfrager\*innen (bzw. Haushalte), beginnt die Analyse dann immer gleich mit dem Hinweis, dass die Preise stets als extern gegeben vorausgesetzt werden. Alle Marktakteur\*innen werden als Preisnehmer\*innen behandelt. Die VWL behandelt von da an nur noch das Verhalten von Menschen unter der Bedingung, dass sie am Markt Preise vorfinden; es werden also keine Preise mehr erklärt.

Im berühmten „Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage“ findet diese wissenschaftliche Kapitulation dann ihren Höhepunkt. Der Gleichgewichtspunkt von Angebot und Nachfrage bestimme den Preis und der Preis bestimme den Gleichgewichtspunkt von Angebot und Nachfrage. So ist eine Sache aus sich selbst erklärt! Und selbst, wo nur die erste Hälfte des Satzes genannt wird, ist überhaupt nicht erklärt, warum sich Angebot und Nachfrage gerade bei diesem Preis das Gleichgewicht halten und bei keinem anderen. Hier ist in den Lehrbüchern und Vorlesungen wortwörtlich von einem Kräftegleichgewicht die Rede. Jedoch sollten die in die mechanische Physik verliebten VWLer\*innen mal lieber ein echtes Physik-Lehrbuch aufschlagen. Dann würden sie entdecken, dass sich zwei Kräfte im Gleichgewicht aufheben, also praktisch nicht mehr wirken, also auch nicht erklären, warum der Gleichgewichtspreis gerade dort ist, wo er ist. Das ist dann eben über etwas Drittes zu erklären und dieses Dritte ist der Wert und seine Entwicklung, wie ich sie in den vorherigen Punkten einführend erklärt habe<sup>2</sup>.

---

2 Wer denkt, bei der Bestimmung von Monopolpreisen durch die bürgerliche VWL würde der Preis wieder Gegenstand der Erklärung sein, sei daran erinnert, dass diese Bestimmung u.a. eine Nachfragekurve voraussetzt, deren Konstruktion neben anderen Fehlern auf Relationen von Preis und Nutzen beruht und damit die oben genannten Fehler einschließt.

## **Veranstaltung 2: Die bürgerliche Gesellschaft**

Um Nationalismus kritisieren zu können, benötigt es aus zwei Gründen ein Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft. Zum einen, um entgegen den nationalistischen Ideologien zu wissen, wie es sich mit Staat, Klassen, Konkurrenz und Armut wirklich verhält und deshalb gültige Erklärungen als Aufklärung gegen nationalistische Urteile bieten zu können. Zum anderen, weil die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse die materielle Grundlage nationalistischer Ideologien darstellen. Dies nicht in einem determinierenden Sinn – so als könnten die Leute nicht anders, als nationalistisch zu denken – sondern in dem Sinn, dass die bestehenden Verhältnisse nationalistische Fehler und Gemeinheiten im Denken nahe legen und noch jede nationalistische Idee ein verzerrtes Bild von Kapital, bürgerlicher Staatlichkeit und Standort-Konkurrenz ist. Worin die nationalistische Ideologie genau besteht und wie ihre ideologische Logik mit der bestehenden Gesellschaft verknüpft ist, das wird Thema der nächsten Veranstaltung sein. Heute geht es darum, sich das entsprechend dem eben gesagten notwendige Wissen über die bürgerliche Gesellschaft in einführendem Umfang zu erarbeiten. Also los:

Gesellschaft heißt: gelebte Verhältnisse zwischen Menschen. Der Begriff „bürgerliche Gesellschaft“ bezeichnet jene Verhältnisse zwischen Menschen, die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhen. In der letzten Veranstaltung ging es um die Erklärung dieser kapitalistischen Produktionsweise. In der nächsten Veranstaltung wird es mit Nationalismus und Rassismus um zwei der wichtigsten Ideologien jener Gesellschaften gehen, die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhen. Heute geht es um die Beschaffenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen, die die Produktion und Reproduktion ihrer Lebensmittel und damit ihres Lebens in kapitalistischer Weise durchführen. Was das heißt, soll die jetzt folgende, sehr kurze Wiederholung der letzten Veranstaltung noch einmal in aller Kürze darstellen.

### **Abschnitt 1: Wiederholung der letzten Veranstaltung**

Zur Erklärung einer Wirtschaftsweise ist es notwendig, zu wissen, welchem Zweck die Produktion dient bzw. wie es um die gesellschaftliche Arbeit bestellt ist. In der bürgerlichen Gesellschaft scheinen Privateigentum und Tausch vorherrschend. Hier wird privat für den Tausch produziert. Das heißt, dass Waren produziert werden. Waren sind für den Tausch vorgesehene Güter; sie haben daher nicht nur Gebrauchswert sondern auch Tauschwert bzw. Wert. Wird für den Tausch produziert, ist die Produktion von Wert der Zweck der Arbeit. Produzieren alle zu dem Zweck der privaten Aneignung fremder Waren, dann wirkt der Waren-Tausch als konkurrenz-mäßiger Leistungsvergleich. Der Wert einer Ware hat sein Maß dann in der Arbeitszeit, die zur Produktion einer solchen Ware gesellschaftlich durchschnittlich notwendig ist. Der Reichtum bürgerlicher Gesellschaften besteht also nicht in Gebrauchsgütern und Versorgungsleistungen, sondern im Wert: in der privaten Macht, auf die Produkte gesellschaftlicher Arbeit zuzugreifen, einer wirtschaftlichen Macht, die ihre Quelle nicht in irgendeinem konkreten Arbeitsprodukt hat, sondern in der dem Konkurrenzdurchschnitt entsprechenden Verausgabung von Arbeitskraft. Diese Art von Reichtum hat ihren Handgreiflichen Ausdruck im Geld.

Das logisch und historisch notwendige Subjekt dieser Zwecksetzung ist das Kapital. Kapital, das ist jede Wertsumme, die zu dem Zweck eingesetzt wird, sich selbst zu vermehren. Weil es ihm um das bloße Mehr an Wert geht, verfolgt es die Zwecksetzung der Produktion für den Tausch, also der Wertproduktion in Reinform; d.h. gleichgültig gegen den konkret-stofflichen Inhalt der Produktion und gleichgültig gegen ihre Folgen im Hinblick auf allgemeine Versorgungsleistungen und ähnliches. Damit eine Wertsumme mehr Wert zusetzt, also als Kapital funktioniert, muss sie sich nach den Regeln der Wert- also Warenproduktion richten. Kapitalist\*innen kaufen daher Arbeitskraft und lassen diese eine Warenmasse produzieren, deren Wert größer ist, als der Wert der gekauften Arbeitskraft. Diese Wertdifferenz ist die Grundlage des Mehrwerts, der sich hinterher in

der Verteilung zwischen den einzelnen Kapitalist\*innen und Grundeigentümer\*innen in Unternehmergewinn, Zins, Rente usw. aufteilt.

Voraussetzung und Produkt der Produktion des Kapitals – also der Produktion von Mehrwert – ist folglich die Existenz einer Klasse von Lohnabhängigen. Sie haben wegen der herrschenden Eigentumsverhältnisse keine Produktionsmittel und auch sonst keine sprudelnden Einkommensquellen und verkaufen daher die einzige Ware, die sie produzieren: das mit ihrer bloßen Lebendigkeit einhergehende Arbeitsvermögen. An diesem Klassenverhältnis ändert der Produktionsprozess des Kapitals nichts, weil die Lohnabhängigen in der Regel nur den Wert ihrer Arbeitskraft und damit nur ihre Reproduktions-Notwendigkeiten als Lohnabhängige erhalten, während das Kapital nach erfolgreicher Produktion sein gesamtes Vermögen zurück erhält und noch einen Mehrwert dazu.

In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die kapitalistische Produktionsweise. Statt einer im Konsens geplanten Arbeitsteilung herrscht private Produktion für den Tausch und damit Konkurrenz um Aneignung bzw. um Wert und Wertvermehrung.

Der Zweck der gesellschaftlichen Arbeit, der die heutige Wirtschaftsweise kennzeichnet, ist die Vermehrung des Kapitals, weil ohne die Vermehrung des Kapitals keine Löhne für Arbeiter\*innen, keine Nachfrage für kleine Selbstständige, keine Renten für Grundeigentümer\*innen und keine Steuern und sonstigen Mittel für den Staat zu Verfügung stehen.

Die Produktion bzw. das Wachstum des Kapitals verläuft in lauter Interessengegensätzen. Lohnabhängige streiten mit dem Kapital um die Lohnhöhe und um die Länge des Arbeitstags, Kapitale streiten untereinander um Absatzmärkte, Lohnabhängige streiten untereinander um Arbeitsplätze, Mieter\*innen und Pächter\*innen streiten mit Wohnungs- und Grundeigentümer\*innen um die Höhe der Mieten, usw. Der gesellschaftliche Reichtum an Gebrauchswerten liegt obendrein in Warenform vor, gehört also stets irgendwem exklusiv und soll einen möglichst großen Preis einbringen, weshalb moderne Armut als Ausschlussverhältnis neben dem umfangreichsten Reichtum bestehen kann und besteht.

## **Abschnitt 2: Ein allgemeines Hauen und Stechen**

In der kapitalistischen Produktionsweise begegnen sich die Menschen also als Warenproduzent\*innen; das gilt selbst für die Menschen, die keine andere Ware produzieren, als ihre mehr oder weniger ausgebildete Arbeitskraft. Als solche verfolgen sie alle ihr persönliches Vorankommen in Gegensatz zu einander bzw. als Schädigung der anderen: Konkurrenz am Markt ums Geld.

Die Produktion für den Tausch bedeutet nicht einfach die Befriedigung fremder Bedürfnisse. Es bedeutet die Ausnutzung fremder Bedürfnisse, um einen Preis zu erpressen. Es bedeutet weiterhin die Produktion in Konkurrenz zu anderen, so dass der eigene Verkaufserfolg anderen den Absatz erschwert oder verunmöglicht.

Ist der individuelle Lebensstandard wie auch die ganze gesellschaftliche Produktion und Reproduktion vom Geld und seiner Vermehrung abhängig (siehe Veranstaltung 1), dann gibt es lauter Konkurrenz um Preissetzungen: Kapitalist\*innen streiten sich mit Arbeiter\*innen und/oder deren gewerkschaftlichen Vertretungen um die Höhe des Lohns und die Bedingungen der Arbeit, Arbeiter\*innen streiten untereinander um Arbeitsplätze, Mieter\*innen und Vermieter\*innen streiten um die Miethöhe und die Konkurrenz der Wohnungssuchenden untereinander wirkt da mit rein, Kapitalist\*innen streiten sich um Zulieferpreise und Absatzmöglichkeiten und weil all der enorme Reichtum an Gebrauchswerten als Warenangebot dem Kapital gehört und profitable Preise erbringen soll, werden andauernd Menschen mit Ausschluss per Eigentumssetzung, Preisforderungen und Teuerung konfrontiert.

Diese allseitige Konkurrenz ums Geld bringt es notwendig mit sich, dass die in Austausch tretenden Warenproduzent\*innen das Privateigentum der anderen und damit deren exklusive Verfügung über

die gesellschaftlichen Gebrauchswerte anerkennen. Austausch unter Anerkennung des fremden, gegensätzlichen Willens nimmt die Form des Vertrags an. Im Vertrag heben sich Interessengegensätze nicht auf, sondern sie erhalten darin ihre Verlaufsform. Allerspätestens, wenn statt Kapitalwachstum die krisenhafte Entwertung droht oder wenn der eigene Lohn mal wieder nicht zum Leben oder zum guten Leben reicht, steht der Anreiz im Raum, mit dem Privateigentum der anderen zu brechen oder vertragliche Abmachungen zu brechen. Faktisch ist dieser Anreiz bereits viel früher als bloß in der Krisensituation in Kraft. Die Kalkulation des Regelbruchs gehört notwendig zu jeder Konkurrenz.

So setzen die Warenproduzent\*innen also im Betreiben ihres aufs Geld zielenden Geschäfts die Gültigkeit des Privateigentums voraus, schaffen aber beim Durchführen ihres Geschäfts beständig Gründe dafür, mit dem Privateigentum zu brechen; nicht im prinzipiellen, politischen Sinn, sondern im Sinn der individuellen Korrektur des Konkurrenzergebnisses.

In dieser Situation entwickeln alle Warenproduzent\*innen bzw. Privateigentümer\*innen, so sie denn als solche über die Runden kommen wollen, einen Willen zur staatlichen Gewalt. Damit sie als geschäftstreibende Bürger\*innen die Geldvermehrung mit ihrem negativen Bezug auf andere Eigentümer\*innen verfolgen können, wollen sie als politische Bürger\*innen die gleichberechtigte Garantie von Person und Eigentum als die Garantie des Regelwerks der Konkurrenz. Diese Garantie muss von einer Gewalt gewährt werden, welche selber außerhalb der Konkurrenz steht. Wäre ein\*e Konkurrenz-Teilnehmer\*in gleichzeitig Schiedsrichter\*in, würde er\*sie die Konkurrenz zu ihrem Vorteil entscheiden und damit beenden. Diese Gewalt, die außerhalb der Konkurrenz existiert, die Voraussetzungen der Konkurrenz garantiert und dabei auf dem abstrakten<sup>3</sup> Willen der Bürger\*innen zu ihr beruht, ist eben der bürgerliche Staat.

### **Abschnitt 3: Der bürgerliche Staat**

#### A) Der Staat

Der bürgerliche Staat ist also die politische Gewalt der kapitalistischen Produktionsweise.

Dabei ist er zum einen Staat. Staat heißt: politisches Gewaltmonopol. Dabei heißt „politisch“, dass die Inhaber\*innen des Gewaltmonopols beständig etwas mit den dem Gewaltmonopol unterworfenen Menschen vorhaben, was die nicht von sich aus machen würden; sonst bräuchte es kein Gewaltmonopol. Herrschaft setzt einen Interessengegensatz voraus. Gewaltmonopol heißt wiederum, dass sich eine Gewalt durchgesetzt hat bzw. schlagkräftig genug ist, sich gegen jeden Bruch mit dem Willen der Inhaber\*innen des Gewaltmonopols durchzusetzen. So ein politisches Gewaltmonopol regiert mit Gesetzen, mit Rechten und Pflichten. Das heißt: Es gibt Ge- und Verbote aus, deren Garantie in der Existenz des Gewaltmonopols und seiner Möglichkeit des Zuschlagens besteht. Sofern die Untertan\*innen beim Verlangten und Erlaubten mitmachen, setzen sie damit die Berechnungen ihrer Herrschaft in Kraft (zynisch heißt sowas an der Uni: „Anreize setzen“).

Der bürgerliche Staat trägt nun aber mit gutem Grund ein ihn als besonderes Exemplar staatlicher Herrschaft auszeichnendes Attribut: bürgerlich. Diese Eigenart besteht in zwei Besonderheiten.

Die eine Besonderheit der bürgerlichen Staatsgewalt gegenüber anderen Organisationen zur Ausübung von Zwang (also zu anderen Arten von Herrschaft) ist die, dass sie nicht nur faktisch das Gewaltmonopol inne hat (Polizei, Justiz, Militär), sondern das Monopol an legitimer (!) Gewalt. Der bürgerliche Staat ist eine permanente Organisation von Menschen, die das Monopol auf die Ausübung legitimen Zwangs besitzt. Legitim heißt dabei nicht: „Das ist für gut zu befinden!“. Legitim heißt hier, dass seine Gewalt Zustimmung findet. Sie ist also eine Gewalt über die Bürger\*innen, die von den Bürger\*innen gewollt wird; und zwar – noch vor allem ideologischen Nationalismus – in der Form des abstrakten Willens zur Herrschaft, den Warenproduzent\*innen

---

3 „Abstrakt“ erstmal nur im Sinne folgenden Gedankens eines bürgerlichen Individuums: Die Konkurrenz braucht schon regeln, aber die Gewährung der Konkurrenz ist noch nicht die Gewährung meines Erfolges in ihr; den Staat will ich also schon, sein konkreter Verlauf macht mich aber noch nicht glücklich.

entwickeln (siehe Abschnitt 2). Mit seiner Garantie von Person und Eigentum ist der bürgerliche Staat ein Dienst am Interesse der Warenproduzent\*innen. Daraus ergibt sich auch die zweite Besonderheit des bürgerlichen Staates:

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die politische Gewalt von der wirtschaftlichen Macht getrennt. Die bürgerliche Herrschaft verfolgt im Gegenteil zu anderen Herrschaften nicht die persönliche Bereicherung ihrer Inhaber\*innen, sondern berechtigt ihre Untertan\*innen zum Privateigentum über den gesellschaftlichen Reichtum. Die gleichermaßen privateigentumsberechtigten Bürger\*innen dürfen und sollen ihr persönliches, materielles Vorankommen frei verfolgen unter Respektierung des Privateigentums. Alle Bürger\*innen sind gleichermaßen gezwungen, die exklusive, heißt ausschließende Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum zur Grundlage ihres wirtschaftlichen Handelns zu machen. Damit ist die kapitalistische Produktionsweise von Tausch, Warenproduktion, Wert, Lohnarbeit, Kapital und allseitiger Konkurrenz garantiert (diese wirtschaftliche Logik war das Thema der ersten Veranstaltung). Entsprechend der kapitalistischen Logik verfolgen die derart gleichberechtigten Bürger\*innen ihr privates wirtschaftliches Vorankommen auf Kosten der anderen. Wegen dieser allseitigen und grundlegenden Interessengegensätze benötigen die Bürger\*innen eine Gewalt, die getrennt von der Konkurrenz ums Geld steht und Person, Eigentum und Vertrag garantiert. Neben ihrer Existenz als konkurrierende Privateigentümer\*innen sind die Menschen dieser Gesellschaft also politische Bürger\*innen. Damit sie ihr Vorankommen als Privateigentümer\*innen überhaupt verfolgen können – unabhängig davon, wie sie dabei dann tatsächlich abschneiden (Stichwort Klassengesellschaft) – wollen sie eine Gewalt, die das Privateigentum garantiert. Die mit dem Privateigentum begründete, kapitalistische Produktionsweise hat eben Folgen für den materiellen Nutzen und die materiellen Kalkulationen der konkreten Individuen, die Person und Eigentum permanent in Frage stellen.

#### B) Verbrechen und konkreter Wille zum Staat

Dabei ist eins gleich klar zu stellen: Wenn Privateigentümer\*innen Diebstahl und Betrug begehen, ist das keine politische Opposition gegen Eigentum und Kapital, sondern die individuelle Korrektur der Ergebnisse der Wirtschaft von Privateigentum und Kapital. Die permanente, staatliche Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft (BRD: ein\*e Polizist\*in auf 370 Bürger\*innen; über 700.000 verurteilte Menschen pro Jahr; zu jedem gegebenen Zeitpunkt 50.000 bis 60.000 Strafgefangene<sup>4</sup>) inklusive ihrer permanenten Möglichkeit strafender Gewalt als Faktor in allen Berechnungen der Konkurrenzsubjekte ist in der Hauptsache keine Gewalt zur Verteidigung der kapitalistischen Ordnung gegen politische Opposition sondern Gewalt zur Betreuung dieser Ordnung. Der allgemeinen Konkurrenz wird ihre selbstzerstörerische Spitze abgebrochen, indem die systematischen Handlungen der Konkurrenzsubjekte politisch betreut werden. Fast die Hälfte aller 2015 verurteilten Straftaten waren Sachen wie Diebstahl, Unterschlagung, Raub, Urkundenfälschung, Betrug usw. Sowas ist aber keine politische Opposition gegen das Privateigentum sondern der Versuch, als Privateigentümer\*in voranzukommen. Und die andersartigen Straftaten sind zumeist praktische Fortführungen der ökonomischen Konkurrenz und ihrer Ideologien in anderen Bereichen des bürgerlichen Lebens.

Sofern die Menschen also als Privateigentümer\*innen und deshalb als Warenproduzent\*innen über die Runden kommen wollen, geht damit der abstrakte Wille zur Person, Eigentum und Vertrag garantierenden Herrschaft als Voraussetzung einher. Abstrakt im Sinne von: Gewährung der Möglichkeit des Waren produzierenden Geschäfts, abstrahiert von dem Vorhandensein der nötigen Bedingungen des Erfolgs dieses Geschäfts; weshalb der abstrakte Wille der bürgerlichen Individuen zur Herrschaft auch immerzu mit lauter konkreter Unzufriedenheit mit der konkreten, staatlichen Alltagsrealität einhergeht. Zusätzlich ist zu sagen: Hier ist noch gar nicht die Rede davon, dass in dem konkreten Verlauf der kapitalistischen Produktionsweise dann lauter ganz konkreter Wille zur Herrschaft aufkommt (Petitionen, Parteien, Volksabstimmungen, Lobbyismus, politische

---

4 alle Daten von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem statistischen Bundesamt

Kampagnen um den Staat zu Subventionen, Regelungen des Arbeitsrechts, Umverteilungen, Bereitstellung öffentlicher Güter, Umverteilungen von Einkommen usw. zu bewegen).

### C) Die Geschichte des bürgerlichen Staats

Dem entspricht auch die historische Schaffung der bürgerlichen Staatsgewalt<sup>5</sup>. Die kapitalistische Produktionsweise entstand ab dem 16. Jahrhundert fortfolgend aus der Konkurrenz der verschiedenen europäischen Herrschaftshäuser. Die frühneuzeitlichen, oft absolutistischen Territorialstaatsgewalten richteten die kapitalistische Produktionsweise ursprünglich als Mittel ihrer Aneignungs- und kriegsdienlichen Bereicherung ein (Merkantilismus, Kameralismus usw.).

Innerhalb der so eingerichteten frühkapitalistischen Produktionsweise entstanden dann bürgerliche Subjekte, also Träger\*innen bürgerlicher Interessen (Kapitalist\*innen, einfache Warenproduzent\*innen, Lohnarbeiter\*innen, an Geldrente interessierte Grundeigentümer\*innen usw.). Ihr neuartiges weil auf Wert und Wertvermehrung berechnetes und privates Geschäft war ursprünglich Mittel zur Bereicherung und Bemächtigung der absolutistischen Territorialstaaten. Das passte den historisch neuen, bürgerlichen Subjekten nicht. Denn das Privatgeschäft der Bürger\*innen, das die autokratischen Staaten ermöglichten und benutzten, um damit ihre neuzeitlichen Kriege und ihren Luxus zu finanzieren und zu organisieren, war eben das Privatgeschäft dieser historisch neuen, bürgerlichen Subjekte. In den klassischen bürgerlichen Revolutionen (1581: vereinigte Republiken, 1648&1688/89: englische Revolution, 1776: Unabhängigkeitserklärung der USA, 1789: franz. Revolution) wurde die selbst-herrscherische Staatsgewalt der bisherigen Neuzeit vom aristokratischen Nutznießer der kapitalistischen Produktionsweise zur politischen Funktion der kapitalistischen Produktionsweise revolutioniert. Andere Staatsgewalten haben diesen Prozess später in veränderter Form und in Orientierung an diesen Ereignissen nachvollzogen.

All das spricht auch aus den historischen Bezeichnungen der neuartigen Staatsgewalt: Res Publica, Volonté générale, Commonwealth, Demokratie. Hier herrscht wortwörtlich ein Allgemeininteresse, das mit keinem konkreten Individual-Interesse identisch ist, aber doch von allen Individuen als Grundlage vorausgesetzt wird; und deshalb eben zu erzwingen ist. Es gewährt die abstrakte Handlungsfreiheit des Eigentums, also die Möglichkeit, einen individuellen Willen gegen andere Bürger\*innen durchzusetzen ohne, dass damit auch die Mittel zum Erfolg dieser Durchsetzung gegeben wären; abstrakt eben.

### D) Der Wille zum Staat entsteht in bürgerlichen Verhältnissen laufend

Und auch heutzutage vollziehen die meisten bürgerlichen Individuen diesen Willen zur bürgerlichen Herrschaft jeden Tag nach: Sie werden in die Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise und ihres Staates geboren und sind dazu genötigt, die (Re-)Produktion ihres Lebens unter diesen Bedingungen zu besorgen. Sie sind materiell erst mal auf die von Staat und Kapital geschaffenen Formbestimmungen verwiesen. Aus dieser materiellen Lage heraus haben sie vor allem zwei Möglichkeiten: A) „Ich will unter diesen Bedingungen zurechtkommen, also will ich eine Herrschaft sowohl in ihrer abstrakt-allgemeinen Funktion als Grundlage meines bürgerlichen Daseins sowie auch in ihren konkreten Einmischungen in den Produktionsprozessen zu meinen Gunsten (Unternehmensrecht, Arbeitsrecht, Umverteilung usw.).“ Oder B) „Mir passt es nicht, mich in einer kapitalistischen Produktionsweise durchschlagen zu müssen. Daher habe ich auch für die Idee einer nützlichen Herrschaft nichts übrig.“ Ersterer Standpunkt ist der bürgerliche Wille zur nützlichen Herrschaft (mit all seinen praktischen Widersprüchen). Für letzteren Standpunkt will ich mit dieser Veranstaltungsreihe werben.

### E) Verfassung und Gewaltenteilung

Schließlich sind alle bürgerlichen Staaten, die über einen kapitalistisch funktionierenden Standort

---

<sup>5</sup> Vergleiche für Näheres den Reader zur letzten Veranstaltungsreihe oder frage den Referenten persönlich an.

herrschen, auch in irgendeiner Weise verfassungsgebundene Rechtsstaaten. In der Verfassung drücken die Bürger\*innen ihre Beziehungen untereinander als Grundsätze politischer Gewaltanwendung aus. Der Rechtsstaat besteht darin, dass die politische Gewalt stets darauf bedacht ist, nur die allgemeinen Grundsätze der Verfassung konkret umzusetzen. Die Gewaltenteilung garantiert die Gültigkeit des grundlegenden politischen Programms der Herrschaft. Das sichert den Zweck bürgerlicher Staatlichkeit: Sie dient nicht der Bereicherung ihrer Mitglieder und Günstlinge, sondern der politischen Betreuung der kapitalistischen Produktionsweise.

#### F) Fazit

Also: Der bürgerliche Staat ist eine permanente Organisation von Menschen, die das Monopol auf Ausübung legitimen, weil abstrakt von den Bürger\*innen gewollten Zwangs besitzt und ist dementsprechend die politische Gewalt zur Betreuung der kapitalistischen Produktionsweise.

Der „Friede“ der bürgerlichen Gesellschaft ist also die Befriedung von lauter knallharten Interessengegensätzen der Warenproduzent\*innen durch ein allgegenwärtiges Gewaltmonopol zu dem Zweck, diese permanente materielle Härte der kapitalistischen Warenproduktion (Konkurrenz und Ausschluss per Eigentum) aufrecht zu erhalten.

Der Wille der Bürger\*innen zählt dabei nur als abstrakter Wille zum Staat. Keine Klassenfraktion und erst recht kein Individuum darf heutzutage als privates Konkurrenzsubjekt die Ausübung der Staatsgewalt bestimmen, weil damit die Konkurrenz also die Gleichheit der Freiheit des Eigentums aufgehoben wäre.

Dem entspricht die heutige Version von Wahlen: das abstrakte Ja zu begrenzten Alternativen der Ausübung politischer Gewalt über die wählenden Bürger\*innen, wobei dank Rechtsstaat und Notstandsgesetzen die Prinzipien der kapitalistischen Ordnung nicht zur Abwahl stehen. Und dem entspricht auch die demokratische Realität von Volksparteien: die Emanzipation von Klassenstandpunkten zu Gunsten des klassenübergreifenden, bürgerlichen Allgemeinwohls.

Und zuletzt: Bitte nicht falsch verstehen! Das ist kein Lob der Herrschaft sondern eine Erklärung der bürgerlichen Herrschaft. Der Wille zu ihr ist keine psychologische Notwendigkeit der Warenproduktion sondern seitens der meisten Lohnabhängigen der Wille zu einer Herrschaft, unter der sie permanent geschädigtes Ausbeutungsmaterial sind. Das im Allgemeinen abstrakte, im Einzelfall konkrete und ideologisch nationalistische „Ja!“ zum Staat ist die Anerkennung von lauter politischer Gewalt gegen sich und andere, von einer zu ihr gehörenden Produktionsweise, die wirtschaftliches Elend beständig produziert. Der Wille zum Staat ist ein Fehler der lohnabhängigen Menschen, der zu kritisieren ist.

Jede Herrschaft ist ein Schaden, denn ohne Interessengegensatz würde sich kein Interesse zur Herrschaft aufschwingen. Der besondere Schaden der bürgerlichen Herrschaft besteht in der politischen Ökonomie des Kapitals, deren politische Gewalt sie ist. Kurz und knackig: Zum Kapital gehört der Staat und zur Armut das Gefängnis.

#### **Abschnitt 4: Die Klassengesellschaft – ein Produkt der bürgerlichen Gleichheit**

In der vergangen Veranstaltung zur kapitalistischen Produktionsweise sowie auch in den Veranstaltungen der letzten Reihe unter dem Titel „Kapitalismus verstehen“ war die Rede von Klassen. Das erscheint womöglich als ein Widerspruch zum bisher gesagten, denn da war die Rede davon, dass der Staat auf dem abstrakten Willen der bürgerlichen Individuen und nicht nur der Kapitalist\*innen beruht und dass diese Herrschaft Gleichberechtigung gewährt, statt ständische Privilegien. Tatsächlich ist das kein Widerspruch: Die bürgerliche Gleichheit ist die politische Grundlage des ökonomischen Klassengegensatzes. Das soll jetzt Thema sein. Dazu will ich in drei Schritten erklären: Was Klassen sind, wie das wirtschaftsstatistisch in der BRD aussieht und warum das kein Widerspruch zur Gleichheit ist.

## A) Was ist mit Klasse gemeint?

Klasse heißt: Soziale Rolle im kapitalistischen Produktionsprozess.

„Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Grundeigentümer, deren jeweilige Einkommensquellen Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft.“ (Karl Marx: Das Kapital Bd. 3, S. 892, in: Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 25, "Das Kapital", Bd. III, Siebenter Abschnitt, S. 892 - 893 Dietz Verlag, Berlin/DDR 1983, im Folgenden: Kapital Bd. 3.)

Es gibt Eigentümer\*innen von Produktionsmitteln und Geld, die als Kapitalist\*innen Produktionsprozesse anstoßen, kreditieren oder ihren Verkauf statt finden lassen, um dabei aus Geld mehr Geld zu machen. Diese Leute sind Kapitalist\*innen. Ihre kapitalistische Zwecksetzung bestimmt den Produktionsprozess. Das ist ihre soziale Rolle im kapitalistischen Produktionsprozess. Der Mehrwert ist der Sinn ihres privaten Geschäfts.

Und es gibt lauter Leute, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Ihre Zwecke gelten in der Produktion nicht, weil ihre Arbeitskraft vor Produktionsbeginn bereits verkauft wurde. Die Nutzung ihrer Arbeitskraft, also die Arbeit, ist zwar physisch ihre Leistung, gesellschaftlich ist sie aber eine Benutzung der Arbeitskraft durch das Kapital, das die Arbeitskraft gegen Lohn gekauft hat und deswegen über ihre Betätigung und ihr Produkt verfügt. Diese prekären Warenproduzent\*innen sind Proletarier\*innen: Verkäufer\*innen von Arbeitskraft.

Dann gibt es noch Bezieher\*innen von Grundrente, kleine Selbstständige und andere polit-ökonomische Klassen, die entsprechend des gesellschaftlichen Potentials ihres Eigentums auf diese oder jene Weise am Prozess der Mehrwert-Produktion und -Aneignung beteiligt sind.

„Der Kapitalist, der den Mehrwert produziert ... ist zwar der erste Aneigner, aber keineswegs der letzte Eigentümer dieses Mehrwerts. Er hat ihn hinterher zu teilen mit Kapitalisten, die andere Funktionen im Großen und Ganzen der gesellschaftlichen Produktion vollziehen, mit dem Grundeigentümer usw. Der Mehrwert spaltet sich daher in verschiedene Teile. Seine Bruchstücke fallen verschiedenen Kategorien von Personen zu und erhalten verschiedene, gegeneinander selbständige Formen, wie Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente usw.“ (Kapital Bd. 1, S. 589, in: Karl Marx Friedrich Engels – Werke, Band 23, Dietz Verlag, 1962.)

Die bürgerliche Gesellschaft ist also in diesem, materiellen Sinn eine Klassengesellschaft: Es gibt verschiedene Arten von Eigentum, die verschiedene soziale Rollen im kapitalistischen Produktionsprozess bedeuten und damit die materiellen Verhältnisse vorgeben, von denen die Menschen dann denkend und politisch handelnd ausgehen.

„Klasse bedeutet also nicht eine Gruppe von Personen mit gleichen Verhaltensweisen, gleicher kultureller Vorlieben oder politischer Orientierung, einer gemeinsamen Kultur, die zudem noch sich selbst als eine Klasse definiert und ihre Klassenzugehörigkeit an ihre Nachfahren weitergibt – auch wenn hier eine relative Gleichförmigkeit seine Grundlage in der Klassenlage haben kann. Eine 'Klasse' ist eine Gruppe, die eine bestimmte Rolle im Produktionsprozess spielt. Daher sind Einkommen und abhängig davon Wohnverhältnisse nicht einfach der Inhalt von Klasse. Auch wenn Bandbreiten des Einkommens oder des Reichtums, den man schon sein Eigen nennt und daher auch abhängig davon Wohnverhältnisse, sich wiederum aus der Klassenlage erklären lassen.“ (Die Misere hat System: Kapitalismus, 2014, S. 110)

## B) Jetzt zu den statistischen Zahlen für die BRD:

Laut statistischem Bundesamt (destatis.de) gibt es im Staatsgebiet der BRD 43.475.000 Erwerbstätige. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Wochenbericht 9/2014) besitzen weniger als 5% der erwachsenen Bevölkerung Betriebsvermögen; das ist doch mal ein echtes „Klassenmonopol an Produktionsmitteln“. Die breitere Kennziffer des Produktivvermögens ergibt Werte von 6,2% der Bevölkerung mit solchem Vermögen (ZEW Abschlussbericht zur Vermögensverteilung von 2005 für das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung). Sie fügt jedoch hinzu:

„Eine Analyse der Verteilung innerhalb des Segments der Haushalte mit Produktivvermögen zeigt auch hier eine starke Konzentration des Produktivvermögens. Danach befinden sich 85 Prozent (auf der Basis der Ursprungsdaten) bzw. 77 Prozent (auf Basis der aufbereiteten Daten) des hier erfassten Produktivvermögens in Form von Unternehmensbeteiligungen oder Unternehmensbesitz im Besitz von lediglich 20 Prozent der Haushalte mit Produktivvermögen.“

Daraus erklärt sich, weshalb 39.166.000 erwerbstätige Personen Arbeitnehmer\*innen sind (destatis.de) und an den Produktionsmitteln der Kapitalist\*innen 84% des gesamten Erwerbsarbeitsvolumens verrichten (Krämer 2015, rosalex.de).

Die restlichen 4.309.000 Erwerbstätigen sind nicht allesamt Kapitalist\*innen. Unter ihnen sind diverse „kleine Selbstständige“, die oftmals unter Durchschnittslohn verdienen und keine oder weniger als 10 Mitarbeiter\*innen haben.

„Bei Selbstständigen ohne Mitarbeiter lag das Nettovermögen bei etwas mehr als 170 000 Euro; es steigt auf knapp eine Million Euro für Selbstständige mit mehr als zehn Mitarbeitern.“ (DIW Wochenbericht 9/2014, S. 161).

Das DIW schätzt die Anzahl an „Selbstständigen mit 9 oder weniger Mitarbeitern“ auf 1,8% der erwachsenen Bevölkerung und die Anzahl der „Selbstständigen mit 10 oder mehr Mitarbeitern“, worunter zwar nicht alle Kapitalist\*innen aber doch diverse Industrie- und Handelskapitalist\*innen fallen, auf 0,3% der Gesamtbevölkerung (DIW Wochenbericht 9/2014). Aus der bereits genannten Veröffentlichung des DIW ergibt sich ein Anteil der Besitzer\*innen von nicht selbst genutztem Wohneigentum (also Bezieher\*innen von Grundrente) an der erwachsenen Bevölkerung von 10%.

Klassisch ist das Argument, dass doch auch Proletarier\*innen Aktien kaufen dürften und es daher schon längst keinen schroffen Unterschied zwischen Kapitalbesitzenden und Arbeiter\*innen gäbe. Ersteres ist zwar durchaus richtig, letzteres aber weiterhin falsch. Nur 47% der Bevölkerung besitzen überhaupt Geldvermögen (DIW Wochenbericht 9/2014). Und:

„Insgesamt zeigt sich aber, dass der jeweilige Bezug von Revenueformen jenseits der jeweiligen funktionellen Haupteinkommensart vergleichsweise begrenzt ist, d.h. die Pluralität der Einkommensformen zwar vorhanden ist, aber nicht die aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozess herrührende Klassenbestimmtheit auch der Haushaltsstrukturen konterkariert.“ (Krüger: Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950-2013, S. 23).

Diese Zahlen könnte Ihr im Reader noch mal in Ruhe nachlesen. Sie beruhen fast ausschließlich auf ur-bürgerlichen Quellen, insbesondere auf dem Sozioökonomischen Panel. Es ergibt sich also eindeutig das Bild einer Gesellschaft mit proletarischer Mehrheit und einem kapitalistischen Klassenmonopol auf Produktionsmittel.

### C) Gleichheit und Klassen: kein Widerspruch

Bleibt nur noch der Punkt dazu, weshalb die Klassengesellschaft keinen Bruch mit der Gleichheit bedeutet.

In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht Gleichheit vor dem Recht. Die bürgerlichen Gerichte urteilen ohne Ansehen der individuellen Person. Ihnen geht es nur um juristische Personen, also um Träger\*innen von Rechten und Pflichten. Justitia, die Personifikation der Gerechtigkeit, trägt ein Schwert, eine Waage und eine Augenbinde. Sie urteilt mit ihrer Gewalt über Rechtsverhältnisse ohne Ansehen der Individuen. Hier herrscht also (durchaus im Wortklang von Herrschaft) Rechtsgleichheit. Der bürgerliche Staat ist nicht die politische Herrschaft individueller Kapitalist\*innen, sondern die Herrschaft des bürgerlichen Allgemeinwohls über alle Bürger\*innen. Die gelten dem Staat alle gleich als privateigentums-berechtigte Personen, egal ob Arbeiter\*in oder Kapitalist\*in. Beide stehen „unter der majestätischen Gleichheit des Gesetzes, das Reichen wie Armen verbietet, unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.“ (Anatole France)

Die Aussage, dass wir in einer Klassengesellschaft leben, ist kein Widerspruch zur Aussage, dass Gleichheit herrscht. Gerade die formale Gleichheit aller Menschen vor dem Recht des Privateigentums garantiert ihre Klassenunterschiede. Sie unterscheiden sich eben nach dem ökonomischen Potential ihres Privateigentums und das ist nicht einfach der Unterschied von wenig und viel Eigentum, sondern der zwischen Arbeitskraft und Kapital.

„Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware,

z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen. [...]

Beim Scheiden von dieser Sphäre der einfachen Zirkulation oder des Warenaustausches [...] verwandelt sich, so scheint es, schon in etwas die Physiognomie unsrer dramatis personae. Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andre scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigne Haut zu Markt getragen und nun nichts andres zu erwarten hat als die - Gerberei.“ (Kapital Bd. 1, S.189ff., in: Karl Marx Friedrich Engels – Werke, Band 23, Dietz Verlag, 1962.)

Gleichheit ist eben nicht die Abschaffung von Unterschieden, sondern das Absehen von Unterschieden. Alle Menschen sind Individuen und daher ungleich; sonst wären sie ja keine Individuen. Sollen sie trotzdem als Gleiche behandelt werden, dann ist anzugeben, in welchem Punkt sie gleich gelten sollen. Gleichheit abstrahiert dann von allem anderen an den Menschen und schaut nur noch auf diesen Punkt. In der bürgerlichen Gesellschaft sind die Bürger\*innen im Prinzip gleichberechtigt und damit auch gleich-privateigentums-berechtigt, unter Absehung sowohl vom ökonomischen Potential ihres Eigentums als auch von allen anderen individuellen Eigenschaften. Es heißt ja auch satirisch, dass es sowohl den Armen, wie den Reichen verboten ist, Brot zu stehlen, während es den Reichen wie auch den Armen erlaubt ist, Aktien zu erwerben. Entsprechend zwingen die Kapitalist\*innen die Lohnarbeiter\*innen auch nicht in die Fabrik. Lohnarbeiterin und Kapitalistin schließen gleichberechtigt frei einen Vertrag über den Handel ihres jeweiligen Eigentums: Die Kapitalist\*in gibt etwas von ihrem Geld und die Lohnarbeiter\*in gibt etwas von ihrer Zeit und Kraft. Von dem Geld kauft sich die Lohnarbeiter\*in ihre Lebensmittel und dann ist das Geld ausgegeben. Mit der Zeit und Kraft der Lohnarbeiter\*in produziert und verkauft die Kapitalist\*in Waren – zum Beispiel Lebensmittel – und vermehrt so das Geld, das sie zum Zeitpunkt des Handels „Arbeitskraft gegen Geld“ bereits besaß. Die bestehende Gleichheit der bürgerlichen Gesellschaft ist die Grundlage dieses Tauschhandels zwischen zwei so unterschiedlichen Arten von Privateigentümer\*innen wie Produktionsmittelbesitzer\*innen und Arbeitskraftbesitzer\*innen mit den entsprechend ungleichen, klassenmäßigen Ergebnissen.

Die Klassengesellschaft ist also das Produkt der Gleichheit vor dem bürgerlichen Recht. Schon insofern ist der bürgerliche Staat ein Klassenstaat, ohne dass er ständisches Privilegienrecht verordnet. Das besondere, polit-ökonomische Verhältnis zwischen den Klassen, die unter der Rechtsgleichheit gedeihen, bringt dem bürgerlichen Staat wiederum Notwendigkeiten in seiner politischen Betreuung der kapitalistischen Gesellschaft ein: Sozialstaat.

### **Abschnitt 5: Klassenstaat I – Betreuung der Klassengesellschaft**

Als Garant der kapitalistischen Produktionsweise gewährt – wie bisher erklärt – der bürgerliche Staat die Existenz einer Klassengesellschaft. Dass Kapitalist\*innen den Lohn – zumindest in den meisten Fällen – zahlen müssen, um an Arbeitskraft zu kommen, anstatt die Lohnabhängigen per Gewalt in die Fabrik zu zwingen und dass sich die Lohnabhängigen darauf einlassen, anstatt einfach für sich selbst an den Produktionsmitteln los zu produzieren oder sich die bereits produzierten Waren einfach zu nehmen, dafür sorgt der Staat mit seiner Eigentumsgarantie.

Das kapitalistische Klassenverhältnis ist aber eines, dass seine Grundlage beständig gefährdet. Bisher ging es uns dabei darum, dass Person, Eigentum und Vertragsbindung eine unparteiische Gewalt voraussetzen. Jetzt geht es um den weiteren Punkt, dass die kapitalistische Produktion die Lohnarbeiter\*innen, auf deren Arbeit sie fußt, zu verschleiben droht.

Das Kapital braucht die Lohnarbeit als Quelle ihres Mehrwerts. Aber das Kapital droht die

Lohnarbeiter\*innen-Klasse physisch zu vernichten, denn das Gewinnmotiv des individuellen Kapitals führt den Lohn und Arbeitsschutz als Kostenfaktor. Daher gilt: wenig Lohn, viel Leistung! Daher braucht das Kapital den allgemeinen Zwang zur Schonung der Arbeiter\*innen, den das individuelle Kapital im Angesicht der Konkurrenz nicht praktiziert.

Reproduzieren können sich Arbeiter\*innen nur über den Verkauf ihrer Arbeitskraft, der jedoch seine notwendige Bedingung nicht in den Nöten der Arbeiter\*innen, sondern in den Verwertungschancen des Kapitals hat. Es gibt folglich Arbeitslosigkeit. Deshalb organisiert der Staat Umverteilungen wie die deutsche Sozialversicherung: Die staatliche Zwangskollektivierung eines Teils der gesellschaftlichen Lohnsumme sichert die Reproduktion der Lohnabhängigen als Lohnabhängige trotz Krankheit und Arbeitslosigkeit. Damit ist die Sozialversicherung aber darauf angewiesen, dass überhaupt kapitalistisches Geschäft statt findet, so dass Löhne gezahlt werden und deshalb umverteilt werden können.

Auf der letzten Veranstaltung besprachen wir, dass die Produktion der Ware Arbeitskraft nicht einfach entsprechend den konjunkturellen Schwankungen der Arbeitsnachfrage durch das Kapital reguliert werden kann. Die Ware Arbeitskraft ist u.a. insoweit besonders, als dass sie nicht für den Tausch produziert wird; ihre Produktion also auch nicht entsprechend der gesellschaftlich notwendigen Menge Arbeitskraft reguliert werden kann. Lohnabhängige benötigen daher das besondere Mittel des gewerkschaftlichen Zwangs, also des organisierten Vertragsbruchs, um ihrer Ware den Wert zu verschaffen, der anderen durch die Systematik der Produktion für den Tausch zukommt. Die Reproduktion der Arbeiter\*innenklasse setzt also die Gewährung gewerkschaftlicher Kampfmittel voraus. In den Worten einer marxistischen Publikation:

„Um den schäbigen Wert seiner Ware, um elementare Rücksichten auf die Reproduktionsnotwendigkeiten seiner Arbeitskraft, muss der Lohnarbeiter laufend streiten; nur unter der Bedingung des Klassenkampfes gibt es überhaupt ein Wertgesetz auf diesem Markt.“ (Gegenstandspunkt 2-08, S. 93ff.)

Oder auch in den Worten eines bürgerlichen Ökonomen:

„Denn nach dem Grundgesetz steht allen abhängig Beschäftigten das Recht zu, sich in Koalitionen zur Durchsetzung ihrer Rechte zusammenzuschließen. Wird ihnen nicht auch das Streikrecht gewährt, bleiben sie Bittsteller ohne Kraft.“ (Brenke 2015 in: DIW Wochenbericht 22/2015)

Vom Arbeitsschutz und Sozialrecht bis zum Koalitionsrecht handelt sich der bürgerliche Staat mit dem Auftrag der Gewährung der kapitalistischen Produktionsweise also lauter Felder ihrer politischen Betreuung ein. Der Sozialstaat ist nur eines dieser Felder, in der der Logik Rechnung getragen wird, dass der Schutz von Person und Eigentum eine Klassen- und Konkurrenzgesellschaft in die Welt setzt.

Viel mehr will ich zu diesem Punkt nicht sagen. Die bürgerlichen Köpfe sind oftmals offenerherzig genug, wenn sie bei Sozialstaat und co. klar machen, dass es ihnen nicht um die Beseitigung von Armut, sondern um die Stärkung von Wachstum und Standort geht. Das kann im übrigen auch an der knappen Bemessung von Sozialhilfe und co. abgelesen werden.

Ich will nur noch einen Sachverhalt betonen: Die nachhaltige Bewirtschaftung proletarischer Armut und kapitalistischer Vernutzung von Mensch und Umwelt ist keine anti-kapitalistische Tendenz im bürgerlichen Staat, sondern der notwendige Aufwand, um die kapitalistische Produktionsweise als Reproduktionsweise der Gesellschaft zu ermöglichen. Der Staat – und damit auch der Sozialstaat – findet die Armut also nicht einfach vor und bekämpft sie dann sozialstaatlich. Er garantiert statt dessen ihre permanente Ursache.

## **Abschnitt 6: Klassenstaat II – Kapitalakkumulation als Allgemeinwohl**

Ich will jetzt einen Punkt ansprechen, der eine Art zwischen-Fazit darstellt. Es geht um das bürgerliche Allgemeinwohl. Es geht um den Inhalt der sozialdemokratischen Nachkriegs-Parole, dass „Eigentum verpflichtet“. Es geht damit auch ein Bisschen um den Hinweis, weshalb im

proletarischen Klasseninteresse nicht automatisch der Wille zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse drin steckt.

### A) Der Wille zur Lohnarbeit und der Wille zum Kapital

Fangen wir wie folgt an: Wozu verpflichtet Eigentum? So viel sollte nach der ersten Veranstaltung dieser Reihe klar sein: Eigentum verpflichtet zu seiner Vermehrung! Dabei beziehe ich mich auf das Eigentum, wegen dem die ganze kapitalistische Produktionsweise in der Welt ist: Das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln. Es hat seinen Grund und Zweck in der Produktion von Mehrwert und nicht zuletzt die Konkurrenz mit anderen Kapitalist\*innen drängt nochmal extra auf ein schrankenloses „mehr“ an Wertproduktion.

Doch die Aussage im Grundgesetz, dass Eigentum verpflichtet, wurde nicht von Großindustriellen, sondern von sozialdemokratischen Politiker\*innen dort eingebracht. Wie kommen so ursprüngliche Anwält\*innen des Arbeiter\*innen-Interesses auf diese Parole? Die Antwort ist: Weil sie eben Anwält\*innen des Arbeiter\*innen-Interesses an Lohnarbeit sind. Und weil Löhne der ganzen Logik der Sache nach nur gezahlt werden, wenn das Kapital für seine Vermehrung Arbeitskraft benötigt, gilt die Rechnung, dass eine gute Konjunktur des Kapitals zwar nicht unbedingt bedeutet, dass es den Lohnabhängigen ebenfalls halbwegs verträglich geht, dass eine schlechte Konjunktur fürs Kapital aber auf jeden Fall bedeutet, dass es den Lohnabhängigen schlecht ergeht.

### B) Beispiele

Diesen Schluss von der Not zur Lohnarbeit auf die Notwendigkeit, dass das Kapital günstiges Geschäft macht, vollziehen bürgerliche Untertan\*innen andauernd: Die teilweisen Schließungen von Real- und später Kaisers-Filialen wurden von ver.di-Publik (05/2016) bis zur Tagesschau (tagesschau.de 25.10.2016) im Arbeiter\*innen-Interesse derart kommentiert, dass der Unternehmensführung Misswirtschaft bei ihrem (!) Geschäft vorgeworfen wurde. In der gewerkschaftlichen Veröffentlichung Böckler Impuls 02/2017 findet sich eine Grafik, auf der ein\*e Kapitalist\*in Arbeiter\*innen wortwörtlich per Arschtritt die Lohnzahlung aufkündigt. Die gewerkschaftsnahen Ökonom\*innen dieses Artikels illustrieren damit jedoch keinen Aufruf zum Klassenkampf gegen das Kapital, sondern werben um Verständnis für eine expansive Kredit- und Staatsschulden-Politik, die dem Kapital die Gewinne garantieren soll, ohne die es keine Löhne zahlt.

### C) Die politische Ökonomie der Volksparteien

Aber die SPD ist inzwischen eine „Volkspartei“, hat sich vom Klassenstandpunkt emanzipiert und vertritt nun das Allgemeinwohl per Staatsgewalt. Doch worin besteht dieses Allgemeinwohl?

„Die gesamte Gesellschaft ist vom Gelingen des Kapitalprinzips abhängig. Der Staat bezieht seine Mittel als Steuern aus dem Geschäftsleben, Grund- und Immobilienbesitzer\_innen brauchen Kapital und gezahlte Löhne für Pacht und Miete und die Lohnabhängigen sind dem Geschäftserfolg der sie anwendenden Kapitale ausgeliefert. Klappt das Geschäft der Kapitalist\_innen nicht, haben alle anderen auch ein Problem. Das Geschäftsinteresse, das private Interesse der Kapitalist\_innen, ist damit gesellschaftlich allgemeines Interesse. Daher trifft der Begriff „Kapitalismus“ auch voll ins Schwarze, wenn man das Wesentliche dieser Ökonomie bezeichnen will. Wenn die Gewinnmacherei (inkl. Reinvestition, Kapitalakkumulation und so weiter) zur Bedingung dafür gemacht ist, dass überhaupt Produktion stattfindet, heißt das eben, dass sich eine ganze Gesellschaft nach dieser eigentümlichen Logik, dem Prinzip des Kapitals richten muss.“ (Die Misere hat System: Kapitalismus, S. 70, 2014)

Und genau diesen polit-ökonomischen Konsens vom Kapital-Interesse an gewinnträchtiger Ausbeutung unterschrieben Arbeiter\*innen übrigens historisch von vornherein, wenn sie um demokratische Teilhabe an der Staatsgewalt gleichberechtigt mit den Kapitalist\*innen stritten. Ist das Kapital aber erstmal ins Recht gesetzt – und das ist der Inhalt von „gleichberechtigt“ mit dem Kapital –, dann übersetzten sich die Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Menschen in die Notwendigkeit nach Lohnzahlung und daher in ein Interesse am Gelingen des kapitalistischen Geschäfts.

Wer schließlich überhaupt vorhat, mit der bürgerlichen Staatsgewalt Politik zu machen, arbeitet dann auch mit einem Staatshaushalt, der seine Mittel per Schuld und Steuer aus dem Kapitalwachstum schlägt, so dass auch links-bürgerliche Politikvorstellungen im Kapital und seinem Wachstum nicht etwa die Ursache des Elends sondern die Quelle politischer Handlungsfähigkeit erblicken.

Ich will diesen Punkt dazu, dass das Kapitalwachstum das Allgemeinwohl der bürgerlichen Gesellschaft darstellt, mit einem Rosa Luxemburg-Zitat beenden. So wie sie das Zitat im Original gemeint hat, hat sie zwar ein Bisschen was anderes und falsches gemeint (Ideologie des historischen Materialismus, siehe den Reader zur letzten Veranstaltungsreihe), trotzdem ist die Formulierung selbst Gold wert:

„Zwar der Form nach dient der Parlamentarismus dazu, in der staatlichen Organisation die Interessen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Andererseits aber ist es doch nur die kapitalistische Gesellschaft, d. h. eine Gesellschaft, in der die kapitalistischen Interessen maßgebend sind, die er zum Ausdruck bringt.“ (Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? – 2009, S. 37)

## **Abschnitt 7: die internationale Konkurrenz und ihre Ergebnisse**

Der staatliche Auftrag der politischen Betreuung der kapitalistischen Produktionsweise und das daraus über alle Klassen und Parteien hinweg erwachsende Interesse an größtmöglichem Kapitalwachstum hat eine klare Grenze: die Staatsgrenze. Wovon ich jetzt erzähle, das ist die Außenpolitik kapitalistischer Gesellschaften, die unbedingt den klassischen Namen „Imperialismus“ verdient. Dieses Thema ist dabei noch viel umfangreicher als alles andere, was heute besprochen wurde, weshalb die folgenden, einführenden Ausführungen wirklich kaum mehr als ein thesen- und stichpunkthafter Einblick in diese Materie sind. Eigentlich wären vorher Dinge wie Kreditgeld, Reservewährung und ähnlich zu klären. Versuchen wir trotzdem einen Überblick:

### A) Die Einrichtung des Welthandels

Das bürgerliche Gewaltmonopol ist ein regionales Gewaltmonopol; Staatsgebiete haben Grenze. Das beschränkt allerdings nur die Handlungsmöglichkeiten einer Staatsgewalt, nicht jedoch ihre Ansprüche. Gemeint sind ihre Ansprüche darauf, auch den restlichen Globus zum Mittel des Standort-eigenen Kapitalwachstums herzurichten. Die bürgerliche Staatsgewalt, die auf heimischem Gebiet überparteilich die gesamte kapitalistische Produktionsweise vor Ort fördert, ist international sehr parteilich aufgestellt für die Interessen der eigenen, kapitalistischen Wirtschaft.

Die praktische Umsetzung dieser Parteilichkeit geht heutzutage in der Regel so, dass ein bürgerlicher Staat einen anderen Staat als solchen anerkennt und in Vertragsverhältnisse mit ihm geht, die seinen einheimischen Warenproduzent\*innen das Geschäft im Einflussbereich der anderen Staatsgewalt gewähren. Die Besonderheit besteht dabei darin, dass es für die internationalen Verträge keinen globalen „Super-Staat“ gibt, der diese Verträge mit seiner Gewalt garantieren könnte. Das „Völkerrecht“ und ähnliche Titel imperialistischer Einmischung bleiben bloße moralische Kategorien, sofern sie nicht durch entsprechend gewaltfähige Staatenbündnisse gegen Dritte durchgesetzt werden. Die eigentliche internationale Vertrags- und Rechtslage ist eine, die die handfeste Gewalt noch als jederzeitige Modifikations-Möglichkeit kennt.

Und dafür haben Staaten allen Grund, denn auch der internationale Kapitalismus ist kein fröhliches geben und nehmen. Die Einwilligung einer fremden Staatsgewalt, den hiesigen Kapitalist\*innen und ihrem Anhang dort geschäftliche Handlungen zu gewähren, hat immerhin Folgen für die dortige Konkurrenzsituation, Konjunktur und alle privaten Einkommen wie auch den Staatshaushalt. Doch mehr noch als das, ist der Wille einer anderen Staatsmacht nach Rechtstiteln ihrer Bürger\*innen auf fremdem Territorium auch ein Mittel für den angesprochenen Staat, selber Zugeständnisse zu erpressen, die dem eigenen Wachstum zu gute kommen.

### B) Der Verlauf des Welthandels

Das dann irgendwie zustande kommende Warenhandelsverhältnis hat früher oder später die Konsequenz, dass sich ein internationales Verhältnis von Export- und Import-Überschüssen einstellt, so dass sich der Warenhandel in ein Schuldverhältnis verwandelt und auf den Warenexport spätestens dann (aber meist schon früher) der Kapitalexport folgt. Von dessen möglichen Folgen für einen Wirtschaftsstandort zeugt jedes Investitionsschutzabkommen, mit dem kapitalistisch überlegene Staaten – wie beispielsweise Deutschland in über 80 Fällen – den unterlegenen Standorten dieses Planeten die Pflicht auferlegen, den Kapitalimport auch bei weitgehender Schädigung der eigenen kapitalistischen Reproduktion aufzuerlegen.

### C) Das Ergebnis des Welthandels

Schließlich resultiert das dauerhaft erfolgreiche und weltumspannende kapitalistische Geschäft darin, dass der in einer Währung gebündelte Nationalkredit der Staatsgewalt, deren Kapitalist\*innen dieses Geschäft praktizieren, eine Karriere zur Reservewährung oder gar zum Weltgeld hinlegt. Die Währung, die Staaten mit global erfolgreichem, kapitalistischem Geschäft in die Welt setzen, gilt überall als Kauf- und vor allem als gewinnträchtiges Investitionsmittel. Das bringt den global erfolgreichen Staaten zusätzlich zu den infrastrukturellen Folgen ihres bisherigen, kapitalistischen Erfolgs (eine gut ausgestattete Staatsmacht und Infrastruktur, Marken von Weltrang, viel Kapital und Kreditwürdigkeit) dann schließlich eine kaum erschütterbare Schuldentragfähigkeit, so dass sie noch die größten globalen Konkurrenzinitiativen finanzieren können (z.Bsp. Airbus).

Während sich so der Erfolg kapitalistischer Staatsgebiete in lauter Mittel für noch bessere Erfolgsbedingungen verwandelt, erleben unterlegene Staatsgebiete die umgekehrte Entwicklung. Selbst ihr Geld gilt international nichts mehr, so dass sie sich nur noch in Währungen verschulden können, über die andere Staaten die politische Hoheit besitzen.

Daher ist Außenhandel nicht einfach Freihandel, von dem alle profitieren. Entsprechend brutal ist auch seine politische Verlaufsform:

„So sind ihm [dem Staat] schließlich negative Wirkungen auf das Wachstum des nationalen Reichtums Grund für Maßnahmen, den von ihm selbst in die Wege geleiteten *Freihandel* um eine solide Pflege des *Protektionismus* zu ergänzen, und mit Angeboten der einen oder anderen Art von Außenwirtschaft verhandelt er bi-, tri und multilateral in der gesamten Staatenwelt herum: *Handelsverträge, Bündnisse und Integration* sind die Titel für dieses Verfahren einer Nation, sich auf dem Feld internationaler Konkurrenz durchzusetzen. Nach dem jeweiligen Stand ge- und mißlungener *Erpressung*, deren ein Staat fähig ist, ist die Welt politisch eingeteilt.“ (Gegenstandpunkt.com Imperialismus 1, §2)

Erst jüngst war beispielhaft an den Versuchen der Etablierung von TTIP, TPP und co. der Versuch zu studieren, über die Errichtung eines exklusiven Handelsraums einem dritten Standort (VR China) politische und polit-ökonomische Zugeständnisse aufzuzwingen unter Strafe eines Ausschlusses von Wirtschaftsgebieten, die bisher noch den größten Teil des Weltmarkts ausmachen.

### D) Die Konkurrenz des Geschäfts führt zur Konkurrenz der Gewalt

Weil bei all dem regionale Gewaltmonopole mit einander konkurrieren, ist die Gewaltfrage selbst nicht vom Tisch, sondern immer vorausgesetzt. Deshalb geht der bürgerliche Friede auch mit permanenter Rüstung einher, während ganze Geschäftszweige (Rüstungsexport inklusive) auf die Aufrechterhaltung eigener Autarkie für den Notfall hin reguliert werden. Schließlich entwickeln die imperialistischen Ansprüche von Staaten eine weitreichende Unabhängigkeit von Interessen heimischen Individual-Kapitals. Der Grund: Weil ein Staat vom Rang eines „global Players“ DIE Voraussetzung erfolgreicher Außenwirtschaft ist, um die kein Staat herum kommt, gibt es mit Militär, Diplomatie und Krieg eine permanente politische Konkurrenz um Über- und Unterordnung von Staatsgewalten.

### E) Der Standort entsteht

All das hat für ein kapitalistisches Staatsgebiet die innere Folge der Vollendung der Standort-Wirtschaft bzw. der nationalökonomischen Staatsräson. Ein ganzer kapitalistischer Wirtschaftsraum

wird von nationalen Champions, den sogenannten „Schlüsselindustrien“, abhängig. Das kapitalistische Geschäft, das unter einer Staatsgewalt statt findet, muss die materiellen und wertmäßigen Voraussetzungen für eine geschäftlich und militärisch schlagkräftige Staatsgewalt einbringen<sup>6</sup>. Über die Wechselkursbewegungen und die staatliche Kreditwürdigkeit geraten Unternehmen eines Standorts untereinander in besondere Abhängigkeiten usw. usf. Nicht zuletzt daher, dass Staat und Kapital Millionen von Menschen zu einem Mittel in der internationalen Konkurrenz herrichten und damit auch vom Ausgang dieser Konkurrenz abhängig machen, beziehen Nationalist\*innen ihre Inspiration für die ekelhafte Ideologie vom „Überlebenskampf der Völker“. Aber die nationalistischen Urteile über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft werden in der nächsten Veranstaltung Thema sein.

### **Abschnitt 8: Kapitalistische Geographie**

In Folge der internationalen Konkurrenz entwickelt die kapitalistische Produktionsweise ihre eigene Wirtschaftsgeographie: Die kapitalistische Produktionsweise geht mit einer Differenz von Wachstums- und Stagnationsräumen einher.

Dies findet sich übrigens auch innerhalb von Staatsgebieten. Am Besten lässt sich das an jenen Staatsgebieten illustrieren, in denen diese Differenzen ein klares Muster in Form eines Ost-West-Gefälles oder ähnlichem geben (slowakische Republik, Griechenland, Italien, VR China, Mali).

Im internationalen Bereich entstehen eben solche räumlichen Differenzen in Form einer hartnäckigen aber nicht unveränderlichen Hierarchie von kapitalistischen Standorten, die unter Begriffen wie denen von der ersten und dritten Welt bekannt ist. Eine Skizze:

Es gibt kapitalistische Zentren. Ihre vergangenen Erfolge in der kapitalistischen Konkurrenz bringen ihnen die polit-ökonomische Potenz, die sie für die Fortsetzung ihrer Erfolge in breiterem Maßstab benötigen: Eine weltweit gefragte Währung, viel Kredit, militärisch und bürokratisch potente Gewaltmonopole (mit der zugehörigen Macht über heimisches und globales Wirtschaftsrecht), umfangreiche und qualitativ hochwertige Infrastruktur, viel Investitionskraft. Relativ große Teile des Proletariats sind in Beschäftigung. Häufig hat Sozialpolitik über eine Zwangssozialisierung eines Teils der gesellschaftlichen Lohnsumme den größten Teil der Arbeiter\*innenklasse integriert.

Es gibt Schwellenländer. Sie haben über kapitalistisch erfolgreiche Herrschaft sowie über als Glücksfälle zu bewertende politische Konstellationen und natürliche Ressourcen einiges an Kredit und Kapitalvermehrung zustande gebracht. Ihre Währungen haben keinen Weltgeldcharakter. Bedeutende Teile ihrer proletarischen Bevölkerung sind kaum oder gar nicht in kapitalistischer Verwendung.

Es gibt die „dritte Welt“. Mangels Kredit, Kapital, ausreichender Infrastruktur und geistigen Eigentumsrechten haben die dortigen Staatsgewalten nur eins zu bieten: Lohnabhängige und Landschaft ohne jeglichen Sozial- und Umweltschutz, d.h. zu Schleuderpreisen. So sind diese Standorte häufig bloße Zulieferer für eine Mehrwert-Produktion, die in anderen Ländern von statten geht.

Bleibt noch die „vierte Welt“. Wo die Bevölkerung in der kapitalistischen Produktionsweise kein Auskommen findet, gibt es keine unterwürfigen Bürger\*innen, die innerhalb der staatlichen Ordnung ihr Auskommen suchen und darüber womöglich zu politischen Anhänger\*innen der Staatsgewalt werden. Die Staatsgewalt ist dann keine politische Funktion am heimischen Privatgeschäft, sondern bloße Einkommensquelle für ihre Inhaber\*innen. Entsprechend gering ist ihr Einfluss, entsprechend notwendig ist es oft, sich die lokale Gefolgschaft zu kaufen. Korruption ist also nicht Ursache sondern Folge der Niederlage in der internationalen kapitalistischen

---

<sup>6</sup> Selbst Adam Smith, der „große liberale Vater der Ökonomie“ wirbt in seinem Werk „Wealth of Nations“ für eine staatliche Begünstigung der britischen Schiffahrtsbetriebe, damit im Kriegsfall genug Schiffe da sind, die für militärische Zwecke verstaatlicht werden können.

Konkurrenz.

Diese Differenzen sind keine notwendigen Folgen klimatischer Bedingungen oder gar den Lebensbedürfnissen der betroffenen Menschen entsprechend. Die Gründe für diese Differenzen liegen in der kapitalistischen Produktionsweise begründet, die eben nicht in Versorgungsleistungen, sondern in der Produktion von Mehrwert ihren Zweck und in einer existentiellen Konkurrenz ihren Verlauf hat.

Bei regionalen Differenzen spielen die Besonderheiten der Standort-Konkurrenz eine entscheidende Rolle: Wie auch in vielen anderen Bereichen kapitalistischer Konkurrenz summieren sich Erfolge in der Standortkonkurrenz zu schlagkräftigen Mitteln für weitere Konkurrenzserfolge auf:

Neues kapitalistisches Geschäft lässt sich bevorzugt dort nieder, wo bereits kapitalistisches Geschäft stattfindet. Aus dem kapitalistischen Wachstum, das an ihren Standorten stattfindet, gewinnen Staaten die Mittel, um Investitionen in Infrastruktur und weitere Standortaufwertungen vorzunehmen. Einen Höhepunkt erreicht der Erfolg in der Standort-Konkurrenz dann, wenn die Währung eines Staates zur internationalen Reserve- oder gar Leitwährung wird. Dieser Status des nationalen Geldes ermöglicht eine enorme Tragbarkeit von Staatsschulden und eine gewaltige Investitionskraft heimischer Kapitale.

### **Abschnitt 9: Zusammenfassung und Überleitung**

Damit sind wir durch. Ich wiederhole in Form von kurzen Thesen:

- Der bürgerliche Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Produktionsweise.
- Er beruht auf dem Willen der Eigentümer\*innen bzw. Warenproduzent\*innen zu ihrem Geschäft.
- Seine politische Betreuung der kapitalistischen Produktionsweise beginnt beim gleichberechtigten Schutz von Person und Eigentum und fährt fort mit der nachhaltigen Verwaltung einer Klassengesellschaft.
- Die politische Betreuung der kapitalistischen Klassengesellschaft soll in den Staatsgrenzen keine absoluten Grenzen finden: Staaten richten den Welthandel ein.
- Die internationale Konkurrenz des kapitalistischen Geschäfts bringt eine internationale Konkurrenz der Staatsgewalten mit sich und resultiert in einer hierarchischen Ordnung unter den Staaten.
- All diese politischen Gewaltverhältnisse sind nicht natur-notwendig und entspringen nicht aus Gründen der Versorgung von Menschen mit Gebrauchswerten. Sie haben ihre Ursache im Kapital, in der Produktion des Mehrwerts.

Das ist sie also, die bürgerliche Gesellschaft:

- Freiheit und Gleichheit; oder weniger ideologisch: Konkurrenz staatlich ermächtigter Privateigentümer\*innen
- Frieden; oder treffender: die Befriedung eines Standorts per Etablierung einer allgemeinen Gewalt
- Demokratie; also genau das: Die Herrschaft eines Allgemeinwohls, das kein Individuum konkret verfolgt, jedoch von allen vorausgesetzt wird und für die einen Leute Profit und für die anderen Leute Arbeit, Ausbeutung, Unsicherheit und Ausschluss bedeutet.

Das wars für Heute. Zeit für eine Überleitung zum nächsten Mal:

Die antagonistische Arbeitsteilung des Privateigentums, die von allen jederzeit individuell spürbare Notwendigkeit der politischen Betreuung dieser Produktionsweise durch die Staatsgewalt und schließlich die Existenz der Konkurrent\*innen als – in Erweiterung aller Konkurrenz- und Klassenwidersprüche – nationalökonomischem Konkurrenzkollektiv gegen den Rest der Welt

bildet die materielle Grundlage für eine der wirkmächtigsten, ursprünglichsten und unangenehmsten Ideologien der kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlichen Gesellschaft: den Nationalismus. Das soll Thema der nächsten Veranstaltung sein.

### Veranstaltung 3: Nationalismus (und Rassismus)

Inhalt:

Einleitung

1) Nationalismus

- A) Der Wille zum Staat (33)
- B) Die Relativierung der Privatinteressen (34)
- C) Staatsvolk (35)
- D) Die Suche nach Schuldigen (35)
- E) Der Mythos der Nation (35)
- F) Fazit (36)

2) Geschichte des Nationalismus (36)

- A) Der Begriff der Nation entsteht mit den bürgerlichen Revolutionen (36)
- B) Die neue Welt nach 1789 (37)
- C) Der Begriff der Nation in den frühen bürgerlichen Staaten (38)
- D) Der Elitennationalismus u. die Begründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert (39)
- E) Nachfrage und Angebot nationalistischer Politik (41)
- F) Die weitere Entwicklung (42)

3) Wie Nationalismus nicht zu erklären ist (44)

- A) Also kurz zu dem Humbug von Seiten nationalistischer Ideolog\*innen (44)
- B) Wiederholung dessen, wie Nationalismus geht (45)
- C) Kritik falscher Erklärungen des Nationalismus (45)

4) Rassismus – Die Behauptung der Wesenhaftigkeit trifft auf den Nationalstaat (48)

Während der letzten zwei Veranstaltungen sprachen wir über die kapitalistische Produktionsweise und die zugehörige bürgerliche Gesellschaft mit ihrem Staat, ihren Klassen und ihrer internationalen Konkurrenz. Es ging uns um eine gültige Erklärung der Inhalte von Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie heute sind.

Wir sprachen über Tausch und Wert, über Kapital und Mehrwert. Wir sprachen über Konkurrenz um Geld und Gewinn und über Klassengegensätze und darüber, weshalb Lohnarbeitenden über ihre Arbeit nie reich werden. Und wir sprachen über die politische Gewalt, die Person und Eigentum gleichberechtigt garantiert, damit die Warenproduzent\*innen ihr auf Geld und Geldvermehrung abzielendes Geschäft verfolgen können: den bürgerlichen Staat. Wir sprachen darüber, wie seine politisch gewährte Gleichheit vor dem Gesetz des Privateigentums die wirtschaftliche Ungleichheit der Klassen als Eigentümer\*innen von Produktionsmitteln und Eigentümer\*innen von Arbeitskraft erzeugt. Dann war Thema, wie der bürgerliche Staat in der Verfolgung seines Auftrags (der politischen Garantie der Voraussetzungen der allgemeinen Warenproduktion) diesem Klassenverhältnis wiederum Rechnung trägt, indem er mit Sozialstaat, Streikrecht und anderem die Bedingungen dafür schafft, dass die Klassengesellschaft dauerhaft funktioniert. Schließlich war noch die Rede davon, dass die bürgerlichen Staaten den Rest der Welt als Geschäftsmöglichkeit ihrer heimischen Warenproduzent\*innen erschließen wollen, darüber in eine internationale Konkurrenz von „Geschäft und Gewalt“ geraten und dass dies schließlich dazu führt, dass aus einem Staatsgebiet mit kapitalistischer Produktionsweise und all den Klassengegensätzen und Konkurrenzverhältnissen ein Standort wird; was die Klassengegensätze und Konkurrenzverhältnisse im Staatsgebiet nicht abschafft, sondern ihre Ergebnisse zum Mittel einer internationalen Konkurrenz von Staaten und Kapitalen macht.

Heute geht es um eine Ideologie, die zu diesen Verhältnissen von Kapital, Staat und Standort dazugehört. Um eine Ideologie, die derart und dermaßen wirkmächtig ist, dass die enorme

Unzufriedenheit...die zu einer Existenz in Lohnabhängigkeit gegenüber dem Kapital und Hörigkeit gegenüber einer Staatsgewalt notwendig dazu gehört...dass diese Unzufriedenheit nicht zum Bruch mit dem Gemeinwesen von Kapital und Staat führt, sondern zur Parteilichkeit für ein bitterböses Ideal vom bürgerlich-kapitalistischen Gemeinwesen. Es geht um Nationalismus.

Ich werde gleich versuchen, erst mal kurz zu erklären, was Nationalismus ist. Dann wird eine kurze Abhandlung der Geschichte des Nationalismus folgen. Schließlich werde ich falsche Erklärungen des Nationalismus kritisieren und abschließend dann noch kurz etwas zum Rassismus sagen.

## **Abschnitt 1: Nationalismus**

### A) Der Wille zum Staat

In der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft...diesen Begriff verwende ich jetzt als Abkürzung für all die Inhalte, die während der vergangenen zwei Veranstaltungen erarbeitet wurden...in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft finden sich Menschen als Warenproduzent\*innen und als Untertan\*innen einer von der wirtschaftlichen Macht besonderten politischen Staatsgewalt wieder. Die Menschen leben zwar auch hier wie so oft von den Produkten gesellschaftlicher Arbeit, aber sie leben hier insbesondere von ihrem Privateigentum an Produkten gesellschaftlicher Arbeit. Sie haben aus dem Genuss ihres Privateigentums, aus seinem Verkauf und aus seiner Vermehrung ihren Lebensunterhalt zu schlagen. Dabei geraten sie in all die Interessengegensätze, die Thema der letzten Veranstaltung waren: Ausschluss des Privateigentums, Konkurrenz der Warenproduzent\*innen, Gegensatz der Klassen in Form der Produktion des Mehrwerts. Um als solche Privateigentümer\*innen über die Runden zu kommen, benötigt es eine Staatsgewalt, die die kapitalistische Konkurrenz politisch betreut, indem sie per Gewalt die Voraussetzungen dieser Konkurrenz erhält: den gleichberechtigten Schutz von Person und Eigentum. Das dadurch in Existenz gesetzte Gemeinwesen, ist eines, das: A) zwar eine Arbeitsteilung bzw. ein Verhältnis gesellschaftlicher Arbeit hat, jedoch eines voller Interessengegensätze und das B) aus lauter Staatsbürger\*innen besteht, deren gesellschaftliche Verhältnisse untereinander durch ihr Verhältnis zu einer gesetzgebenden Gewalt bestimmt sind.

Weil Warenproduzent\*innen ihr materielles Vorankommen gleichzeitig in Gesellschaft und in Schädigung anderer Warenproduzent\*innen betreiben, sind sie neben ihrer wirtschaftlichen Existenz als Warenproduzent\*innen auch politische Bürger\*innen. Sie haben einen abstrakten Willen zu einer Gewalt, die die Voraussetzungen ihres auf Interessengegensätzen beruhenden Austauschs sichert. Dieser Wille zum Staat bleibt dabei notwendig abstrakt, denn die Gewährung der Möglichkeit der Konkurrenz heißt noch lange nicht, dass eine Person auch in der Konkurrenz erfolgreich sein wird.

Tatsächlich verläuft die kapitalistische Produktionsweise so, dass vor allem lauter Verkäufer\*innen von Arbeitskraft, lauter Proletarier\*innen mit ihrem Materialismus schlecht weg kommen. Trotzdem haben sie einen Willen zu dem Gemeinwesen, das ihnen ihre beklagenswerte Existenz einbrockt. Sie sind Parteilich für ihr Gemeinwesen, sie identifizieren sich mit ihrem Gemeinwesen, sie haben ein positives Interesse an der Zukunft ihres Gemeinwesens. Wie kommt das? Das kommt daher, dass sie geistig einen falschen Schluss über das Gemeinwesen ziehen.

Sie sind praktisch auf eine Existenz als Waren produzierende Eigentümer\*innen angewiesen und machen den Fehlschluss, dass sie dann auch mit den Möglichkeiten von Warenproduktion und Eigentum ihr materielles vorankommen bestreiten wollen. Den machen viele selbst dann, wenn sie keine andere Ware produzieren, als die Arbeitsfähigkeit, die mit ihrer bloßen Existenz einhergeht und wenn ihr Eigentum deshalb stets sehr begrenzt ausfällt.

Sofern sie als Warenproduzent\*innen über die Runden kommen wollen, ist die Existenz einer Staatsgewalt die allgemeine Voraussetzung ihres praktischen Willens. Eigentümer\*innen sind Träger\*innen staatlicher Lizenzen. Das eigene Vorankommen kann ein Mensch in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nur in dem Rahmen unternehmen, in dem er vom Staat in seinen

Handlungen gegenüber anderen Bürger\*innen berechtigt ist. Aus der Tatsache, dass sie vom Staat berechtigt werden, ziehen viele Proletarier\*innen den falschen Schluss, dass der Staat dann auch die Bedingung ihrer erfolgreichen Existenz ist. Immerhin könnte hier ja auch ein anderer Schluss gezogen werden: Wenn die staatliche Gewalt die Grenzen meiner Möglichkeiten absteckt, dann beschränkt sie mich damit gleichzeitig und damit auch die Aussichten, die ich im Leben so habe. Viele ziehen aber schlechter Weise den anderen Schluss.

Es ist also der Wille zur Existenz als Warenproduzent\*in, der die Proletarier\*innen zu willentlichen Staatsbürger\*innen macht. Sie sind in dieser Gesellschaft abhängig vom Staat und ziehen aus dieser Abhängigkeit den schlechten Schluss, dass weil dieser Staat ihre Existenzbedingung ist, er auch ihre Parteilichkeit verdiene. Damit sind sie schon einen ganzen Schritt weg von der Bewertung, wie gut sie denn unter dem Staat über die Runden kommen. Denn der Staat ist dann nicht einfach ein Mittel in ihrer Existenz, sondern die absolute Voraussetzung ihrer Existenz als Warenproduzent\*innen schlechthin. Der Staat erscheint als existentielles Lebensmittel und wird daher zum politischen Zweck der Bürger\*innen: Nationalismus.

### B) Die Relativierung der Privatinteressen

Das ist eine besondere Parteilichkeit zum bürgerlichen Staat und damit eine idealistische, gegen andere Menschen Anspruchsvolle anspruchsvolle und gegen sich selbst opferbereite Haltung zu dem Gemeinwesen, das dieser Staat politisch betreut. Dieser Wille zum Staat relativiert sich nicht mehr daran, wie gut oder schlecht er fürs konkrete, eigene Vorankommen ist. Der Staat erscheint ja vielmehr als Bedingung jedes Vorankommens und daher hat sich das eigene, subjektive, individuelle Interesse am Staat als der Bedingung der Möglichkeit des individuellen Interesses zu relativieren.

Diese Parteilichkeit für den bürgerlichen Staat und diese idealistische Haltung gegenüber dem von ihm betreuten, bürgerlich-kapitalistischen Gemeinwesen ist eben der Nationalismus. Die Bürger\*innen laufen als lauter ideelle Bundes-Kanzler\*innen herum. Lohnabhängige schauen nach dem Malochen noch Tagesschau, gehen Wählen und machen sich ernstlich einen Kopf darum, dass und wie der deutsche Imperialismus in der Welt vorankommt: „Erdogan benimmt sich nicht.“ „Im weißen Haus sitzt der falsche Mann.“ „War Gauck ein guter Bundespräsident?“ „Schulz ist zwar volksnah aber Merkel hat doch bewiesen, dass sie Deutschland durch die Krise führen kann.“ „Wie stehen wir denn da in der Welt, wenn unsere National-Elf nicht richtig lesen und schreiben kann?“ Kein Thema – kein Streik, kein Handelsabkommen, kein Gesetz – wird diskutiert, ohne dass seine Folgewirkung für Deutschland – das ideologisch-nationalistische „wir“ und „uns“ – abgeschätzt wird. Korruption und Lobbyismus ist das Lieblingsthema der Nationalist\*innen: Wird da der Staat etwa von unverantwortlichen, weil privaten Interessen unterwandert? Proletarier\*innen lassen sich den Gürtel enger schnallen, damit Deutschland vorankommt. So ist das: Wer aus dem Angewiesensein auf Warenproduktion seinen Willen zum Zurechtkommen als Privateigentümer\*in macht, wird darüber parteilich für den Staat und relativiert am Zweck des erfolgreichen Staates seine eigenen Interessen: Nationalismus.

Aber nicht nur seine eigenen: Dem Staatszweck haben natürlich auch alle anderen zu dienen! Die unterschiedlichen Klassen erscheinen nicht als Träger\*innen gegeneinander gerichteter Interessen, sondern als je besondere Diener\*innen am Allgemeinwohl. Arbeitgeber\*innen haben gefälligst Arbeit zu geben und für Wachstum zu sorgen! Arbeitnehmer\*innen haben gefälligst zu arbeiten und dabei gleichzeitig wenig zu kosten und doch alles auszugeben, was sie haben – selbst der Konsum soll als Mittel zum Wachstum Deutschlands dienen – und trotzdem haben sie auch noch irgendwie vorzusorgen, damit sie dem Staat nicht auf der Tasche liegen. Alle Privatinteressen der verschiedenen Klassen und konkurrierenden Individuen werden zum Dienst am Staat und deshalb am Allgemeinwohl verklärt und wo sie diesen Dienst nicht leisten oder nicht zu leisten scheinen, werden sie brutal angegangen. Passend dazu gibt es dann auch gleich noch den nationalistischen Diskurs über Werte. Über ihre täglichen Nutzenkalkulationen hinaus sollen die Bürger\*innen noch

höhere, dem staatlichen Gemeinwohl dienende Zwecke kennen, teilen und verfolgen. Ihren Abschluss hat diese bedürfnisfeindliche Tendenz zur Relativierung des individuellen Interesses schließlich im Wehrdienst und in der Opfer-Ehtik. Der Nationalismus bringt es fertig, die Opfer, die ein Gemeinwesen verlangt, nicht zum Vorwurf der Bedürfniswidrigkeit zu machen, sondern zum Lob des Gemeinwesens, das wohl so toll sein muss, dass sich Leute dafür opfern und die willigen oder unwilligen Opfer zu Held\*innen zu stilisieren.

### C) Staatsvolk

Sind viele Menschen einer einzigen Staatsgewalt unterworfen, sind sie faktisch Staatsvolk. Haben sie einen Willen zu dieser Herrschaft, machen sie sich damit willentlich zum Staatsvolk. So ein ideologischer Ausdruck eines bürgerlichen Staatsprogramms wie „Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk“ (Lincoln 1863/Steinmeier 2017) tragen die ganze, reale Härte des bürgerlichen Gemeinwesens in sich: Das „Volk“ besteht immerhin aus lauter konkurrierenden und in Klassen gespaltenen Individuen, die nur in ihrer gemeinsamen Unterwerfung unter eine Herrschaft das Kollektivsubjekt „Volk“ bilden. Der scheinbare Widerspruch der demokratisch-nationalistischen Formel, dass hier ein einzelnes Subjekt sich selbst regiert, also über sich selbst Zwang ausübt, löst sich auf in die Wahrheit, dass das miese Allgemeinwohl der bürgerlichen Gesellschaft (von der Garantie der Konkurrenzordnung bis zur staatspolitischen Förderung des Kapitalwachstums; siehe Veranstaltung 2) den tatsächlichen Individuen immerzu gegen deren tatsächliche, konkrete Privatkalkulationen aufgenötigt werden muss und mit der Ethik des Nationalismus auch richtig aufgezwungen werden soll: „Wehe, wenn einer über sein Privatinteresse den Dienst am Staat vergisst.“ Faktisch bleibt die Idee von einem Herrschaftsverhältnis mit nur einem Subjekt natürlich trotzdem unwahr. Die bürgerliche Gesellschaft spaltet sich in grundberechtigte Bürger\*innen und zur Gewaltanwendung verpflichtete Volksdiener\*innen.

### D) Die Suche nach Schuldigen

Faktisch besteht diese dem Staat dienliche Volksgemeinschaft mit ihrem Harmonie-Ideal nirgendwo im Alltag. Das hat zwei Konsequenzen. Zum Einen: Nationalist\*innen, die von dieser höchsten Rationalität des bürgerlichen Gemeinwesens ausgehen (= 'In Recht und Ordnung haben alle ihr angemessenes Mittel zum Vorankommen. '), kennen keine systematischen, in den grundlegenden Formbestimmungen dieser Gesellschaft verankerten Interessengegensätze. Wenn sie einen Schaden entdecken, dann suchen sie deshalb nach Schuldigen. Anstelle z.Bsp. der Rationalität der systematischen Kritik am Kapital entwickelt sich der Hass auf Schuldige, auf Sünder\*innen am Allgemeinwohl: Wenn die Ordnung so grundrichtig ist, dann müssen die Abweichler\*innen grundfalsch sein; vielleicht sogar von Natur her gar nicht so richtig zu der hiesigen Ordnung gehören (darauf kommen wir später beim Thema Rassismus nochmal zu sprechen). Die Logik der Fahndung nach Sünder\*innen am Allgemeinwohl erfindet die Schuldigen gleich selbst: pur negative Zwecke beherrschen die Feindbilder der Nationalist\*innen. Denkt nur an die AfD: Wenn die AfD die Kanzlerin Merkel kritisiert, dann schaut sie nicht auf deren wirkliche Zwecke, sondern unterstellt ihr den Willen zu all den angeblichen, fundamentalen Schäden, über die sich die AfD aufregt: die politische Elite wolle das deutsche Volk vermischen und zersetzen. Im Antisemitismus findet die Ideologie vom Subjekt mit pur negativem Zweck seine Vollendung: Hier soll ein und das selbe Subjekt sowohl hinter dem „Finanzkapital“ als auch gleichzeitig hinter dem „bolschewistischen Klassenkampf“ stecken; überein gehen diese Zerrbilder von Kapitalinteresse und linksradikalem Interesse nur in der Ideologie vom absolut negativen Zweck.

### E) Der Mythos der Nation

Die andere Konsequenz davon, dass sich das harmonische Ideal der Volksgemeinschaft im Alltag nie wirklich zeigt, ist der mythologische Gehalt des Nationalismus. Vom Bedürfnis nach Sportgroßereignissen bis hin zur nationalistischen Geschichts-Ideologie soll das angeblich

eigentlich gültige Ideal des nationalen Gemeinwesens andauernd betont werden; gerade weil es in Wirklichkeit nirgendwo zu sehen ist. Beim Sport versichert sich eine Klassengesellschaft ihrer nationalistischen Einheit. Das Bedürfnis nach Identifikation ist entgegen aller Behauptungen überhaupt nichts natürliches, sondern ein ideologisches Bedürfnis danach, jene ideelle Einheit von Zwecksetzungen herzustellen, die real gar nicht besteht. Die praktische Identifikationshandlung setzt die tatsächliche nicht-Identität der individuellen Willen voraus. Darum ist jede Nationalismuskritik verfehlt, die ausgerechnet alternative Identifikationsmöglichkeiten anbietet.

Schließlich bietet nicht zuletzt die Geschichts-Ideologie des Nationalismus eine Sinnstiftung, die ebenfalls nicht einfach irgendeine Antwort darauf ist, dass Menschen angeblich immer nach Sinn suchen würden. Es braucht schon eine Wirtschafts- und Gesellschaftsweise, in der die eigenen, individuellen Zwecke nie so richtig aufgehen, damit die Leute die auf ideelle Versöhnung zielende Frage stellen, was denn eigentlich der Sinn von allem ist. Wenn mensch dann hört, dass schon Arminius im Jahre 9 nach Null, also immerhin 1862 Jahre vor der Gründung Deutschlands, in seinem Kampf gegen „die Römer“ nichts als deutsche Interessen verfochten habe, dann ist das eine Sinnstiftung, die den bedürfniswidrigen Dienst an Staat und Kapital ideell erträglicher machen soll.

#### F) Fazit

So geht also Nationalismus: Die Menschen werden in eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft geboren. Hier sind sie davon abhängig gemacht, als Privateigentümer\*innen unter Bedingungen der kapitalistischen Warenproduktion über die Runden zu kommen. Wenn sie das dann auch wollen (anstatt in anti-kapitalistische Opposition zu gehen), dann entwickeln sie den Willen zum Staat als Voraussetzung bürgerlichen Wirtschaftens. Weil der Staat aber die Grundbedingung einer bürgerlichen Existenz schlechthin ist (immerhin schützt er Eigentum und Person in einer durch diesen Schutz garantierten Produktionsweise, in der die Gewissheit von Eigentum und Person folglich nicht automatisch gilt), wird die Parteilichkeit für den Staat zum obersten Zweck eines\*r Privateigentümer\*in, an dem sich alle anderen Privatinteressen zu relativieren haben. Das gilt für sich selbst und natürlich für alle anderen. Sorge um, Dienst an und Identifikation mit dem Staat ist also angesagt. „Nation“ werden die Mitglieder einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft genau dann, wenn die Idee des Nationalismus die Massen ergreift.

„Nicht die Bestrebungen von Nationen schaffen den Nationalismus, vielmehr schafft sich der Nationalismus seine Nationen.“ (Gellner, zitiert nach: Wehler, Nationalismus, 2011, S. 9)

Und der Nationalismus herrscht leider beinahe ungebrochen. Die ganze hier erklärte Ideologie herrscht vom Stammtisch über die Uni bis quer durch die Parteienlandschaft.

„'Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland' (AfD), 'Deutschland stark machen' (Bundesregierung), für einen 'handlungsfähigen Staat' (Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke), 'Wiederherstellung unserer nationalen Handlungsfähigkeit und Souveränität' (NPD).“ (zitiert nach: gegner.in)

## **Abschnitt 2: Geschichte des Nationalismus**

Nach diesen grundlegenden Aussagen zur allgemeinen Logik und zum allgemeinen Inhalt des Nationalismus soll es jetzt um eine kurze Einführung in die Geschichte des Nationalismus gehen, um an lauter Beispielen das Verständnis der Sache zu stärken.

### A) Der Begriff der Nation entsteht mit den bürgerlichen Revolutionen

Sollten die oben getroffenen Aussagen stimmen, wäre zu erwarten, dass der Nationalismus genauso alt ist, wie die bürgerlichen Verhältnisse selbst. Und tatsächlich: Laut Schriften von Historiker\*innen wie Eric J. Hobsbawm und Hans-Ulrich Wehler entstanden die heutigen Begriffe der Nation mit den bürgerlichen Revolutionen im ausgehenden 18. Jahrhundert:

Das Wort Nation in seinem heutigen Sinn ist nicht älter als die bürgerlichen Revolutionen des ausgehenden 18. Jahrhunderts: Unabhängigkeit der USA 1776 und vor allem französische Revolution 1789. Vorher beschrieben Wörter, die irgendwie der Klangfolge „Nation“ ähnelten

gänzlich andere und politisch nichts bewirkende Inhalte wie „geboren“ oder „der kleine Flecken Land, in dem ich geboren wurde“ oder „Verband von Handelsleuten, die von woanders hierher gereist sind“ oder so ein Zeug. Manchmal heißt es genauer, dass zwar bereits die bürgerlichen Revolutionen von 1648&1688/89 auf der Insel, die heute England ist, den Begriff „body politic“ durch „nation“ im Sinne von Staatsvolk ersetzt hätte, dass die moderne Idee der Nation aber trotzdem erst mit dem ausgehenden 18. Jahrhundert in Europa begann.

Die Nationalismusforschung als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft hat 1983 eine Wende zum Konstruktivismus vollzogen:

„Nicht die Bestrebungen von Nationen schaffen den Nationalismus, vielmehr schafft sich der Nationalismus seine Nationen.“ (Gellner, zitiert nach: Wehler 2011, S. 9)

Mit dieser Anerkennung von Nationalismus als politischem Programm und Nation als Konstrukt wird allerdings nicht bestritten, dass beides seine gesellschaftlichen Voraussetzungen hat:

„Der Nationalismus ist eine geraume Zeit lang, bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein, ganz und gar ein politisches und soziokulturelles Phänomen der europäischen Welt samt ihren kolonialen Ablegern in Amerika gewesen. Außerhalb des Westens ist der Nationalismus in keinem einzigen anderen Kulturkreis entstanden“ (Wehler, Nationalismus, 2011, S. 15)<sup>7</sup>

„... Der Nationalismus entsteht als Antwort auf strukturelle Krisen der frühmodernen westlichen Gesellschaften ...“ (Wehler, Nationalismus, 2011, S. 17)

„Man hat wiederholt bemerkt, daß häufiger Nationen der Errichtung eines Staates folgen als umgekehrt.“ (Hobsbawm Nationen und Nationalismus – Mythos und Realität seit 1780, 2005, S. 95)

## B) Die neue Welt nach 1789

Die kapitalistische Produktionsweise wurde zu Beginn der Neuzeit vor allem als politisches Projekt der frühneuzeitlichen, aristokratischen Territorialstaaten eingeführt. Unter diesen neuartigen Staaten entstanden die bürgerlichen Subjekte des auf Wert und Mehrwert bzw. Geld und Geldvermehrung ausgerichteten Privatgeschäfts. Sie störten sich zunehmend daran, dass ihr Privatgeschäft ein Bereicherungsmittel der aristokratischen Staatsgewalt war. In den bürgerlichen Revolutionen und Transformationen wurde der Zweck des neuzeitlichen Territorialstaates verändert: er wurde zur politischen Funktion der kapitalistischen Produktionsweise. Seine politische Gewalt sollte von nun an die Voraussetzungen der allgemeinen Warenproduktion sichern und ihr allgemeines Vorankommen befördern (ausführlich ist das im Reader zur letzten Veranstaltungsreihe nachzulesen).

Damit war ein neues Verhältnis von Staat und Volk in der Welt. Das Volk war zwar weiterhin dadurch definiert, dass viele Menschen einer einzelnen Herrschaft unterworfen sind. Jedoch war das neue Staatsprogramm demokratisch, denn: Ob mit oder ohne Wahlen, der Zweck der Staatsgewalt bestand jetzt in der politischen Betreuung jenes bürgerlichen Allgemeininteresses, das zwar nie wirklich identisch ist mit den konkreten Interessen eines bestimmten bürgerlichen Individuums, das aber doch von allen als Grundlage ihres auf Geld und Geldvermehrung ausgerichteten Privatgeschäfts vorausgesetzt wird. Die Folge war eine historisch neuartige, politische Mobilisierung der Bevölkerung für ihre Staatsgewalt.

Die bürgerliche Herrschaft wurde weiterhin zur alltäglichen Institution im Leben der Untertan\*innen, die jetzt Bürger\*innen waren. Die Gesetzgebung wurde auf immer größere Teile der Lebenswelt ausgedehnt (Währungsmonopol, Mehrwertsteuer, Ehe- und Vereinsrecht, usw.), staatliche Pflichten begleiteten zunehmend den gesamten Lebensweg (Schulpflicht, Wehrpflicht, Abgabepflicht, diverse Meldepflichten usw.) und in noch dem hinter-letzten Dorf waren in Form von Polizist\*innen, Verwaltungsbeamt\*innen, Lehrer\*innen und co. Agent\*innen der Staatsgewalt anzutreffen. Weiterhin wurde zunehmend eine oder höchstens eine sehr kleine Mehrzahl an Sprachen als offizielle Vertrags-, Verwaltungs-, Schul- und formelle Hochsprache(n) durchgesetzt.

<sup>7</sup> Als Japan unter der Meiji-Zeit die kapitalistische Produktionsweise und die bürgerliche Staatlichkeit von oben, nämlich als Projekt der Meiji-Regierung, einführt, wurden Staatsdiener\*innen in die USA, ins deutsche Kaiserreich usw. entsandt, um dort zu recherchieren, wie ein Nationalstaat ausgeformt werden soll (Vgl. den Reader zur ersten Veranstaltungsreihe).

Diese Allgegenwärtigkeit des bürgerlichen Gemeinwesens ist zwar nicht die Determinante, aber doch eine Hälfte der materiellen Grundlage für die Ideologien von „nationalen Lebensarten“ und „Volkscharakteren“.

Die andere Hälfte dieser Grundlagen besteht in der Herausbildung einer Nationalökonomie bzw. Volkswirtschaft. Die kapitalistische Produktionsweise ist nicht einfach nur räumlich in Staatsgebiete aufgeteilt. Sie ist innerhalb eines Staatsgebiets ein staatlich garantiertes, betreutes und zusammengefasstes Projekt. Die Staatsgrenzen definieren je besondere, kapitalistische Wirtschaftsräume mit einem zunehmend vereinheitlichen Arbeitsmarkt- und -Recht, mit einer tendenziell zentralisierten Steuer-, Wirtschafts-, Finanz-, Währungs- usw. Politik. Nach außen hin tritt das Staatsgebiet zunehmend als Kapital-Standort mit einheitlicher Außenhandels- und Investitionspolitik auf. Von Schlüsselindustrien bzw. nationalen Champions und dem allgemeinen Gelingen und Misslingen kapitalistischen Geschäfts der verschiedensten Unternehmen und Regionen innerhalb eines Staatsgebiets gehen Folgewirkungen und Abhängigkeiten für das „große Ganze“ eines per Staatsgebiet definierten Wirtschaftsraumes aus. Auch diese praktische Herausbildung einer Nationalökonomie bzw. Volkswirtschaft ist wieder keine Determinante nationalistischer Denke, aber wohl eine materielle Voraussetzung/Grundlage von den Ideologien über „nationale Lebensarten“ und „Volkscharaktere“. Die Notwendigkeiten und Konjunkturen kapitalistischen Geschäfts am Standort bestimmen tendenziell einheitlich die Lebensbedingungen ganzer Menschenmassen und die nationalistische Ideologie stellt dieses Verhältnis auf den Kopf: Die von Kapital und Staat hergestellten Verhältnisse seien vielmehr Ausdruck des Wesens der unter diesen Verhältnissen lebenden Menschen. Aber damit bin ich jetzt schon sehr bei den allgemeinen Inhalten des Nationalismus. In diesem Abschnitt ging es jedoch in der Hauptsache darum, aufzuzeigen, wie die neuen historisch-gesellschaftlichen Verhältnisse aussahen, in denen sich Nationalismus entwickeln konnte.

### C) Der Begriff der Nation in frühen bürgerlichen Staaten

Während des revolutionären Sturzes des Adels 1789 entwickelte sich im Kampf gegen das absolutistische Regime und für einen bürgerlichen Staat ein Begriff von der Nation, der noch sehr auf den politischen Willen abzielte. Zur Nation gehörte, wer einen Willen zum französischen Staat und Recht hatte. Solche Begründung des Nationalstaats auf einen vielleicht nicht empirisch realen aber immerhin postulierten Willen vieler Menschen zum Staat sollte schon bald und dauerhaft in den Hintergrund treten. Später sollte vor allem von Schicksaalsgemeinschaften, althergebrachten Nationen und heiligen wie historischen Missionen die Rede sein und damit vom Willen der Untertan\*innen eines Nationalstaats zunehmend abgesehen werden.

In den frühen Tagen der neuen, bürgerlichen Staaten wurde der Begriff der Nation von den Praktiker\*innen der neuen Staatsgewalt oftmals zur Beschreibung der Wirtschaftspolitik und des wirtschaftspolitisch zu betreuenden Staatsgebiets verwendet. So zum Beispiel bei Wirtschaftspolitiker\*innen und Ökonom\*innen wie Alexander Hamilton, die durch Protektion und Fördermaßnahmen ganze Standorte gegen die international vorherrschende, englische Wirtschaftsmacht heranziehen wollten. Dabei waren sie aber vor allem in den USA noch pragmatisch genug, ebenso oft von Föderation, Gemeininteresse und ähnlichem zu Reden und damit den Willen zur weiteren Souveränität der Bundesstaaten zu respektieren.

Schließlich gab es von Anfang an geradezu mythologische Überhöhungen der politischen Inhalte der neuen Staatsgewalten. Die Rechtslage des neuen Herrschaftsverhältnisses wurde mit hochtrabenden Titeln wie „Naturrecht“ und „Menschenrecht“ als dem Menschen und der Natur der Dinge schlechthin gemäße Gesellschaftsweise postuliert. Folglich ging damit auch ein gewaltiges Sendungsbewusstsein einher, dass die neuen Staaten dem Rest der Welt mal in mehr zivilisatorischer und mal in mehr heiliger Mission die neue, dem Menschengeschlecht gemäße Gesellschaftsweise zu bringen hätten.

So oder so war dieser Nationalismus der bürgerlichen Staaten des 18. Jahrhunderts einer, der zu

großen Teilen auf dem Willen zur Integration und Mobilisierung der Bevölkerung für die bereits länger bestehende und von nun an bürgerliche Staatsgewalt beruhte. Ihm folgte im 19. Jahrhundert größtenteils der Einigungs- und Sezessionsnationalismus, dessen Aktivist\*innen kein bestehendes Herrschaftsgebiet eroberten, sondern in Staatsgründungs-, Einigungs- und sogenannten Unabhängigkeitskriegen einen solchen Nationalstaat erst herstellten.

#### D) Der Elitennationalismus und die Begründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert

Wie gesagt entstand der Nationalismus in Begleitung zur Entstehung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften. Deshalb rede ich zur Zeit des 19. Jahrhunderts auch von Europa. Die Ereignisse in Japan unter der Meiji-Regierung und in Südamerika während und nach den Unabhängigkeitskriegen von St. Martin und Bolivar werde ich später noch kurz benennen und begründen, weshalb sie keinen Anteil an der ursprünglichen Entstehung des Nationalismus hatten.

Im an bürgerlichen Maßstäben gemessen weniger entwickelten Europa des 19. Jahrhunderts entstanden seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts und besonders seit den Ereignissen der französischen Revolution weitere nationalistische Bewegungen in drei Phasen. Die erste Phase bestand in einer noch relativ unpolitischen Volksromantik. Die tatsächlich existierenden oder romantisierend erfundenen Überreste vergangener Herrschaftsverhältnisse wurden als Völker betrachtet und in rassistischer Manier wurden den so bezeichneten Menschen Wesenhaftigkeiten als originäre Volkscharaktere zugeschrieben.

Die zweite Phase besteht dann im politischen Elitennationalismus. Elitennationalismus bedeutet, dass besser gestellte, oft bürgerliche aber manchmal auch adlige Kreise für die Schaffung von Nationalstaaten agitierten. Ein gutes Beispiel sind die national-liberalen Deutsch-Nationalist\*innen in der Zeit zwischen dem Ende des Heiligen Römischen Reichs 1806 und der Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871. In einer Art Hass-Neid blickten philosophische und kunstschaaffende Köpfe auf die französische Revolution. Einen bürgerlichen Staat wollten sie nun auch für „die Deutschen“. Dabei orientierte sich die Idee des bürgerlichen Staates zu weiten Teilen am französischen Staat, während diesem gleichzeitig mit großem Hass begegnet wurde und das behauptete „Volk der Deutschen“ eine reine Erfindung war. Sie behaupteten – auch hier ist der deutsche Einigungsnationalismus ein gutes Beispiel für die verschiedensten Nationalismen –, dass es schon immer ein deutsches Volk gegeben habe, das nach langem Schlaf endlich zu politischem Selbstbewusstsein erwache und sich nun zur Nation formieren müsse, indem es sich einen Nationalstaat schafft. Auf einmal hatte Arminius bereits im Jahre 9 nach Null nichts als Deutschland im Kopf und das mittelalterliche Nibelungenlied lauter ur-deutsche Werte zwischen den Zeilen; allesamt historische und kunstgeschichtliche Lügen. Das angeblich schon längst existierende, deutsche Volk sei weiterhin als Sprachgemeinschaft zu erkennen. Dass die Sprache der Elitenationalist\*innen von kaum einem anderen Menschen gesprochen wurde, übergangen sie in ihrer Propaganda einfach:

„Die Vernakularsprache als Vehikel nationaler Vorstellungen, zugleich aber als Indikator sprachnationaler Einheit und Kultur, ist daher durchweg geschaffen worden, nicht aber gewissermaßen vegetativ herangewachsen (wie auch die Ethnogenese der Herrschaftsbildung folgt – und nicht umgekehrt).

In Frankreich z.B. sprachen nur dreizehn Prozent aller Staatsuntertanen, vor allem im Kerngebiet um die Île de France, zur Zeit der Großen Revolution das moderne Französisch. In der Bretagne dagegen, in Occitanien und im Languedoc, aber auch in vielen anderen Regionen waren Dialekte im Schwang. Im Jahr der italienischen Nationaleinheit (1861) sollen sogar nur 2,5 Prozent der Angehörigen des neuen Staates das moderne Italienisch gesprochen haben, während im Allgemeinen eine verwirrende Vielfalt von teilweise fremdartigen Dialekten vorherrschte, die erst durch den Homogenisierungszwang der staatlichen Schulbildung zurückgedrängt wurden.

Auch im Deutschen Reich von 1871 regierte keineswegs das für alle Staatsbürger verbindliche Hochdeutsch der Schriftsprache. Vielmehr praktizierten Masuren und Hamburger, Bayern und Alemannen Provinzialsprachen, die selbst für den deutschsprachigen Fremden nahezu unverständlich blieben. Auch hier hat erst das staatlich dirigierte Schulsystem mit seiner Kanonisierung des Hochdeutschen die sprachliche Einheit oder zumindest doch die Doppelsprachigkeit erzwungen: Auch noch im 20. Jahrhundert spricht der badische oder niederbayerische Student zu Hause anders als in seinem Universitätsseminar.

Nirgendwo hat eine uralte Nationalsprache die Nation hervorgebracht, vielmehr hat in der Regel erst der Nationalstaat

die nationale Hochsprache durchgesetzt. Mit anderen Worten: Nicht die kulturelle Tradition einer Sprache hat den Nationalstaat geschaffen, sondern dieser selber hat erst das „Kulturartefakt“ der Nationalsprache zum allgemeinen verbindlichen Medium gemacht.“ (Wehler, Nationalismus, 2011, S. 48f., Klammern im Original)

Im Übrigen gilt damals wie heute, dass aus einer gemeinsamen Sprache – wenn sie denn damals existiert hätte – überhaupt keine Gemeinschaftlichkeit folgt. Mensch kann sich wunderbar in einer und der selben Sprache streiten. Jede Klage- und Kündigungsschrift, jede beim Streik lautstark geschmetterte Protestparole und jedes linksradikale Flugblatt beweist, dass die Identität der Sprache nicht einen einzigen Interessengegensatz aus der Welt schafft. Andersherum kann ein Mensch verschiedene Sprachen lernen und sich auch mit Praktiker\*innen anderer Mundarten befreunden. Für die Behauptung von Religionsgemeinschaften und gleicher kultureller Symbolik und Festakte gilt genau das Selbe. Die Behauptung der Verwandtschaft ist ebenfalls abzutun mit der zutreffenden Alltagsweisheit: „Verwandtschaft schützt vor Schaden nicht.“ Schließlich wurde eine Geschichts-Ideologie gepflegt, die aus der willkürlichen Identifikation mit vergangenen Herrschaften eine „gemeinsame Geschichte“ verfabelte. Ihr merkt, dass dieser Nationalismus in seinen Legitimationen nationalstaatlicher Herrschaft schon weit vom Willen der Menschen entfernt ist: Wer von Geschichte, Tradition, Sprache und von einer Mission spricht, der richtet sich nicht an den Materialismus vernunftbegabter Menschen und macht sich auch nicht von deren Willensbekundungen abhängig.

Mit all dem hatte der deutsche, national-liberale Elitennationalismus keinen Erfolg. Er blieb auf dezentrale Kleinstgruppen in Form von Zeitungen, Sportvereinen und Burschenschaften beschränkt. Von den historischen Nöten „der deutschen Nation“ wollten weder die tatsächlich existierenden Staaten etwas wissen, noch die meisten ihrer Untertan\*innen. Die am Anfang meines Vortrags gelieferte Erklärung des Nationalismus setzt ja eben voraus, dass sich Menschen auf ein Leben als Staatsbürger\*innen und Warenproduzent\*innen verwiesen sehen und daraus einen falschen Schluss ziehen. Diese Erklärung bestätigt sich darin, dass der „deutsche“, „italienische“, „griechische“ usw. Nationalismus vor der weitreichenden Schaffung solcher bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse mit den entsprechenden Staatsgewalten kaum Massenanhang fand.

Ich will noch kurz nur einige wenige der vielen gemeinen Zitate mit Euch teilen, die ich zu dem damaligen, deutschen Nationalismus gefunden habe. Da war die Rede vom deutschen „Großvolk“, an dessen „Wesen die Welt genesen“ werde; das die „Weltregierung“ verdiene, weil sonst „Türken, Neger, nordamerikanische Stämme sie übernehmen und der gegenwärtigen Zivilisation ein Ende setzen würden“, so u.a. Johann Gottlieb Fichte. Bei Künstler\*innen wie Kleist und Arndt ist direkt der Aufruf zur „Vernichtung“ des „französischen“ „Erbfeinds“ und „Franzosenungeziefer[s]“ zu lesen. Entgegen der Humanität – angeblich „jener allerweltliche Judensinn“ (so Arndt) – meinte Arndt: „Ich hasse alle Franzosen ohne Ausnahme im Namen Gottes und meines Volkes [...] Ich lehre meinen Sohn diesen Hass. Ich werde mein ganzes Leben arbeiten, dass die Verachtung und der Hass auf dieses Volk die tiefsten Wurzeln in deutschen Herzen schlägt“. „Des deutschen Vaterland“ sei dort, „wo Zorn vertilgt den welschen [soll heißen: französischen] Tand, wo jeder Franzmann heißet Feind“. (Alles zitiert nach Wehler 2011, S. 62ff.; dort noch vielmehr von dem Zeug)

Passender Weise waren die Gründungen der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert auch tatsächlich kriegerisch. Egal ob durch eine rotte militanter Schlächter\*innen von unten, wie bei der Gründung Italiens, oder ob über drei Einigungskriege von oben wie im Falle des deutschen Kaiserreichs oder über einen kaum zu endenden Bürger\*innenkrieg wie im Falle Griechenlands.

„Vielmehr ist zum einen die erdrückende Mehrheit aller Nationalstaaten aus nationalen Einigungskriegen, Bürgerkriegen und Sezessionskriegen hervorgegangen. Die friedliche Entstehung von Nationalstaaten ist nachgerade eine Seltenheit.“ (Wehler, S. 106)

Dieses kriegerisch-terroristische Moment hat dabei nichts mit den besonderen Verhältnissen des 19. Jahrhunderts zu tun (sowas gab es ja auch im 20. Jahrhundert zu genüge). Der kriegerische Verlauf entspringt dem Zweck von Nationalist\*innen, der darin besteht, nichts weniger als eine Herrschaft über Land und Leute zu etablieren.

Kaum waren die entsprechenden Territorialstaaten etabliert, schufen sie in Ergänzung zu den nationalistischen Aktivist\*innen die ideologische Mobilisierung der Bevölkerung zur „Nation“ von oben:

„Die Aufgabe der Nationsbildung fächerte sich in drei Dimensionen auf. Es musste ein Rahmenwerk von Institutionen geschaffen werden, die den Nationalstaat auf- und ausbauten, ihn im öffentlichen Bewusstsein verankerten. Das besorgten z.B. der Reichstag, das Militär, die Universitäten, zahllose Vereine. Gleichzeitig musste die sozialpsychische Akzeptanz eines nationalen Habitus vorangetrieben werden. Das übernahmen die vielfältigen Prozesse der politischen Sozialisation: Von den Familien ausgehend pflanzten sie sich über die Schulen, Universitäten und „Printmedien“ bis zur Rekrutenausbildung, zu den Studentenverbindungen, Kriegervereinen und nationalen Verbänden fort. Und schließlich musste die neue nationale Welt wirkungsvoll symbolisch repräsentiert, die Nation mental und emotional erfahrbar gemacht werden. Dafür sorgten Feste, Parade, Lieder, Kaisergeburtstagsreden bis hin zum Alltagskitsch kleiner Hausaltäre mit Bildern von Bismarck, Moltke und Wilhelm I.“ (Wehler 2011, S. 76)

„Deshalb wurde mit allen vertrauten Mitteln vorgegangen: Mit der Schul- und Sprachenpolitik, der Indienstnahme glorreicher Traditionen, Rituale und Symbole, aber auch mit autoritärem Zugriff und mit Gewalt wurde der Weg zur Nation eingeschlagen – ein Leidensweg mit unzähligen Opfern bis heute.“ (Wehler 2011, S. 96)

„so daß Massimo d'Azeglio in der ersten Sitzung des Parlaments eines gerade vereinten Italiens seinen berühmten Ausspruch tun konnte: 'Wir haben Italien geschaffen, jetzt müssen wir Italiener schaffen.'“ (Hobsbawm 2005, S. 58)

„[...] daß wahrscheinlich die meisten polnischsprechenden Bauern [...] sich noch gar nicht als nationalistische Polen fühlten; oder wie der endgültige Befreier Polens, Marschall Pilsudski, es auf seine Weise ausdrückte: 'Der Staat macht die Nation, nicht die Nation den Staat.'“ (Hobsbawm 2005, S. 58)

Ebenso schufen private Nationalist\*innen sowie Staaten im Maße ihres Einflusses eine Nationalsprache und eine nationale Geschichts-Ideologie:

„Nationen und Staaten verlangen nach Geschichte, freilich nicht von der Art, wie sie von modernen Historikern geschrieben wird, denn wie Ernest Renan schon vor über hundert Jahren feststellte, ist 'das Vergessen oder gar Mißverstehen von Geschichte ein wesentliches Element bei der Herausbildung einer Nation.'“ (Hobsbawm 2005, S. 7)

### E) Nachfrage und Angebot nationalistischer Politik

Mit und nach Gründung der Nationalstaaten wurde nationalistische Politik auch von oben gemacht. Von der Schule über Feierlichkeiten bis hin zur Schaffung von Traditionen, der Mystifizierung jener geographischen Räume die infolge der Machtkonkurrenz zu Staatsgebieten wurden zum „heimatlichen Lebensraum eines Menschenschlags“, der Sprachpolitik mit ihren Sprachge- und Verboten, der nationalistischen Geschichts-Ideologie, der Wehrpflicht damit auch alle das Militär erleben, das bekanntlich die „Schule der Nation“ ist usw. gab es eine Mobilisierung der Bevölkerung zur Nation. Vor allem seit der Zwischenkriegszeit haben Formate wie beispielsweise die königliche Weihnachtssendung in England den Nationalismus per Funk und Fernsehen in der Form von politischer Mobilisierung und Kult in die Haushalte gebracht. Ebenso wurde der internationale Sport zwar nicht unbedingt erst aber vor allem seit der Zwischenkriegszeit zur Inszenierung des Wettbewerbs der Nationen nach außen und der nationalen Einheit nach innen angeboten.

Bei all dem muss aber eines klar sein: Der Nationalismus ist keine „Gehirnwäsche von oben“. Wer etwas gegen Nation und Nationalismus hat, wird sich auch beim musikalisch begleiteten Aufmarschieren einer in Nationalfarben gekleideten Fußball-Elf nicht berührt fühlen. All dieser Nationalismus von oben wirkt nur dort, wo er als ideologisches Angebot auf eine entsprechende Nachfrage trifft. Und mit der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung immer größerer Bevölkerungsteile entstand leider auch diese Nachfrage; nicht, weil die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft voller psychologischer Determinanten wäre, sondern weil sie die Voraussetzung für lauter mögliche, nationalistische Fehlschlüsse bietet.

Die wichtigste Ursache des Nationalismus von unten war der erfolgreiche Kampf des Proletariats um Berechtigung und Anerkennung in bürgerlichen Verhältnissen. Als die einstmals von Wahlen und Rechten ausgeschlossene Arbeiter\*innen-Klasse zunehmend eingebürgert wurde, machten viele ihrer Mitglieder den Fehler, ihre bürgerliche Berechtigung durch den Staat in eine Parteilichkeit für den Staat zu übersetzen. Die Aufhebung der Sozialisten-Gesetze erschien manchen Sozialdemokrat\*innen beispielsweise nicht einfach als weiterer Nachweis dessen, dass sie hier eine politische Gewalt über sich hatten. Vielmehr gibt es bis heute den miesen Fehlschluss, die gewährte Freiheit der Kritik zum Lob jener gesellschaftlichen Verhältnisse zu verkehren, die andauernd Anlass für Kritik geben. Die Demokratisierung der Gesellschaft bestand darin, dass Arbeiter\*innen und Kapitalist\*innen zunehmend gleichberechtigt nebeneinander bestanden. Dass die Gleichberechtigung mit dem Kapital immer auch bedeutet, dass anti-kapitalistische Interessen untersagt sind, fiel unter den Tisch. Das Ziel von Sozialismus und Kommunismus wurde ohnehin zunehmend zur bloßen Sonntagsrede von politischen Aktivist\*innen, die nicht auf Abschaffung des Lohnsystems zielten, sondern auf die staatspolitische Herstellung von Lohnarbeit mit nachhaltiger Perspektive und darauf, dass die Arbeiter\*innen als ehrwürdiger Stand des Gemeinwesens Anerkennung fanden.

Darin, dass der Nationalismus seit den 1880er Jahren massenhaften Anhang unter Arbeiter\*innen fand, bestätigt sich meine oben gegebene Erklärung des Nationalismus als Fehlschluss Waren produzierender Staatsbürger\*innen; denn ab diesem Zeitpunkt gab es die entsprechenden Verhältnisse von bürgerlichem Staat und kapitalistischer Nationalökonomie. Die fertige Entwicklung des Nationalismus bewies schließlich der erste Weltkrieg mit seiner massenhaften Zustimmung und seinem massenhaften Mitmachen, mit dem sozialdemokratischen Burgfrieden, mit einem revolutionären Kriegsende, das darin bestand, dass sozialistische Organisationen nicht etwa Staat und Kapital abschafften, sondern die bürgerliche Regierung übernahmen und links-radikale Aktivist\*innen totschießen ließen. So hatten sich lauter Proletarier\*innen zu staatswilligen Bürger\*innen emanzipiert; sturer Weise sogar gegen den Widerstand vieler anderer Teile der bürgerlichen Gesellschaft. Solcher Wille zum Staat nahm nationalistische Ideologie-Angebote natürlich dankbar an oder erfand sie – wie beispielsweise der Austromarxismus – gleich selbst.

Zum Nationalismus seit den 1880er Jahren ist noch etwas anderes zu sagen. Er wurde jetzt offen rassistisch. Der Gewaltzusammenhang eines Nationalstaates wurde zum „Erbzusammenhang eines Volkes“ verklärt, der Anti-Judaismus wurde als Anti-Semitismus zum Massenphänomen und die internationale Konkurrenz der kapitalistischen Staatswesen wurde zur Grundlage für die Ideologie vom „Überlebenskampf der Völker“. Sezessionsnationalismen im osmanischen und habsburgischen Reich sprachen von Nationen, Völkern und Rassen ohne, dass sie einen Nationalstaat hatten und wurden aufrührerisch und bürgerkriegsmäßig aktiv.

#### F) Die weitere Entwicklung

Damit ist der Nationalismus eigentlich in seiner Gegenwart angekommen. Die durchgesetzte Untertan\*innen-Ideologie mit dem opferbereiten Willen zum Staat, der Mystifizierung einer Gemeinschaft von Sitte, Ordnung und natürlich-schicksalsmäßigem Zusammenhang und der ganzen Bandbreite vom sachlich fehlerhaften Verfassungspatriotismus bis hin zum völkisch-staatsidealistischen Rechtsnationalismus. Trotzdem will ich noch ein paar letzte Bemerkungen zur weiteren Geschichte des Nationalismus seit dem Ende des ersten Weltkriegs sagen.

Zwischen den Weltkriegen kam es zu praktischen Bestrebungen, eine Staatenordnung entsprechend einer Parole einzurichten, die sowohl von den USA als auch von der Sowjetunion ausgegeben wurde: „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“. Wo diese Parole praktische Folgen hatte, kam es zu einer Zersplitterung der politischen Landschaft und zu einer tendenziell endlosen Reihe von nationalistischen Vertreibungen und Säuberungen. Dazu kam es, weil es eben der ideologischen Logik folgend eines an „ordnender Bevölkerungspolitik“ braucht, wo „ein Staat und sein Volk“ ungestört beieinander sein wollen bzw. sollen.

Tendenziell endlos ist die Reihe dieser Ereignisse aus zwei Gründen: Zum Einen kann für jeden neuen Unmut mit den konkreten Verlaufsformen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse eine neue „Nation“ erfunden werden, deren angebliche Mitglieder nur aus dem Grund leiden würden, weil sie keinen eigenen Staat hätten. Zum Anderen ist mit der Gründung eines Staates kein materielles Elend aus der Welt, das von Anfang an ganz andere Ursachen hatte, als ausgerechnet einen Mangel an „eigener Staatlichkeit“. Die nationalistische Ideologie löst sich aber darüber nicht auf. Vielmehr werden all die bürgerlich-kapitalistischen und sonstwie verursachten Übel weiterhin einem Mangel an durchgesetztem Nationalismus zugeschrieben, worauf nur noch mehr Aggressivität nach Außen und Fahndung nach und Verfolgung von „unnationalen Elementen im Inneren“ praktiziert wird.

Das sei vor allem all den Aktivist\*innen von Marxismus-Leninismus-Trotzkismus usw. gesagt, die noch heute unter der Parole „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ völkische Aktivist\*innen unterstützen, weil sie denken, die würden mit der erfolgreichen Gründung eines „eigenen Staates“ schon automatisch einsehen, dass sie eigentlich Sozialismus bräuchten. Oder noch schlimmer: Es wird den Nationalist\*innen das Angebot gemacht, dass sie nur im Sozialismus ihren Nationalstaat bekommen könnten. So wurde historisch von einigen marxistischen Organisationen beispielsweise mit irischen und indischen Nationalist\*innen gemeinsame Sache gemacht, die manchmal auf dieses Angebot an ihren Nationalismus eingingen. Aus dem selben Grund, nach den besten Bedingungen für ihren Nationalismus zu suchen, sind sie dann aber auch während des Krieges in Verhandlungen mit Nazi-Deutschland getreten, weil die Nazis vielleicht noch besser als die Sozialist\*innen gegen die „ausländisch-englischen Unterdrücker“ kämpfen könnten.

Aber die falsche und politisch äußerst üble Übernahme nationalistischer Programmpunkte durch einige links-radikale Organisationen ist damit noch nicht zu Ende erzählt. Beispielsweise hat die KPD in der Weimarer Republik direkt den Faschist\*innen in die Hände gespielt, als sie begann, die Parole von der „deutschen Revolution“ zu übernehmen (Ernst Thälmann) und ein politisches Ziel zu besingen, dass darin bestünde, dass „Deutschland den Deutschen gehört“ (Ernst Busch). Das hat die nationalistischen Vorstellungen der Leute natürlich bestärkt, dass selbst die 'linken Radikales' von Völkern und Nationen reden. Dermaßen bestärkt sind sie dann auch gleich zum braunen Original dieser geteilten Ideologie der Nation gegangen. Denn auf dem Feld des Nationalismus hatte die KPD trotz allem nationalistischen Gehabe noch den Nachteil, dass sie ja weiterhin Fan von der Sowjetunion war und überhaupt einen Inter-Nationalismus pflegte, also diesen Widerspruch, den bürgerlich-kapitalistischen Inhalt von Nation und Nationalstaat zu akzeptieren, ohne seine notwendige Verlaufsform der internationalen Konkurrenz zu befürworten.

Zum Nationalsozialismus werde ich hier nichts sagen, weil das in der gegebenen Kürze einer Teilausführung eines thematisch umfassenderen Vortrags auf die in dem hiesigen Kreis hoffentlich bekannten, einfachen Inhalte hinauslaufen würde, dass er eben eine besondere Erscheinung des allgemeinen Nationalismus ist. Die ganz normalen Fans von Staat und Nation tendieren in Krisenzeiten zu völkischen Staatsrettungsprogrammen, wie gegenwärtig im Falle der AfD. Wenn die Aktivist\*innen eines solchen Programms dann noch den Schluss ziehen, dass Demokratie der Herstellung staatlicher Handlungsfähigkeit nach Innen und Außen im Wege steht, sind sie fertige Faschist\*innen.

Abschließend noch ein paar Worte zum Nationalismus in den Kolonien und in Japan. Erst letzteres: Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft namens Japan ist eine gewisse Besonderheit. In einer Zeit, in der sich kapitalistische Verhältnisse im Westen bereits herausgebildet hatten und den Rest der Welt kolonial auf ihre Bedürfnisse hin zurichteten, gelang der Meiji-Restauration seit den 1860er Jahren die Herstellung einer nicht kolonialisierten, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft (siehe den Reader der letzten Veranstaltungsreihe). Der Nationalismus hat sich dort aber nicht ein zweites mal entwickelt. Er wurde in direkter Vorbildnahme vom Westen übernommen. Die Meiji-Regierung schickte Gesandtschaften in die USA, ins deutsche Kaiserreich und so weiter, die die dortigen Verhältnisse studieren sollten, damit das politische Programm der „Modernisierung Japans“ gelingen konnte. Der Nationalismus wurde hier wie vieles andere auch importiert.

Die koloniale Herrschaft Südamerikas endete zu großen Teilen bereits im 19. Jahrhundert. Sprösslinge lokaler Beamt\*innen und Eliten der Kolonialverwaltung waren mit ihrem gesellschaftlichen Status unzufrieden und rebellierten. Idealist\*innen des bürgerlich-nationalistischen Westens hofften, „unabhängige, moderne, südamerikanische Nationen“ zu errichten. Die zu Kolonialzeiten kein Stück bürgerlich integrierten Massen dieser Regionen waren für die nationalistischen Angebote kaum empfänglich. Die nationalistische Legitimierung neuer Staatsgewalten und die nationalistische Mobilisierung ihrer Untertan\*innen scheiterte über Jahrzehnte hinweg.

Nicht viel anders steht es um die Geschichte des Nationalismus in den anderen alten Kolonien und ihren Unabhängigkeitsbewegungen der Nachkriegszeit. In diesen Kolonien gab es die bürgerlichen Verhältnisse, die ja Voraussetzungen nationalistischer Ideologie sind, so erst mal nicht. Dort waren viele Leute entweder zu nichts berechtigt oder es gab rassistisches Privilegienrecht. Die Staatsgewalten waren keine Funktion des kapitalistischen Geschäfts der lokalen Bevölkerung, sondern Funktion des kapitalistischen Geschäfts der großen Kolonialmächte. Die einzige Parallele zum Westen bestand im anti-kolonialen Elitennationalismus. All die Gandhis, Ho Chi Minhs und so weiter waren nicht selten die Kinder von Beamt\*innen der Kolonialherrschaften, hatten im Westen studiert und sahen in den kolonialisierten Massen lauter 'unterdrückte Nationen'; eine Beobachtung, die große Teile dieser Massen erst mal nicht teilten. Mit der Umdeutung der kolonialen Herrschafts- und Verwaltungsterritorien zu mehr oder minder natürlichen Nationalterritorien kam es dann zu nationalistischen Aufstandsversuchen, die in anti-kolonialen Interessen der USA und der Sowjetunion so manches mal tatkräftige Unterstützung fanden. Eine dauerhaft erfolgreiche Mobilisierung der Untertan\*innen zur Nation fand dann aber zumeist doch nicht statt. Entweder weil die angeblich volksangehörigen Menschen die nationale Idee nicht einsahen oder weil die erkämpfte Nationalstaatsgewalt dann doch nicht das Ende all der kapitalistischen Übel brachte, die ja angeblich gar keine kapitalistischen waren, sondern ihren eigentlichen Grund in der mangelnden „nationalen Selbstbestimmung“ gehabt hätten. So kam und kommt es regelmäßig zu nationalen Säuberungen von Seiten einer neuen Staatsgewalt und zum Sezessionsnationalismus von Seiten einiger der aus handfest materiellen, nämlich kapitalistischen Gründen nie erfolgreich integrierten Untertan\*innen.

### **Abschnitt 3: Wie Nationalismus nicht zu erklären ist**

Ich will jetzt noch darüber reden, wie Nationalismus nicht zu erklären ist. Es gibt da eine Menge falscher Erklärungen. Räumen wir die Erklärungen von Seiten nationalistischer Ideolog\*innen gleich mal aus dem Weg, denn eigentlich geht es mir jetzt eher darum, die falschen Erklärungen von Kritiker\*innen des Nationalismus zu korrigieren, damit deren anti-nationale Politik wirksamer wird.

#### Also kurz zu dem Humbug von Seiten nationalistischer Ideolog\*innen

„Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden physischen Wesensart.“ (Stalin, zitiert nach Hobsbawm, Nationen und Nationalismus Mythos und Realität seit 1780, 2004, S. 16)

Das ist alles quatsch. Wie in so vielen Fällen zielt die Erklärung von Nation und Nationalismus hier auf eine fern jeder Vernunftbegabten, auf den eigenen Nutzen und Willen frei reflektierenden Verstandesleistung liegende, hintergründig wirkende Natur von Menschen. Stimmen tut das nicht: Weder die Geschichte, noch die Sprache, die geographische Position oder die Freizeitgestaltung geben Gedanken und Zwecke vor. Sie sind höchstens der Gegenstand von Überlegungen und Urteilen. Dann geben sie aber keine Bestimmungen und Bewertungen vor, sondern werden je nach Fragestellung bestimmt und je nach Parteilichkeit subjektiv bewertet.

Entlarvend ist die Frage: „Um welche Geschichte und um welches Territorium geht es denn?“ Denn von der universalen Weltgeschichte bis zur kleinen Geschichte von Individuen, Ideen, Technologien

und beliebig zu bestimmenden Regionen steht da alles frei zur Bestimmung und Bewertung aus. Gleiches gilt für die Kultur: Als ob es nicht überall auf der Welt Veganismus und Goethe-Liebhaber\*innen geben würde. Warum soll eigentlich welche Freizeitgestaltung spezifisch national sein und eine Gemeinschaft beweisen und welche nicht? Der Trick ist: Der Nationalismus schaut von den bestehenden oder politisch angestrebten Staatsgebieten aus zurück auf die Vergangenheit und konstruiert von diesem subjektiven Standpunkt aus eine Geschichte von ideell konstruierten Kollektiven und politischen Regionen, die dies zu ihrer Zeit noch gar nicht waren. Die Nationalsprachen sind tatsächlich erst per Ge- und Verboten durch Nationalstaaten geschaffen und durchgesetzt worden. Und wenn von einer kollektiven Wirtschaftsweise die Rede ist, dann ist das ebenso zynisch, wie wenn von einer gemeinsamen Geschichte die Rede ist: Dass die „gemeinsame Wirtschaftsweise“ in lauter gegensätzlichen Klassen besteht, fällt hier ebenso unter den Tisch, wie dass die „gemeinsame christlich-jüdische Geschichte“ eine Parole ist, die so gegensätzliche historische Figuren wie Holocaust-Opfer und KZ-Wärter\*innen zu einem einzelnen, „Erfahrungen machenden“, historischen Subjekt ideell zusammenschließt.

Es ist also genau anders herum, als von bürgerlicher Seite allzu oft erzählt wird: Im Nationalismus wird auf die gewaltsame Aneignung von Land und Leuten durch eine Staatsgewalt mitsamt der durch das politische Programm dieser Staatsgewalt verbürgten Wirtschaftsweise ideologisierend Bezug genommen. Die einer Staatsgewalt unterworfenen Bevölkerung wird zum „vorstaatlichen Kollektiv“, die jüngere Geschichte von Befehl und Gehorsam zur „gemeinsamen Erfahrung“, das Ergebnis von Kriegen und Eroberungen wird zur „Heimat eines besonderen Menschenschlages“, die individuelle Konjunktur von Staaten und Standorten wird zu „Volkscharakteren und Lebensweisen“ („faule Südländer und fleißiger Nordländer“) und die globale Konkurrenz kapitalistischer Nationalökonomien je nach globaler Konjunktur entweder zur „internationalen Arbeitsteilung entsprechend natürlicher Ausstattungen“ oder zum „Überlebenskampf der Völker“. Wie das zustande kommt, wurde vorhin erklärt:

#### Wiederholung dessen, wie Nationalismus geht

Die Menschen werden in eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft geboren. Hier sind sie davon abhängig gemacht, als Privateigentümer\*innen unter Bedingungen der kapitalistischen Warenproduktion über die Runden zu kommen. Wenn sie das dann auch wollen (anstatt in anti-kapitalistische Opposition zu gehen), dann entwickeln sie den Willen zum Staat als Voraussetzung bürgerlichen Wirtschaftens. Weil der Staat aber die Grundbedingung einer bürgerlichen Existenz schlechthin ist, wird die Parteilichkeit für den Staat und für das Gelingen seiner Ordnung im von ihm betreuten Gemeinwesen zum obersten Zweck eines\*r Privateigentümer\*in, an dem sich alle anderen Privatinteressen zu relativieren haben. Das gilt für sich selbst und natürlich für alle anderen; dementsprechend die gegen andere Menschen anspruchsvolle und gegen sich selbst opferbereite und grundlegend idealistische Haltung zum staatlich betreuten Gemeinwesen. Sorge um, Dienst an und Identifikation mit dem Staat ist also angesagt. „Nation“ werden die Mitglieder einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft genau dann, wenn die Idee des Nationalismus die Massen ergreift. Weil mit dem schlechten Ideal des bürgerlich-kapitalistischen Gemeinwesens nichts von dessen Realität an Konkurrenz, Ausbeutung, Verzicht und Gewalt aus Welt ist, entwickelt der Nationalismus eine versöhnliche Irrationalität vom Fußball-Chor bis zur Geschichts-Ideologie.

#### Kritik falscher Erklärungen des Nationalismus

Manche Leute, wie beispielsweise der bereits zitierte Eric J. Hobsbawm mit seinem Buch zu Nationen und Nationalismus, erklären den Nationalismus schon mal daraus, dass den Leuten andere Gedanken fehlen würden, dass sie einfach irgendwelchen Sinn, irgendwelche Ordnungen und Programme und mitunter irgendwelche Feinde bräuchten und keine hätten (ebd. S. 193ff.). Dazu ist zum Einen zu sagen, dass es ein Unding ist, eine Sache daraus zu erklären, dass etwas nicht vorhanden ist. Hobsbawm schreibt bei einem Fall-Beispiel davon, dass die besprochenen Leute

nationalistisch geworden wären, weil sie keine protestantisch-religiöse Orientierung mehr gehabt hätten. Aber es ist eine Schein-Erklärung, eine Sache nicht über bestehende Gründe sondern über das Nicht-Bestehen von anderen Dingen zu erklären.

Zum Anderen ist zu sagen, dass solche Erklärungen allzu oft ignorant gegen den Inhalt nationalistischer Ideen sind. Wer davon redet, dass angeblich alle Menschen irgendwelche identifikations-, gemeinschaft- oder sinnstiftenden Gedanken wollen, scheitert an der Frage, weshalb sich gerade diese oder jene Ideen durchsetzen. Warum herrscht bei so vielen Arbeiter\*innen der Nationalismus und nicht irgendeine Religion oder vielleicht sogar proletarisches Klassenbewusstsein? Ich will sagen: Mensch muss den Nationalismus schon aus seinem Inhalt heraus erklären. Welche Gedanken haben die Menschen in Bezug auf welche gesellschaftlichen Verhältnisse? Erklärungen aus der Abwesenheit von anderem oder funktionalistischer Abstraktionen, die statt „Wie geht der Gedanke?“ die Frage stellen „Was nützt der Gedanke?“ führen in die Irre.

Es gibt so ein schönes, kritisches Buch-Cover auf der älteren Version von dem Buch „Gegen Rechts argumentieren lernen“, auf dem ein Therapeut einen Nazi fragt: „Und hast Du wirklich gar nichts, worauf Du stolz sein könntest? ...ich meine jetzt, außer Deutschland!“

Dann gibt es die Aussage von wegen: „Soziale Ängste erzeugen Nationalismus.“ Historisch heißt das oft: Inflation und Wirtschaftskrise hätten den Nationalsozialismus verursacht. Solche Aussagen haben in linken Kreisen oft ihre Entsprechung in der besonderen Kritik an bürgerlichen Regierungen, dass diese ja Krisen und Armut erzeugen würden und deshalb (!) für Nationalismus verantwortlich wären.

Die Diagnose „Soziale Ängste erzeugen Nationalismus.“ ist einerseits schlichtweg falsch. Es kommt schon darauf an, wie mensch sich Schädigungen erklärt. Zu einer und der selben Krise wird Dir eine Radikal-Liberale sagen: „Das Geldangebotsmonopol des Staates ist Schuld.“ und eine Nationalistin wird sagen: „Multinationale Banken haben sich verspekuliert.“ und eine Kommunistin wird sagen: „Die Kapitale haben sich die Absatzchancen gegenseitig streitig gemacht und darüber zu lauter Entwertungs-Ketten geführt.“. Es kommt eben darauf an, wie über eine gesellschaftliche Erscheinung nachgedacht wird. Mir drängt sich richtig die Gegenfrage auf: Wenn eine\*r sagt, dass die Hyperinflation 'natürlich' bzw. 'selbstverständlich' die Leute zu Nationalsozialist\*innen gemacht hätte, würde er\*sie dann etwa auch selbst für faschistische Politik werben, sobald es wieder zur Inflation kommt?

Zum Anderen sind die mitunter abstrakt und recht unbestimmt angesprochenen „Ängste“ selbst einmal auf ihren Inhalt zu prüfen. In einer gegebenen gesellschaftlichen Situation haben Nationalist\*innen ganz andere Dinge an den Zuständen auszusetzen, als Kommunist\*innen oder sonstwer. Ein Beispiel:

„Wir geben viel Geld anderen und haben kein Geld für unsere eigenen Renten, für unsere eigenen Kinder, für genügend Kindergartenplätze, das alles kann nicht bezahlt werden ... aber Flüchtlinge dürfen es sein so viel wie möglich.“ (AfD-Vize Gauland in Elsterwerda, 5.6.16)

Während andere Leute Armutsrenten und andere Erscheinungen proletarischer Armut kritisieren, geht es solchen nationalistischen Klagen bei all dem nur um ein un-deutsches Verteilungsverhältnis. Die Armut stört hier nur in soweit, als dass den deutschen Prolet\*innen ihre privilegierte Behandlung als „Deutsche“ gegenüber „Ausländern“ vorenthalten wird. Armuts- und Verteilungsfragen innerhalb des Standorts sind hier nicht der Kern der Klage, sondern bloß die mangelnde, nationale Privilegierung.

„Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.“ (Björn Höcke auf Facebook)

Dass das „Volksvermögen“ in lauter Privatvermögen besteht und in lauter Interessengegensätzen erwirtschaftet wird, ist hier irgendwie bekannt, aber nicht für schlimm befunden. Die sozial-

ökonomische Sorge erschöpft sich in der „Angst“, dass Deutschland Gelder an Nicht-Deutschland verliert. Hier ist also der Nationalismus keine Folge der „Angst“, sondern eine Ursache des Unmuts. Gleiches gilt übrigens auch für die immer wieder als natürlich behauptete Angst vor „Fremden“. Auch hier ist zu sagen: Die Angst besteht in nichts als nationalistischer Ideologie.

Zum Einen: Bei über 80 Millionen Staatsbürger\*innen mit den verschiedensten sozialen und kulturellen Schichtungen, Milieus und Subkulturen kann kein Mensch ernsthaft behaupten, er\*sie seit mit jeder\*m anderer\*m Staatsbürger\*in bekannt. Warum richtet sich die angeblich so natürliche Angst vor „Fremden“ dann so zielsicher an jene Leute, die keinen Personalausweis vom deutschen Staat haben? Und woher kommt überhaupt die irrige Annahme, dass es nicht ebenso in den USA Veganer\*innen, Computernerds und Schachprofis gäbe, wie in Deutschland, Syrien und Indonesien auch. Also lauter vertraute Interessen?

Zum Anderen: Es stimmt einfach nicht, dass „das Fremde/Unbekannte“ Angst machen würde. Das beweist jede große Entdeckerin der Geschichte und jedes Lob der Neugier. Es braucht schon die nationalistische Ideologie, um zum Einen zu denken, dass alle ohne bundesrepublikanischen Personalausweis irgendwie anders wären und dass ausgerechnet in diesen Differenzen eine Gefährdung des eigenen Materialismus begründet sei. Hier gilt die Kritik: „Die Ängste sind selbst schon der Nationalismus/Rassismus.“

Auch hier erklären sich also nationalistische Positionen nicht aus neutralen Faktoren. Auch hier haben die Leute nationalistische Gedanken im Kopf, mit denen sie urteilend auf die Welt losgehen. Und mit dieser Einsicht muss sich auch die linke Kritik an der Regierung und ihrer Schuld am Nationalismus ändern. Diese Kritik müsste eigentlich wie folgt lauten: Die bürgerlichen Parteien und die sonstigen bürgerlichen Staatsleute bringen mit ihrer Gewalt die Scheidung von Menschen in In- und Ausländer\*innen in die Welt. Sie werfen mit ihrer Politik ihr Staatsgebiet in eine Konkurrenz mit dem Rest der Welt. Sie beschließen Programme zu „Integration und Sicherheit“, weil sie einerseits lauter Verdachtsmomente gegen alle Zuwandernden hegen und zum anderen auf deutsch-nationale Assimilation pochen. Sie werfen sich gegenseitig im Wahlkampf vor, das Vaterland nicht richtig voranzubringen, sie bewerben sich als Volksparteien und pochen praktisch und ideologisch vom Bundespräsidenten bis zur Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin auf eine nationale Grundhaltung, sie beschließen Förderung deutsch-völkischer Sport- und Kulturereignisse und sie bemühen an jeder Außenpolitik vom Handelsvertrag bis zum Asylrecht die Prüfung, ob das denn auch wirklich der Nation dient. Mit diesem, ihrem ganz normalen Alltagsgeschäft leisten die bürgerlichen Regierungen einen Beitrag zur Vorherrschaft des Nationalismus.

Da kann ich gleich mit der nächsten Kritik ansetzen, nämlich mit der Kritik der „Gehirnwäsche“. Auch wenn die bürgerlichen Staatsleute den Nationalismus schüren, es große, nationale Fußball-Veranstaltungen gibt und die öffentlich-rechtlichen Sender Geschichtsdokus unter dem Titel „Wir Deutsche“ ausstrahlen, dann liegt hier keine Gehirnwäsche vor. Wenn diese nationalistische Propaganda wirkt, dann weil sie auf eine Nachfrage nach deutsch-nationalem Kult trifft. Kein\*e Anti-Nationalist\*in und kein\*e geschworener Gegner\*in von Staat und Kapital hat Tränen in den Augen, wenn die schieß Nationalhymne aufspielt, wenn der Bundespräsident geehrt wird oder wenn eine Nationalelf aufmarschiert. Dass das alles wirkt, setzt schon den Willen der Leute nach nationaler Identifikation und Sinnstiftung voraus.

Natürlich ist die nationalistische Presse beschissen und deutsch-nationaler Kultusschieß ebenso. Aber all dem stehen die Leute nicht geistig ohnmächtig gegenüber, sondern leider zu großen Teilen zustimmend. Wollt Ihr die nationalistische Hegemonie im Denken brechen, dann müsst Ihr schon den Leuten selbst die nationalistischen Ideen aus dem Kopf treiben.

Ich hoffe, dass ich dazu heute ein paar taugliche Thesen und Argumente gebracht habe. Dies sowohl zur Logik dieses Willens des Waren produzierenden Konkurrenzsubjekts zur Staatsgewalt und der daraus entspringenden Haltung zum von dieser Staatsgewalt betreuten Gemeinwesen, als auch zur

schlimmen Geschichte dieser Ideologie und ihren sachlich falschen Inhalten. Zum Abschluss will ich jetzt noch eine kurze, aber wie ich finde, entscheidende Bemerkung zum Rassismus machen.

#### **Abschnitt 4: Rassismus – Die Behauptung der Wesenhaftigkeit trifft auf den Nationalstaat**

##### A) Die Behauptung der Wesenhaftigkeit

Im Verlauf der heutigen Veranstaltung habe ich den Inhalt des Rassismus schon mehrmals angedeutet. So im ersten Abschnitt:

„Wenn die Ordnung so grundrichtig ist, dann müssen die Abweichler\*innen **grundfalsch sein**; vielleicht sogar von Natur her gar nicht so richtig zu der hiesigen Ordnung gehören (darauf kommen wir später beim Thema Rassismus nochmal zu sprechen).“ (siehe oben)

Und auch im Abschnitt zur Geschichte des Nationalismus:

„Die erste Phase [des Einigungs- und Sezessionsnationalismus] bestand in einer noch relativ unpolitischen Volksromantik. Die tatsächlich existierenden oder romantisierend erfundenen Überreste vergangener Herrschaftsverhältnisse wurden als Völker betrachtet und in rassistischer Manier wurden den so bezeichneten Menschen **Wesenhaftigkeiten** als originäre Volkscharaktere zugeschrieben.“ (siehe oben)

Ein guter Hinweis auf den Inhalt von Rassismus findet sich auch in dem blöden Ausspruch von Stalin, der im dritten Abschnitt bereits zitiert wurde:

„Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden physischen **Wesensart**.“ (Stalin, zitiert nach Hobsbawm, Nationen und Nationalismus Mythos und Realität seit 1780, 2004, S. 16)

Der Schlüssel zur Erklärung rassistischer Gedanken ist die Behauptung von Wesenhaftigkeiten. Rassist\*innen haben stets entweder existierende oder angestrebte gesellschaftliche Verhältnisse als Ausdruck der wesentlichen Essenz der daran beteiligten Menschen behauptet. Der Gedanke, auf den ich hinaus will, wird manchmal treffend „Essentialisierung“ und oftmals etwas weniger treffend „Naturalisierung“, „Biologisierung“ oder auch „Psychologisierung“ genannt. Diese Ideologie dreht sich darum, bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse zum Wesen der daran beteiligten Menschen zu verfabeln.

##### B) Ihre historischen Erscheinungen

Dabei sind ihre konkreten Inhalte ebenso variabel, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse. In der frühkapitalistischen Sklaverei verbreitete sich die Idee von Menschen, die zum Denken und Befehlen geboren seien und von Menschen, die zum Arbeiten und Gehorchen geboren seien als ideologisch legitimierender Ausdruck des Willens zu diesen Verhältnissen.

Mit den bürgerlichen Revolutionen ließen Titel wie Natur- und Menschenrecht verlautbaren, dass von nun an alle Menschen von Natur aus „frei und gleich an Rechten geboren seien“, ihnen also die politische Ökonomie des Kapitalismus von Natur her in den Knochen stecken würde.

Mit den modernen Nationalstaaten finden Rassist\*innen natürlich zielsicher am bundesrepublikanischen Standort des global konkurrenzfähigen Mittelstands und der unterwürfigen Gewerkschaften lauter „arbeitsame Deutsche“, in der VR China ohne freie Wahlen aber mit industrieller Massenproduktion lauter „fleißige, rote Ameisen“ die seit dem technologischen Upgrade der dortigen Warenproduktion auch „alle gut in Mathe sind“ und mit der gegen Griechenland und co. entschiedenen, innereuropäischen Wirtschafts-Konkurrenz „faule Südländer“. Den Ausgang der schulischen Konkurrenz um Noten und der wirtschaftlichen Konkurrenz ums Geld kann zwar keine\*r voraussagen, aber sobald das hierarchische Ergebnis einmal faktisch fest steht, wissen mit Blick auf diese Ergebnisse alle einen Unterschied zwischen „intelligenten Erfolgstypen“ und „dummen Versagern“ auszumachen. Das ist eben die Ideologie, gesellschaftliche Verhältnisse als bloßen Ausdruck wesenhafter Essenzen der daran beteiligten Menschen zu behaupten.

Die „wissenschaftlichen“ Argumente dieser Ideologien der Wesenhaftigkeit sind dabei so willkürlich wie für den Erfolg der Ideologie nebensächlich. Die Schädelvermessung hat nie

irgendetwas erklären können und dass es „schwarze und weiße Menschen“ gäbe, blamierte sich schon immer sowohl an der individuellen Vielfalt der tatsächlichen Pigmentierungen, wie auch daran, dass diese Pigmentierungen nie über das Denken und Handeln von Menschen bestimmt haben. Die falsche, biologische Idee von Menschen-Rassen war nie wissenschaftlich haltbar und war auch nicht der Ausgangspunkt rassistischer Gedanken. Hier haben Anhänger\*innen der Ideologie der Wesenhaftigkeiten gesellschaftlicher Verhältnisse versucht, im Nachhinein biologische Begründungen zu finden. Darum ist der Rassismus mit dem Ende der Rassenkunde auch nicht ausgestorben. Statt dessen herrschen halt heutzutage kulturalistische Rassismen, die das selbe ausdrücken: Statt von Rassen ist einfach die Rede von Ethnien. Gleichzeitig werden Neurologie, Endokrinologie und Genetik permanent darauf abgeklopft, ob sie nicht doch bald mal Beweise für all die längst gefällten, rassistischen Urteile nachreichen werden.

### C) Allgemeingut bürgerlichen Denkens

Die Essentialisierung gesellschaftlicher Verhältnisse ist ein richtiger Allstar bürgerlicher Ideologien. Werden in der Schule Zeugnisse verteilt, abstrahieren Noten von allen Willen, Interessen und Bedingungen der Kinder sowie von allen konkreten Wissensbeständen in diesem oder jenem Fachgebiet und unterteilen dann in „intelligent und dumm“, „begabt und unbegabt“. Die Selektionsergebnisse des bürgerlichen, selektiven Ausbildungsbetriebs (Schule) werden zur bloßen Sortierleistung von essenziell unterschiedlichem Menschenmaterial verfabelt.

Wenn Leute mit staatlichem Willen brechen, interessiert oftmals weder der genaue Inhalt des praktisch tätig gewordenen Willens der Täter\*innen, noch die genauen Umstände der Tat. Statt dessen ist die Rede von „krimineller Energie“ und hat ein Mensch etwas kriminelles getan, dann gilt er auch schnell gleich im ganzen als „krimineller Typ“.

An den Unis erfindet sich noch jede Gesellschaftswissenschaft ein Menschenbild, das zu den bürgerlichen Verhältnissen passt. Die Politikwissenschaft kennt unter anderem die menschliche Wolfsnatur, die ohne Staat immerzu Krieg treibt, obwohl sie doch eigentlich Frieden will und deshalb – Gott sei Dank – ihren natürlichen Mangel durch die Staatsgewalt befriedigt bekommt. Die VWL kennt den nimmersatten, seinen Nutzen geldmäßig verrechnenden, kapitalmäßig maximierenden und doch von naturgegebener Knappheit betroffenen Homo Oeconomicus ohne jede Planungsfähigkeit, der – Gott sei wieder Dank – im Geld das geradezu maßgeschneiderte Hilfsmittel für seine natürlichen Mängel findet. Die Entrepreneurs-Forschung stellt glatt psychologische Profile von Selbstständigen den psychologischen Profilen von Abreitnehmer\*innen gegenüber und hat das selbe in Zukunft mit genetischen Profilen vor.

Und die bedürfniswidrige Gleichschaltung der Menschen nach Geschlechterrollen hat für viele bürgerliche Köpfe natürlich alles mit der biologischen Evolution zu tun. Mit der Versteppung Ostafrikas vor 3 Millionen Jahren wurde es eben zum Selektionsvorteil, sich ein für alle Mal entweder für Autos oder für Staubsauger zu entscheiden; auch wenn beide noch längst nicht erfunden waren. Auch im Sexismus wird den Menschen Wille und Vernunft abgesprochen und ihr tatsächliches oder angebliches Verhalten aus ihrer angeblichen, vorwillentlichen Wesenhaftigkeit erklärt.

Die Behauptung von Wesenhaftigkeiten bzw. die Essentialisierung ist also ein echter Allstar bürgerlicher Ideologie, bürgerlicher Sinnstiftungen und Legitimationsvorhaben. Im Nationalismus erhält dieser Gedanke die Verlaufsform des Rassismus. Wenn gesagt wird, dass „Nordafrikaner kriminell sind“, dann liegt die Betonung auch auf dem „sind“, so als gehöre das ihnen unterstellte Verhalten zu ihrer Natur. Die staatlichen Grenzen, die wirtschaftlichen Unterschiede der Standorte, die polit-ökonomisch verursachten Rechtsverhältnisse eines Staatsgebiets erscheinen den Rassist\*innen allesamt als „Volkscharaktere bzw. Lebensweisen eines bestimmten Menschenschlags“. So geht Rassismus: Die ideologische Logik der Essentialisierung trifft auf bürgerliche Territorialstaaten und ihre kapitalistische Standortkonkurrenz.

## **Veranstaltung 4: Analyse und Kritik nationalistischer Argumente**

Willkommen zur vierten und abschließenden Veranstaltung unserer Reihe „Kapitalismus und Nationalismus“. Nachdem wir auf den vergangenen Veranstaltungen besprochen haben, wie die kapitalistische Produktionsweise und die bürgerliche Gesellschaft funktionieren, wie sich die nationalistische Ideologie darin entwickelt und wie sie darüber urteilt, soll es heute abschließend um die konkrete Kritik nationalistischer Argumente gehen.

Das ist so gedacht, dass wir gemeinsam in freier Diskussion konkrete nationalistische Argumente sowohl aus dem aktuellen Rechtsruck als auch aus der allgemeinen Erfahrung analysieren und kritisieren.

Mein Referats-Anteil an der Veranstaltung wird also relativ gering sein. Trotzdem wird es ihn geben, denn vor der gemeinsamen Diskussion konkreter, nationalistischer und rassistischer Argumente will ich noch kurz drei Dinge ausführen.

Zuerst möchte ich noch einmal die Inhalte der vergangenen Veranstaltung zur Erklärung des Nationalismus und Rassismus wiederholen; sozusagen zum warm werden, damit wir alle wieder voll in der Materie stehen. Außerdem möchte ich kurz etwas dazu sagen, dass Rechts-Außen-Parteien kein Monopol auf Nationalismus besitzen, sondern dass der Nationalismus ein Allgemeingut in funktionierenden, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften ist und beinahe im gesamten politischen Spektrum geteilt wird. Und ich möchte kurz über Ursachen und Muster unzureichender Kritik am Nationalismus sprechen, wie sie heutzutage vorherrscht. Ich halte das für die letzten, notwendigen allgemeinen Ausführungen zur Erklärung des Nationalismus, bevor dann in die Kritik konkreter Einzelargumente eingestiegen werden kann.

### **Abschnitt 1: Wiederholung der letzten Veranstaltung**

Wiederholen wir zu Beginn noch einmal in aller Kürze, was wir während der vergangenen Veranstaltung zu der Frage erarbeitet haben, was der Nationalismus ist und woher er kommt.

Zur Konkurrenz der Waren produzierenden Privateigentümer\*innen um Wert und Mehrwert bzw. ums Geld und seine Vermehrung gehört eine Gewalt, die selbst außerhalb der Konkurrenz steht und ihre Voraussetzungen garantiert. Jede Konkurrenz, aber vor allem eine wirtschaftliche also eine um Lebensmittel und sonstigen Reichtum, geht mit der Tendenz einher, sich selbst aufzuheben. Die Abwägung über Chancen und Risiken eines Regelbruchs gehört zu den alltäglichen Rechnungen jeder Konkurrenzteilnehmer\*in dazu. Daher gehört zu dem Willen, als Mitglied der kapitalistischen Produktionsweise mitsamt ihren Konkurrenzverhältnissen das eigene Vorankommen zu versuchen, ein abstrakter Wille zum Staat als Garant dieser bürgerlich-kapitalistischen „Spielregeln“.

Der bürgerliche Staat ist eine Organisation mit Monopol auf legitimen, weil von den meisten Untertan\*innen abstrakt gewollten, physischen Zwang. Mit seinem Gewaltmonopol sichert er gleichberechtigt Person und Eigentum und damit die wirtschaftliche Privatmacht des Privateigentums, von der er als bürgerlicher Staat besondert ist. Damit haben wir es mit einer Herrschaft zu tun, die auf dem abstrakten Willen ihrer Untertan\*innen beruht und die Voraussetzung ihrer Interessen als Privateigentümer\*innen ist; egal ob sie proletarische Eigentümer\*innen von bloßer Arbeitskraft oder kapitalistische Eigentümer\*innen von Produktionsmitteln oder zur Investition genutzter Wertsummen sind.

Zum Einen bleibt dieser Wille zum Staat abstrakt. Das politische Allgemeinwohl, das in der bürgerlichen Gesellschaft herrscht, ist in der Regel mit keinem individuellen Interesse identisch, weshalb es auch als besondere Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber tritt. Der Staat betreut die Grundlagen und garantiert die allgemeine Möglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrer Konkurrenz. Die Garantie der Konkurrenz ist aber etwas anderes, als die Garantie des persönlichen Erfolgs in ihr. Für ein bürgerliches Individuum soll die zum Eigentum

gehörende Staatsgewalt also schon sein, aber nach Möglichkeit eher gegen die anderen, konkurrierenden Eigentümer\*innen eingesetzt werden.

Zum Anderen ist der Wille zum Staat etwas sehr prinzipielles. Weil ein Waren produzierendes, bürgerliches Individuum sein privates Vorankommen als solches nur soweit verfolgen kann, wie es rechtlich darf, also nur soweit wie es vom Staat dazu berechtigt wird, erscheint ihm der Staat nicht einfach als ein Mittel des eigenen Erfolgs unter vielen, sondern als Voraussetzung allen privaten Strebens überhaupt. Der Wille zum Staat hat daher die Tendenz, die Privatinteressen selbst zu relativieren. An der Voraussetzung der Möglichkeit eines Privatinteresses überhaupt haben sich die konkreten Privatinteressen im „wohl verstandenen Eigeninteresse“ zu relativieren. Die nationalistische Denke geht: „Weil Du nur erfolgreich handeln kannst, wenn der Staat handlungsfähig ist, hat zuerst der Staat zu kommen und dann das Individuum.“

Das ist ein Denkfehler; klar. Immerhin könnte aus der Existenz einer rechtsetzenden bzw. gesetzgebenden Gewalt auch geschlossen und kritisiert werden, dass es hier lauter Interessengegensätze gibt, deren Verlauf per Gewalt geregelt wird. Daraus würde auch folgen, dass die Staatsgewalt dann auch ihren einzigen Sinn in der politischen Betreuung dieser von Interessengegensätzen gezeichneten Gesellschaft hat. Die nationalistische Ideologie sieht das aber nicht so. Ihr Wille zum Staat deutet auch das von ihm betreute Gemeinwesen als eines, in dem Schaden und Unzufriedenheit nicht systematisch aus irgendwelchen polit-ökonomischen Prinzipien wie Eigentum und Tausch resultieren würden, sondern aus lauter abweichenden, „asozialen“ Brüchen mit Sitte und Ordnung des staatlichen Gemeinwesens. So verwandelt sich der Wille zum Staat in eine Opfer- und Anspruchshaltung gegen sich selbst und andere und in eine Suche nach Schuldigen mit dem zur Schuldethik gehörigen Hass anstatt einer Kritik der politischen Ökonomie von Eigentum und Tausch, Ware und Kapital.

Eine Gruppe von Menschen ist materiell ein „Volk“, wenn diese Menschen einer einzigen Herrschaft unterstellt sind. Ideell werden sie Volk, wenn sie den Willen zu dieser einen Herrschaft über sich teilen. Dieser Wille zum Staat resultiert aus einem Willen zu den – ideologisch verklärt wahrgenommenen – bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen von Eigentum und Konkurrenz.

Er liegt zum Beispiel vor beim Wahlakt: Kapitalistische Missstände werden als Unterlassungstat einer Staatsgewalt beurteilt, die sich doch eigentlich darum kümmern müsste. Der staatswillige Denkfehler setzt sich fort im Willen zur Volks- statt Klassenpartei und dem Verdacht, dass sich der Staat über Grundgesetz, Abstimmungen, Korruption oder internationale Verträge von Einzelinteressen abhängig oder sonstwie in seiner Handlungsfähigkeit einschränken könnte. Die Handlungsfähigkeit des Staates hat ihre Voraussetzung in einem wertebewussten, auf Sitte und Ordnung eingeschworenen Staatsvolk, weshalb die Deutschlandfahne am Balkon hängt und bürgerliche Untertan\*innen das Bedürfnis zur nationalen Großveranstaltungen wie Fußballfesten entwickeln, um die behauptete Gemeinschaftlichkeit und Identität zu beweisen, die im bürgerlich-kapitalistischen Alltag einfach nie so richtig sichtbar ist.

Nebenbei gehört zum Nationalismus noch eine Menge Mythos. Gerade weil das eigene Interesse im Kapitalismus nicht viel zählt und in der nationalistischen Gesinnung eh hinten anzustehen hat, entwickelt sich ein Wille zur Sinnstiftung: Aus den Untertan\*innen einer Staatsgewalt wird ein althergebrachtes Volk. Das per Gewalt definierte Staatsgebiet wird zur natürlichen Heimat. Die wirtschaftlichen und institutionellen Folgen der kapitalistischen Standortkonjunktur sowie die untertänigen Arten, sich damit einzurichten, werden zu Volkscharakteren verklärt. Die internationale Konkurrenz von Geschäft und Gewalt wird zum „Überlebenskampf der Völker“ und all die bürgerlich-kapitalistischen Hierarchien zum Beweis vermeintlicher, in letzter Instanz rassischer Wesenhaftigkeiten verschiedenartiger Menschentypen, „die nunmal so sind“ (das ist dann der Rassismus = die Behauptung der Wesenhaftigkeit). So kommt eine nationalistisch denkende Person, wenn schon das eigene Interesse materiell nicht auf seine Kosten kommt und die nationale Gesinnung eh Opferbereitschaft fordert, doch noch zu seiner Sinnstiftung.

„Nation“ werden die Mitglieder einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft genau dann, wenn die

Idee des Nationalismus die Massen ergreift.

## **Abschnitt 2: Nationalismus als Gemeingut**

An dem eben ausgeführten, solltet Ihr gemerkt haben, dass hier nicht ausschließlich die Rede von Rechts-Außen-Politik oder gar von nationalsozialistischer Politik war. Der Nationalismus ist Gemeingut in einer funktionierenden, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wie zum Beispiel der BRD. Die Alternative für Deutschland zum Beispiel ist eine rechts-außen Partei mit einem völkischen Staatsrettungsprogramm. Für die AfD ist die Staatsgewalt als wichtigstes Lebensmittel „des Volkes“ gerade in einer Krise. Aus Sicht dieser krisengeschüttelten Nationalist\*innen droht der Staat zwischen internationalen Verträgen einerseits und einer sitten- und wertemäßigen Verwahrlosung des Staatsvolks andererseits seine Handlungsfähigkeit komplett zu verlieren. Daher streiten sie für ihr Ziel einer radikalen Wiederherstellung staatlicher Handlungsfähigkeit. Dieses Ziel ist nichts neues:

„'Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland' (AfD), 'Deutschland stark machen' (Bundesregierung), für einen 'handlungsfähigen Staat' (Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke), 'Wiederherstellung unserer nationalen Handlungsfähigkeit und Souveränität' (NPD).“ (zitiert nach: gegner.in)

Das Besondere an der AfD ist nur die Einschätzung der gegenwärtigen Lage als einer besonders krisenhaften. Die AfD-Politiker\*innen teilen all die Güterabwägungen, die auch die regierenden Nationalist\*innen treffen. Weil sie aber meinen, dass gegenwärtig nicht einfach hier und da staatlicher Handlungsbedarf bestehe, sondern effektive Staatlichkeit in einer allgemeinen Krise stecke, entscheiden sie sich innerhalb der von allen bürgerlichen Parteien angestellten Güterabwägungen einseitiger. Die CDU und die SPD wissen beispielsweise die EU und die NATO und wussten eine Zeit lang TTIP als Mittel zur Sicherung und Förderung deutscher Interessen in der Welt zu gebrauchen; die AfD bezweifelt, ob EU, NATO und manche internationale Verträge Deutschland voranbringen. Die CDU meint, dass deutsche Politik mit Fluchtbewegungen Deutschland stärkt, die SPD weiß von fleißigen Migrant\*innen, die Deutschland voranbringen und die AfD bezweifelt, dass Leute aus anderen Ländern Deutschland nützen. Bei all dem ist die Zwecksetzung „Deutschland vor!“ die selbe. Nur die Abwägungen der Mittel unterscheiden sich. Der Wille zum Staat, das nationalistische „Wir“ im Denken und nationalistische Diskussionen über Wertegemeinschaften und das Abwägen von Risiken und Chancen für Deutschland sind nicht erst seit der AfD in der Welt. Ebenso die Trennung von Menschen in In- und Ausländer\*innen, die täglich durch die normalen bürgerlichen Parteien praktiziert wird in Form von Grenzen, Abschiebungen, Rechtsunterscheidungen und einem permanenten Drängen auf Wettbewerbsfähigkeit, deutsche Verantwortung in der Welt und in nationalistischen Integrationsdebatten darüber, wie viel Assimilation der Kapital-Standort und das nationalistische Untertan\*innen-Bewusstsein von Neuankömmlingen verlangen.

## **Abschnitt 3: Die bürgerliche Kritik des Rechts-Außen-Nationalismus**

Dementsprechend schlecht steht es auch um die gängige Kritik an Nationalismus und Faschismus. Bevor wir uns gleich gemeinsam an der Kritik von nationalistischen und rassistischen Argumenten versuchen, möchte ich noch etwas zu Mustern unzureichender Kritik an Nationalismus und Rassismus sagen. Das sind ein paar Punkte, zu denen ich einfach wissen will, dass ich da was gegen gesagt habe, weil sie mir wirklich auf den Magen schlagen:

### Der nationalistische Maßstab wird geteilt, nur die Mittel werden kritisiert

Es gibt eine Menge Kritik von Rechts, die den Nationalist\*innen nichts anderes vorwirft, als dass sie Deutschland schaden. Das mag vielleicht Leute von der AfD zurück zu den bisherigen bürgerlichen Parteien holen. Den Nationalismus bringt das aber nicht aus der Welt.

Beispiele:

„Deutschland darf nicht weiter gespalten werden. Unser Land braucht wieder mehr Zusammenhalt, nicht Hass und Gewalt. Ich erhebe meine Stimme für Vernunft und gegen Radikalisierung, Ausgrenzung und Hetze. Ich will, dass sich alle Menschen in Deutschland an Recht und Gesetz halten. Der Staat hat die Aufgabe, uns zu schützen. Das gilt für Gewalt gegen Frauen ebenso wie für Gewalt gegen Minderheiten. Wer zu uns kommt wird respektiert – und muss auch unsere Gesetze und Kultur respektieren. Ich stehe ein für ein menschliches und ein sicheres Deutschland. Von der Politik erwarte ich Aufklärung, Bildung, Integration, klare Regeln und Anwendung der Gesetze – für ein friedliches Zusammenleben. Politische Kräfte, die Öl ins Feuer gießen, lehne ich ab. Denn sie spalten unsere Gesellschaft und schaden unserem Land.“ (spd.de: Auf den Punkt gebracht – Was will die AfD, S. 23)

„[die zu kritisierere Aussage: ]'Wir können uns die Versorgung der Flüchtlinge nicht leisten'  
[die Kritik:] Wir sind gesetzlich verpflichtet, Menschen, die bei uns Schutz suchen, menschenwürdig zu versorgen und unterzubringen. Hamburg gibt dafür im Jahr 2016 etwa 261 Millionen Euro zusätzlich aus. Wir finden, dass der Senat noch mehr zusätzliches Geld in die Hand nehmen muss, denn alle Hamburger\_innen brauchen jetzt endlich bessere Sozial- und Bildungsleistungen.  
Und: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat bestätigt, dass die Mehrausgaben für Geflüchtete sich wie ein kleines Wirtschaftswachstumsprogramm auswirken, denn bei Caterern, Sicherheitsunternehmen, in Kitas und Schulen etc. werden dadurch viele Arbeitsplätze geschaffen.“ (linksfraktion-hamburg.de: „Das Boot ist voll“? Fakten statt Vorurteile)

„Richtig ist: Volkswirtschaftlich sind AusländerInnen ein Zugewinn für Deutschland. Sie zahlen mehr an Steuern und Abgaben ein, als für AusländerInnen vom Staat ausgegeben wird. Tatsache ist beispielsweise: Ohne die Arbeitsmigration hätte es nie die Erfolgsgeschichte der deutschen Wirtschaft seit den fünfziger Jahren gegeben. Dazu kommt, dass AsylbewerberInnen momentan weniger als das Arbeitslosengeld II erhalten, was eigentlich schon als Existenzminimum angesehen werden muss, also weit davon entfernt sind, sich "auf unsere Kosten" ein gutes Leben in Deutschland zu leisten. Erwachsene haben noch nicht einmal 50 Euro Taschengeld im Monat.“ (grüne-jugend.de: Argumente gegen Rechts. Stichwort: Ausländer leben auf unsere Kosten)

### Patriotismus statt Nationalismus

Sehr häufig ist die Unterscheidung zwischen gutem Patriotismus als der Liebe für das eigene Land und schlechtem Nationalismus als der Feindschaft gegen andere Länder zu hören. Dazu sind in aller Kürze drei Dinge zu sagen. Erstens geht die „Liebe zum eigenen Land“ automatisch in die Feindschaft gegen andere Länder über, weil das Objekt der eigenen „Liebe“ sich seinem polit-ökonomischen Inhalt entsprechend in einer Konkurrenz zum Rest der Welt befindet. Zweitens ist der Nationalismus auch schon eine gewaltsame Ideologie, wenn er sich „nur nach Innen“ richtet, da er dort wie erklärt in Opferbereitschaft, Anspruchshaltung und der Suche nach Schuldigen und „aus der Art geschlagenen“ besteht und eine ideologische Legitimation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit all ihren Schäden und Belästigungen darstellt. Drittens ist die Unterscheidung zwischen gutem Patriotismus und schlechtem Nationalismus stets subjektiv, nämlich davon abhängig, was die regierenden Nationalist\*innen gerade für das Vorankommen Deutschlands für angebracht halten. Direkt nach 1945 war das Pochen auf deutsche Verantwortung in der Welt noch unvernünftiger Nationalismus, der Deutschland geschadet hat, weil es erst mal durch taktische Unterordnung wiedererstarken musste. Heute ist der Ruf nach militärischer Eigenständigkeit und deutscher Verantwortung in der Welt ein parlamentarisches Dauerthema.

### Bürgerlicher Antifaschismus: Ausgrenzung statt Kritik

An der faschistischen Rechten, die also als Bestandteil ihres völkischen Staatsrettungsprogramms anti-demokratisch wird, üben bürgerliche Köpfe keine inhaltliche Kritik sondern Ausgrenzung. An der NPD und co. werden nicht ihre heutigen politischen Programme kritisiert, sondern sie werden mit der NSDAP der 1930er und '40er Jahre identifiziert und das war's dann auch schon. Die Verkürzung der faschistischen Programmatik auf den zweiten Weltkrieg, den Holocaust und so weiter, verschweigt die deutsch-nationalistische Grundlage, die die NSDAP ebenso mit der NPD teilt, wie mit den Bundespräsidenten der BRD.

Ausrufe wie „nicht demokratisch und nicht zeitgemäß“ reden gar nicht darüber, was denn den deutschen Faschismus ausmacht, sondern nur, was ihn nicht ausmacht. Alle weitergehende,

inhaltliche Kritik würde den bürgerlichen Köpfen ja auch selber den Teppich unter den Füßen wegziehen. Die Sorge, dass sich der Staat mit zu vielen Wahlen, mit zu vielen Lobbies und mit zu viel Grundgesetzbindung handlungsunfähig machen würde, wird vom Schulunterricht in politischer Bildung bis hinein in das Uni-Studium der Politologie und die großen Zeitungen diskutiert. Auf staatstragende Demokratie-Kritik haben die Nazis ebenso wenig ein Monopol wie auf die Konkurrenz mit dem Ausland, auf die Sorge um deutsches Ansehen in der Welt und auf die Abwägungen von Nutzen und Schaden der Migration, auf die Verklärung des Klassegegensatzes zur Sozialpartnerschaft und auf die Bewertung proletarischer Mühsal als wertvollem Dienst an Deutschland.

Letzteres beispielsweise gerade in der Kampagne vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales namens „Wir machen Deutschland zusammen stark.“. Vom Mindestlohn bis zur Alterssicherung werden da alle proletarischen Notlagen und staatlichen Sozialpolitiken als Mittel für deutsche Einheit und deutschen Erfolg sowie als Lohn für den Dienst an Deutschland beworben. Kein Wunder, dass an solchen Kampagnen geschulte Bürger\*innen nichts grundlegendes gegen die Vorstellung von der deutschen Arbeitsfront und den Autobahnen einzuwenden haben.

### Die nationalistischen Gedanken werden einfach ignoriert

Richtig dominant ist aber eine Kritik an Rechts-Außen, die die nationalistischen Inhalte rechter Aussagen gleich ganz ignoriert.

So rechnet Pro Asyl auf ihrer Website unter der Überschrift „Fakten gegen Vorurteile“ der Aussage „Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen“ vor, dass von 14 Millionen neuen flüchtenden Menschen in 2014 keine 800.000 nach Europa kamen. Als ob sich eine dermaßen polemisierende Aussage – „die ganze Welt aufnehmen“ – von falschen Vorstellungen über die konkrete Anzahl an Asyl-Anträgen abhängig machen würde. Das „Wir“, das der „ganzen Welt“ gegenüber gestellt wird, verweist doch darauf, dass da eine nationalistische Person ihre eigene materielle Lage mit der ihres Staates und Standorts identifiziert und grundlegend ablehnend gegenüber „dem Ausland und seinen Leuten“ gegenüber steht. Das nationalistische „Wir“ müsste hier kritisiert werden.

Ein Linksparteiabgeordneter im Rostocker Landtag antwortet auf seiner Internet-Seite 'ruhigbrauner.de' auf die Aussage „Asylanten leben hier auf Kosten der Steuerzahler“ wie folgt:

„Asylbewerber im Verfahren (aus sicheren Drittstaaten) werden in Sammelunterkünften untergebracht. Sie bekommen monatliche Hilfe gemäß AsylbLG in Höhe von 125 € in Gutscheinen und 40 € Taschengeld. Das ist viel weniger als der normale Sozialhilfesatz, den es für das Existenzminimum gibt. Ehepaare mit Kindern müssen mit noch weniger Geld auskommen.“

Will er den Nazi nun kritisieren oder beruhigen? Diese „Kritik“ könnte auch gleich lauten: „Ruhig Deutscher, Dein Staat stellt schon sicher, dass die Ausländer nicht zu viel bekommen.“ Vor allem aber: Die nationalistische Denke, dass jede\*r der\*die nicht von hier ist, eine\*r zu viel im Gemeinwesen der Deutschen sei, wird überhaupt nicht kritisiert. Ebenso wenig die beschissene untertänige Haltung, dass sich hier Leute als Steuerzahler\*innen aufplustern. Solche Nationalist\*innen kritisieren schon längst nicht mehr, dass Steuern nach juristischer Definition „Zwangsabgaben ohne Gegenleistung“ sind und daher Menschen als Steuerzahler\*innen erzwungener Maßen zu Finanzquellen einer national-staatlichen Herrschaft werden.

Die gleiche Ignoranz gegenüber den miesen Inhalten nationalistischer Ideen gilt, wenn versöhnlich davon die Rede ist, dass da Leute Angst vor Fremden haben. Humbug! Der Begriff vom „Fremden“ ist nichts als nationalistische Ideologie. Bei über 80 Millionen Bürger\*innen sind sich hierzulande sicherlich genug Leute fremd, die allesamt einen deutschen Pass haben. Andersrum ist völlig klar, dass es auch in anderen Teilen der Welt Lohnabhängige, Vegetarier\*innen, Horror-Film-Fans, Sportsfreund\*innen und andere Leute gibt, die bekannte Lebenslagen und Lebensweisen teilen. Am Begriff der „Fremden“ ist also nicht erst der Hass, sondern schon der nationalistische Inhalt der Denke von „den Fremden“ zu kritisieren.

Gleiches gilt für den Aufruf zur Toleranz und gegen Hass und Menschenfeindlichkeit. Während der Aufruf zur Toleranz überhaupt nicht mehr kritisiert, dass sich da jemand an der unterstellten

Andersartigkeit anderer stört, also schon viele nationalistische Vorurteile im Kopf hat, abstrahieren so Kampfbegriffe wie „Hass“ und „Menschenfeindlichkeit“ gleich von allen konkreten Inhalten nationalistischer Programmatik.

### Fazit

Ich könnte noch länger zu diesem Punkt reden. Aber ich hoffe, Ihr habt die allgemeinen Muster hinter dieser unzureichenden Kritik am Nationalismus verstanden. Sie bestehen in den meisten Fällen darin, dass entweder der Zweck „Deutschland vor!“ geteilt wird (so auch von Leuten, die sich immerzu für Deutschland schämen, sich also bereits grundsätzlich mit Deutschland identifiziert haben) oder dass gar nicht erst die Rede vom nationalistischen Inhalt rechts-nationaler Argumente ist. Ein anderes Muster, für das ich mir jetzt aber nicht extra Zeit nehmen möchte, ist das der Logik von Wahlparteien. Weil sie gewählt werden wollen, kommen selbst linke Parteien gar nicht erst auf die Idee, nationalistische und rassistische Wähler\*innen zu kritisieren. Statt dessen wird ihnen viel „berechtigter Unmut, verständlicher Protest und ein tragisches Reinfallen auf Rattenfänger“ zugesprochen. Zitat Wagenknecht aus dem berüchtigten Interview mit Petry und der FAZ:

„Die AfD wird ja nicht wegen ihres Programms gewählt, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien, aus Wut darüber, dass in diesem Land seit Jahren gegen die Interessen der Mehrheit regiert wird. Und wir Linken haben den Fehler gemacht, den falschen Eindruck zuzulassen, wir stünden hinter Frau Merkels Chaospolitik.“ (nachzulesen auf der Website von S. Wagenknecht)

PS: Der Begriff „Merkels Chaospolitik“ ist übrigens genau der Bestandteil nationalistischer Ideologie, den ich in der vergangenen Veranstaltung meinte mit „pur negativer Zweck“. Nationalist\*innen wie Sahra Wagenknecht kennen in der Radikalisierung ihrer Suche nach Schuldigen bald nur noch das Werk von Menschen mit pur negativen Zwecken. Ist auch logisch: Weil Sarah Wagenknecht als Anwärtlerin auf den Platz der Bundeskanzlerin so viel gutes mit der deutschen Staatsgewalt vorhat, will sie den deutsch-nationalen Inhalt der kritisierten CDU-Politik gar nicht mehr als solchen erkennen.

### **Abschnitt 4: Analyse und Kritik nationalistischer Argumente**

Nachdem jetzt geklärt ist, was es mit Nationalismus auf sich hat, wieso bürgerliche Köpfe so schlecht in der Kritik des Nationalismus sind und nachdem während der vergangenen Veranstaltungen auch geklärt wurde, wie eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft funktioniert, soll es jetzt um eine konkrete Kritik nationalistischer Argumente gehen.

Das ist so gedacht, dass wir frei Auswählen, mit welchem Argument wir uns auseinandersetzen wollen und das dann gemeinsam unternehmen. Ihr habt vor Euch eine Liste mit nationalistischen Argumenten, sortiert nach: 1. Der Nationalismus und Rassismus des bürgerlichen Alltags, 2. AfD-Zitate, 3. nationalistische und rassistische Schlagworte. Ihr könnt aber gerne auch andere Inhalte zur Debatte stellen, wenn Ihr beispielsweise ein nationalistisches Argument kennt und nicht wisst, wie das zu kritisieren ist oder wenn Ihr eine Kritik nationalistischer Argumente im Kopf habt, die Ihr mit uns teilen wollt.